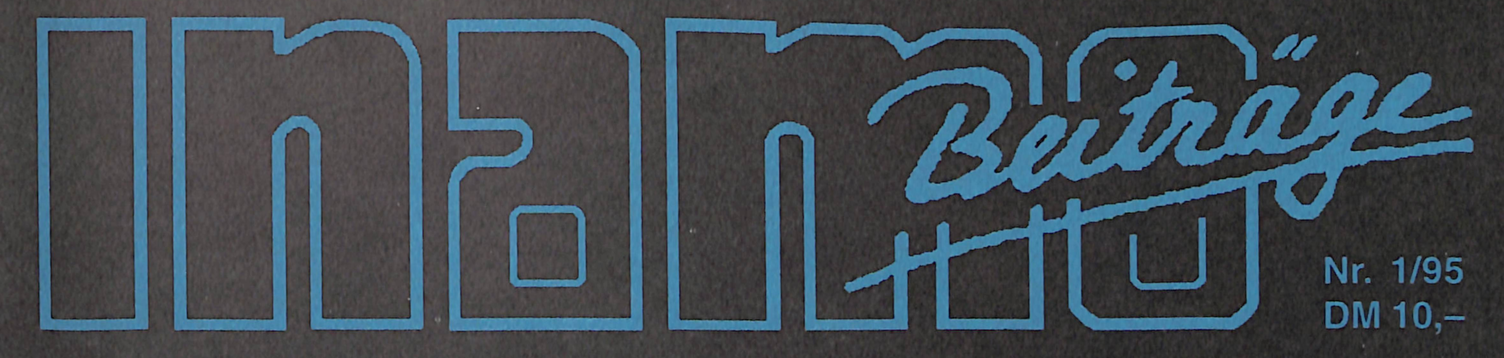
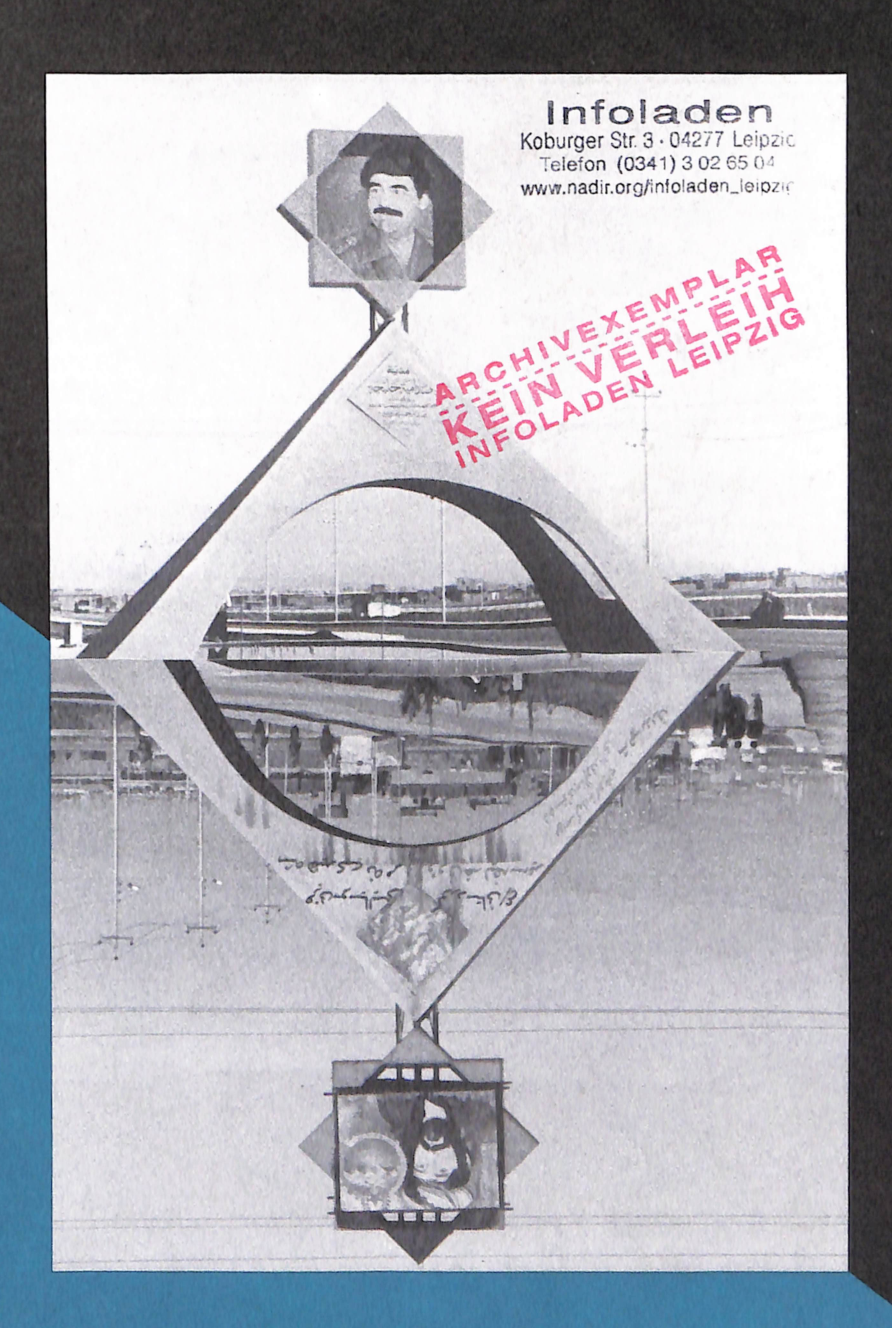


Nr. 1/95
DM 10,–

INFORMATIONSPROJEKT NAHER UND MITTLERER OSTEN



Schwerpunkt: Irak – vier Jahre nach dem Golfkrieg

mit Beiträgen von:
- Friedemann Büttner
- Kadhim Habib
- Sarah Graham-Brown
- Ferhad Ibrahim
- Isam al-Yasiri
- Ronald Ofteringer
- Ralf Bäcker
- Hans Rimscha

Die Rolle der NGOs

Satelliten-TV

INAMO - steht für *„Informationsprojekt Naher- und Mittlerer Osten".*



ist eine *neue* Zeitschrift, die sich mit Politk, Gesellschaft und Kultur des Nahen- und Mittleren Ostens beschäftigt.

inamo hinterfragt *kritisch* die schnellebige Berichterstattung der Medien aus dieser Region und bietet denjenigen Raum, die sonst in Presse, Funk und Fernsehen nicht zu Wort kommen.

inamo will als *Brücke* zwischen Journalismus und Wissenschaft jedem interessierten Leser die Möglichkeit geben, sich *fundiert* über den Nahen- und Mittleren Osten zu informieren.

inamo will in einer Zeit des auflebenden Fremdenhasses einen Beitrag zum besseren Verständnis einer Region leisten, deren Bild in der Öffentlichkeit durch sogenannte „Experten" verzerrt wurde.



Unabhängig - Kritisch - Neu!

Impressum

inamo werden vom Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. herausgegeben und erscheinen vierteljährlich.

Redaktion: Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen

MitarbeiterInnen: Ulrike Dufner, Stefan Knost, Christian Koch, Hans Günter Lobmeyer, Kirsten Maas, Jens-Martin Mehler, Roland Ofteringer, Bärbel Reuter, Gernot Sauer, Stefanie Schoene, Ali Shirazi, Petra Stockmann, Heiko Wimmen

Titelfotos: R. Maro, Berlin

Layout: H. Ditzler, Augsburg

Druck: Druckladen, Schroeckstr. 8, 86152 Augsburg

Anzeigen:
Ulrike Dufner, Lothringer Str.16, 90461 Nürnberg, Tel.: 0911/446 8566
Die aktuelle Anzeigenpreisliste ist dort erhältlich.

Abonnentenbetreuung:
Christian Koch, inamo-Redaktion, Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen

Rezensionen:
Bärbel Reuter, inamo-Redaktion, Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen

Einzelpreis: DM 10,- pro Ausgabe
Abonnement: Pro vier Ausgaben (Jahresabo):
DM 40,- für Einzelpersonen, DM 80,- für Institutionen
Spenden zur Unterstützung unseres Projekts sind willkommen.

Bankverbindungen:
Volksbank Berlin, BLZ 100 900 00, Konto-Nr. 120 676 15
Kreissparkasse Bamberg, BLZ 770 501 10, Konto-Nr. 920 98 (nur für Abonnements)

ISSN-Nr.: 0946-0721

inamo 1/95 wurde in Zusammenarbeit mit der Stiftung „Umverteilen", Berlin, und „Buntstift e.V., Föderation der grün-nahen Landesstiftungen und Bildungswerke", Göttingen, erstellt.

LeserInnenbriefe, Diskussionsbeiträge und Manuskripte (unformatiert auf Diskette (MS-DOS) plus Hardcopy) sind erwünscht, herzlich willkommen und an o.g. Redaktionsadresse zu senden.

Berichte und Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens

Inhalt:

INAMO stellt sich vor

Nahostkonflikt, libanesischer Bürgerkrieg, islamischer Fundamentalismus...

Bis auf wenige Ausnahmen gehen die Medien nicht auf die Komplexität der Ursachen und Hintergründe von Konflikten und gesellschaftlichen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten ein. Dies zeigte sich besonders während des Zweiten Golfkrieges, als mit der Flut von Bildern und Informationen auf die Spitze getrieben wurde, was vorher an Verachtung und Geringschätzung gegenüber dem Nahen Osten produziert worden war; und gestern wie heute wird verdrängt, welchen Anteil der „zivilisierte" Westen an den Krisen und Kriegen des „islamischen, fremden, rückständigen und despotischen Orients" hat, etwa durch den Export von Waffen und die fortgesetzte Unterstützung repressiver Diktaturen.

Die herrschende mediale Welt kennt nur noch den Moment, Geschehnisse werden ihrem Entstehungszusammenhang entrissen, das Ereignis von der Ursache gelöst, Kausalzusammenhänge verdrängt: Die Hungersnot ist Naturkatastrophe, die wohl beobachtete Entwicklung zu ihr hin war keine Nachricht wert. Die Unterdrükung war alltäglich, um so sensationeller ist die Revolution oder die plötzliche Umlenkung der Aggression nach außen durch ein diskreditiertes Regime, welches kurz zuvor noch als zuverlässiger Verbündeter präsentiert wurde.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Nahen und Mittleren Osten nimmt die ihr mögliche aufklärerische Funktion viel zu wenig wahr. Denn teilweise ist sie selbst mit der Beratung und Legitimation der offiziellen Politik beziehungsweise mit der sozialtechnischen Verwaltung ihrer Folgen etwa in der Form von Fluchtbewegungen beschäftigt, ist also in die kontinuierliche Reproduktion des herrschenden Diskurses eingebunden.

Anderenfalls kommuniziert sie über ihre Publikationen mit einem hochspezialsierten Fachpublikum, die verwendete Sprache und das vorausgesetzte Vorwissen erschweren dem interessierten Laien den Zugang oder machen ihn ganz unmöglich.

Diese Lücke zwischen oberflächlicher Medienberichterstattung einerseits und hochspezialisierter Wissenschaft andererseits zu schließen, um damit dem konstatierten Bedürfnis nach Hintergrundinformationen über die Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens nachzukommen, Zusammenhänge aufzuzeigen, unterdrückte und abweichende Informationen öffentlich zu machen, hat sich das Projekt INAMO zum Ziel gesetzt. Zu diesem Zweck wollen wir die Zeitschrift „INAMO-Beiträge" herausgeben.

Die InitiatorInnen dieses Projektes sind überwiegend WissenschaftlerInnen und StudentInnen aus den verschiedensten Fachbereichen wie Ethnologie, Geschichtswissenschaft, Islamwissenschaft, Arabistik, Iranistik, Turkologie und Politikwissenschaft. Uns verbindet das gemeinsame Interesse, das Verständnis für die islamische Welt und den Mittleren Osten durch Informationsarbeit zu fördern und vorherrschenden Klischees und Stereotypen entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck haben wir den Verein INAMO gegründet, dessen Hauptaufgabe neben der Organisation von Veranstaltungen unterschiedlicher Art - Informationsveranstaltungen, Ausstellungen, Lesungen - die Herausgabe der Zeitschrift „INAMO--Beiträge. Berichte und Analysen zu Politik und Gesellschaft des Vorderen Orients" ist. Die „INAMO-Beiträge" werden vierteljährlich erscheinen und sollen sich, indem eine Brücke zwischen Journalismus und Wissenschaft geschlagen wird, an eine breitere interessierte Öffentlichkeit richten. Angesprochen sind entwicklungspolitisch engagierte Personen, solche, die in die Arbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen eingebunden sind, sowie auch das akademisch mit der Region beschäftigte Publikum und, last but not least: Alle, die mehr über die Region wissen wollen, als aus dem täglichen und wöchentlichen Informationsallerlei herauszupicken ist.

Wir werden versuchen, Problemfelder nicht nur aus der akademischen Perspektive zu behandeln - wobei nach Möglichkeit WissenschaftlerInnen aus den betreffenden Ländern zu Wort kommen sollen -, sondern ebenso engagierte JournalistInnen zur Mitarbeit zu gewinnen, und Diskussionen in Organisationen und Bewegungen dieser Länder sowie unter den hier lebenden MigrantInnen aufzuspüren und diesen ein Forum zu bieten.

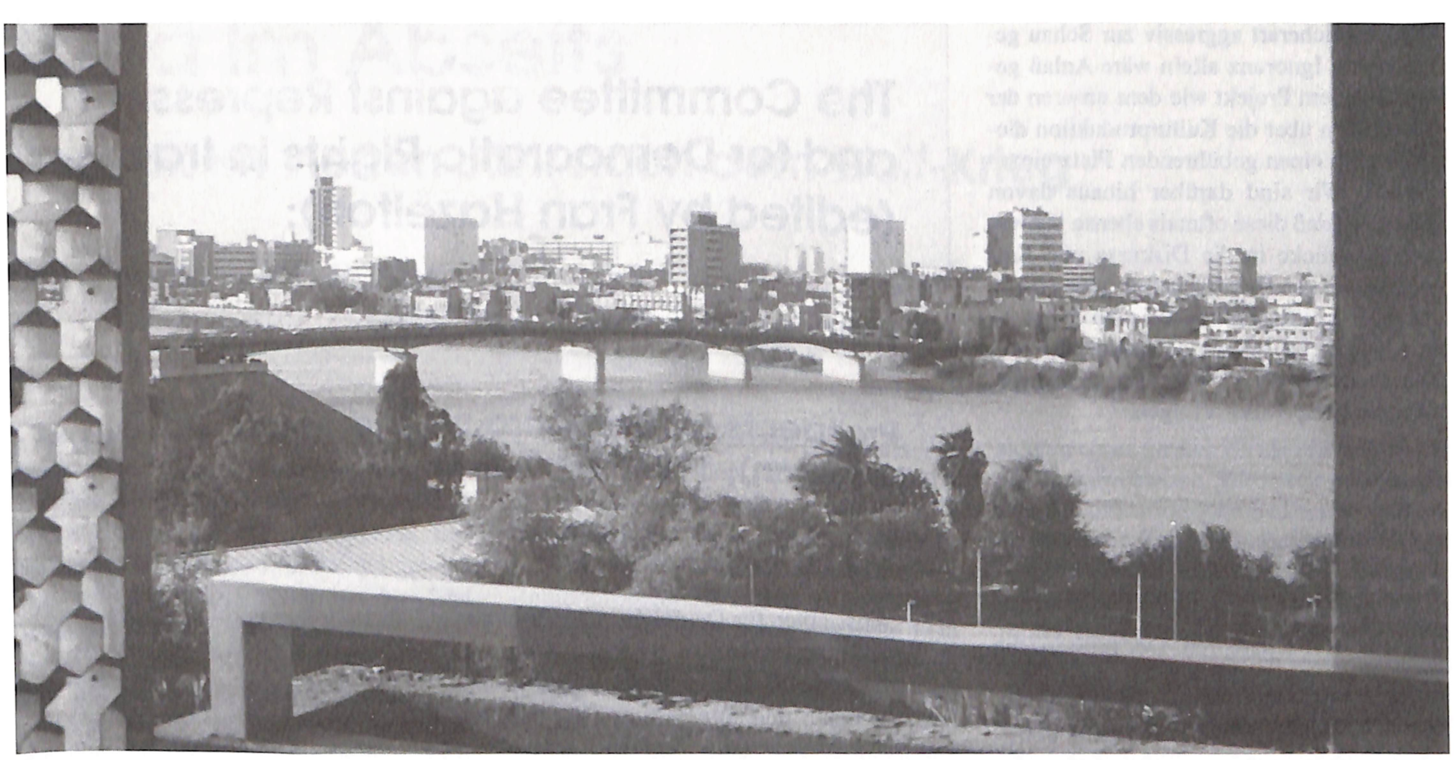
„So heißt unparteiisch sein für die Kunst nur: Zur herrschenden Partei gehören." *(Bert Brecht)*

Zu den irritierenden Erfahrungen - längst nicht nur für die Kunst - im Jahre 39 nach Brecht, im Jahre Fünf der „Neuen Weltordnung" und im Jahre Zwei des „GATT" gehört, daß bekannte und beliebte Konzepte zur Unterscheidung zwischen Herrschern und Beherrschten, gegen die zunehmend schwerer zu ignorierende Komplexität der Ereignisse und Prozesse gewogen, als zu leicht befunden werden. Dies enthebt jedoch ein Projekt wie das hier vorgestellte nicht der Notwendigkeit, Partei zu ergreifen, zumal bei der Beschäftigung mit einer an Krisen und Konflikten reichen Region wie dem Nahen und Mittleren Osten.

INAMO stellt sich, in kritischer Solidarität, auf die Seite von emanzipatorischen Bewegungen und Bestrebungen in diesem Teil der Welt. Die Information darüber und die schwierige und manchmal unlösbare Aufgabe der Bestimmung dessen, was als emanzipatorisch gelten mag, wird dabei einen wichtigen Punkt in unserer Arbeit darstellen.

Weitere Schwerpunkte werden sein:

■ Der Nahe und Mittlere Osten in der „Neuen Weltordnung": Bisher prägten strategische Rohstoffinteressen der Industriestaaten, wirtschaftliche Abhängigkeit, ein extremes Mißverhältnis bei der Verteilung von Reichtum und Ressourcen und eine Vielzahl repressiver Regimes, die diese Zustände aufrechterhalten, das Bild dieser Region. Die „Neue Weltordnung" und die im Rahmen des nahöstlichen Friedensprozesses angestrebten Konzepte stellen Konfliktlösung, Demokratisierung und wirtschaftliche Entwicklung/Prosperität in Aussicht. Indes sind die repressiven Machtverhältnisse unverändert und die Gegensätze zwischen Arm und Reich wurden im Zuge der Liberalisierung weiter verschärft. Auch die Aufrü-



Die Brücken in Bagdad sind wieder repariert - es rollt der Verkehr. *Foto: Robert Binson*

stung im Nahen und Mittleren Osten wird weiter betrieben. Regionale, nicht zuletzt aus der kolonialen Grenzziehung resultierende Konflikte werden so aufgeladen. Dazu kommen neue Konfliktstoffe wie die Knappheit von Wasser und anderer Ressourcen. Auch in Hinblick auf Menschenrechte bleibt der Nahe und Mittlere Osten Katastrophenregion.

■ Das Verhältnis der EU, und in ihr das des vergrößerten Deutschlands, zu den Gesellschaften jenseits jenes Binnengewässers, das im Weltmaßstab als Rinnsal, in der mentalen Geographie der Europäer als gewaltiger Ozean erscheint; ein Verhältnis, das zunehmend geprägt ist durch den Versuch einer neuen europäischen Machtpolitik, einer vorgelagerten, euphemistisch Fluchtprävention genannten Politik der Abschottung.

■ Funktionen und Mechanismen eines Orientbildes, welches die Dichotomie von Fremd und Eigen, Uns und Den Anderen unablässig reproduziert und so die argumentative Grundlage zur Suspendierung ansonsten verbindlicher Rechte und Normen bereitet: Was „anders, ganz anders" ist, soll nicht gleich behandelt werden können, ob hier unter uns oder dort am „Ende der Welt". Dementgegen wollen wir dem Gemeinsamem und Trennendem nachspüren und „Das Andere" als verstehbar und aus eigenem Recht existierend zeigen.

■ Die Veränderungen in der gesellschaftlichen Stellung der Frau in diesen Ländern; dazu gehört auch, sich gegen die Instrumentalisierung dieser Frage als Beleg für eine „zivilisatorische Eingriffe legitimierende Rückständigkeit" dieser Gesellschaften zu wenden.

■ Die beschämende Situation der in Deutschland lebenden MigrantInnen, denen außer Lichterketten noch immer wenig mehr angeboten wird als eine Toleranz, die nur aufgeschobene Ablehnung ist und eine Multikulturalität, die oft genug zur Chiffre für Ausgrenzung verkommt.

■ Bei der Behandlung des in besonderer Weise mit der deutschen Geschichte verknüpften Komplexes Israel/Palästina fühlen wir uns einer Position verpflichtet, die das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben beider Völker einfordert. Das nach den Verhandlungen für beide Nationen geschlossene Abkommen sichert den PalästinenserInnen nicht den selbstbestimmten Weg in die Unabhängigkeit und bildet keine sichere Grundlage für eine Verständigung und Koexistenz beider Völker. Statt der von blinder Hoffnung oder jeweiliger Opportunität getragenen Friedenseuphorie tut eine differenzierte Betrachtung und Auseinandersetzung mit der Vielfalt der fortbestehenden und für die Zukunft relevanten Probleme Not.

INAMO will darüber hinaus israelischen und palästinensischen Stimmen, die sich mit den Polarisierungen und sozialen Konflikten der eigenen Gesellschaft kritisch auseinandersetzen, ein Forum bieten.

■ Ein weiterer Defekt der Berichterstattung über den Nahen und Mittleren Osten besteht in deren nahezu exklusiver Konzentration auf Krisen und Konflikte, auf staatliches Handeln und Politik im weiteren Sinne. Die betreffenden Länder sind in der herrschenden medialen Welt als Bürgerkriegsschauplätze, Verhandlungsprozesse und Waffenabnehmer präsent.

Daß in dieser Region u.a. eine produktive Literaturszene, der Welt drittgrößtes Land in Sachen Filmproduktion, eine lange Tradition klassischer und moderner Musik existieren - die Liste ließe sich verlängern -, ist in dieser Welt unbekannt und wird von denen, die es besser wissen sollten, mit Ignoranz gestraft. Ein Musterbeispiel hierfür bot anläßlich der Verleihung des Literatur-Nobelpreises 1987 an Nagib Mahfuz das Feuilleton einer angesehenen deutschen Tageszeitung, indem dort, nachdem man sich an der Tatsache delektiert hatte, daß es für diesen Namen gleich drei verschiedene Umschriften gibt, die Nicht--Bekanntheit des Werkes dieses Autors, das eigene Unwissen also, als hinreichender Anhaltspunkt für die Abstempelung der Preisvergabe als Quotenregelung gewertet wurde.

Eine solcherart aggressiv zur Schau gestellte Ignoranz allein wäre Anlaß genug, in einem Projekt wie dem unseren der Information über die Kulturproduktion dieser Region einen gebührenden Platz einzuräumen. Wir sind darüber hinaus davon überzeugt, daß diese oftmals ebenso interessante Einblicke in die Diskurse und Entwicklungen von Gesellschaften geben kann, wie eine politisch/ökonomische Betrachtung; Einblicke, die um so spannender sein können, da sie aus einer anderen als der gewohnten Perspektive erfolgen.

•

Die Idee zu diesem Projekt wurde geboren zur Zeit von Golfkrise und Golfkrieg. Mit der ersten Ausgabe will INAMO-Beiträge dort anknüpfen. Der militärische Teil des zweiten Golfkrieges ist zwar abgeschlossen und bei vielen von uns schon längst in Vergessenheit geraten, die politischen, sozialen und humanitären Folgen für die einheimische Bevölkerung bestimmen aber weiterhin die tägliche Realität. Während die westlichen Alliierten sich anderen „Problemen" widmen, leidet das irakische Volk weiter unter den Bestimmungen des UN-Embargos. Doch wer trägt die Schuld an der Misere: Die Embargopolitik der Vereinten Nationen oder das politische Kalkül Saddam Husseins?

Vier Jahre nach dem Krieg macht der Irak nur sporadisch von sich reden. Regelmäßig allein läuft über die Ticker der Agenturen, daß der UN-Sicherheitsrat die Sanktionen gegen Irak auch dieses Mal nicht aufhebt (zuletzt am 14. Januar 1995), wenngleich dieser Entschluß nicht einstimmig erfolgt.

Viel scheint sich hinter den Kulissen zu tun, aber es ist problematisch, neue und verlässliche Informationen zu erhalten. Wir haben in diesem Heft versucht, AutorInnen zu versammeln, die sich wissenschaftlich, journalistisch oder aus beruflichen Gründen mit dem Land beschäftigen, die Gelegenheit hatten im Laufe der letzten Monate den Irak bzw. einzelne Regionen wie den Süden oder Kurdistan zu besuchen und mit den Menschen zu sprechen. Wir hoffen, damit ein Bild vom „Stand der Dinge" zu vermitteln.

Ob uns das gelungen ist, hoffen wir der mit Spannung erwarteten LeserInnenpost entnehmen zu können.

Die Redaktion

The Committee against Repression and for Democratic Rights in Iraq (edited by Fran Hazelton):

Iraq since the Gulf War.

Prospects for Democracy; Zed Books (London), 1994, 260 Seiten.

Von Thomas Dreger

„Aussichten für Demokratie" - der Untertitel des zweiten vom „Komitee gegen Unterdrückung und für demokratische Rechte im Irak" (CARDRI) herausgegebenen Buches verbreitet Optimismus. Nachdem sich das zuerst 1986 erschienene und zum zweiten Golfkrieg neu aufgelegte „Saddam's Iraq - Revolution or Reaction?" mit der Entwicklung des Staates bis zum Ende des Krieges gegen den Iran befaßte, enthält das neue Buch Aufsätze zum Geschehen nach dem Krieg um Kuwait Anfang 1991. Im Mittelpunkt stehen die blutige Unterdrückung der irakischen Bevölkerung seit Kriegsende und Perspektiven für die Entstehung eines demokratischen Irak.

Dem Vorsitzenden von CARDRI, Fran Hazelton, ist gelungen, woran irakische Oppositionelle bisher scheiterten: Er schaffte es, daß sich in einem Buch die Repräsentanten der maßgeblichen Oppositionsfraktionen äußern. So findet man unter den 19 Autoren Hamid al-Bayati, den als Handlanger des Iran verschrienen Vertreter der „Obersten Versammlung für die Islamische Revolution im Irak", Kanaan Makiya (Pseudonym: Samir al-Khalil), der als Sprachrohr westlicher Geheimdienste gegeißelt wird, sowie Falaq al-Din Kakai, der des Separatismus verdächtigte kurdische Parlamentarier und Funktionär der „Kurdischen Demokratischen Partei" (KDP). Sie alle referieren ihre Sicht der Dinge, freilich in Versionen, die für die interessierte (westliche) Öffentlichkeit und für konkurrierenden Oppositionelle bestimmt sind. Kurden beteuern ihre Verpflichtung, die staatliche Integrität des Irak nicht anzutasten, während arabische Nationalisten den Kurden das Recht auf Autonomie innerhalb staatlicher Grenzen einräumen; schiitische Islamisten propagieren ein Mehrparteiensystem, während Kommunisten von der Toleranz gegenüber den Religionen schreiben.

Obgleich die politische Heterogenität der Autoren diplomatische Rücksichten erforderlich machte, enthält das Buch zahlreiche Informationen über den aktuellen Diskussionsstand innerhalb der irakischen Opposition. Fran Hazelton bietet jenen Stimmen ein Forum, die bei aller weltweiter Empörung über Saddam Hussein kaum ein Auditorium finden. Als irakische Truppen im Oktober 1994 an der kuwaitischen Grenze aufmarschierten, blieben für die irakische Opposition die Pforten des UN-Hauptquartiers in New York verschlossen; der irakische Vize-Regent Tariq Aziz jedoch konnte bei der Weltorganisation Verhandlungen führen. Die Weltmächte setzen für die Zeit nach Saddam Hussein offensichtlich auf Personen aus dessen Umfeld und nicht auf dessen Gegner.

Land im Abseits

Der Irak im vierten Jahr nach dem Golf-Krieg

Von Friedemann Büttner

„Wann werden die Sanktionen aufgehoben?“ lautet die erste Frage, nachdem geklärt ist, woher der Besucher kommt und was ihn denn in den Irak gebracht hat. Besucher aus dem Westen sind selten geworden, seit zunächst der Krieg mit dem Iran in den 80er Jahren und dann die Kuwait-Krise und der zweite Golf-Krieg 1990-91 den Touristenstrom versiegen ließen und seitdem wegen des UN-Embargos auch nur noch wenige Geschäftsleute, Experten oder Journalisten in den Irak kommen. Doch nicht, weil devisenbringende Besucher ausblieben, wird der Fremde als erstes auf die Sanktionen angesprochen. Die Sanktionen sind das alles beherrschende Thema, weil ihre umittelbaren Auswirkungen das Leben jedes einzelnen tagtäglich treffen. Es sind darum auch zuallererst die Sanktionen, die für die kaum noch erträglichen Lebensbedingungen, für Elend, Krankheit und Hunger im Irak verantwortlich gemacht werden.

Phönix aus der Asche: Bagdad nach dem Wiederaufbau

Elend, Krankheit, Hunger - es fällt schwer, diese Begriffe mit jenen Bildern in Übereinstimmung zu bringen, die Bagdad dem Fremden bei der Ankunft bietet. Da ist nichts, was den Katastrophenbildern aus Flüchtlingslagern etwa in Somalia oder jenseits der Grenzen Ruandas gleicht - und doch sind nach Schätzungen der UNICEF 3,6 Millionen Menschen im Irak, vor allem Kinder und Frauen, von Hunger bedroht. Da ist nichts, was an die heruntergekommenen Straßenzüge etwa in der Innenstadt Havannas erinnert; nicht einmal von den Zerstörungen ist etwas zu sehen, die die Luftangriffe der Alliierten 1991 hinterlassen haben.

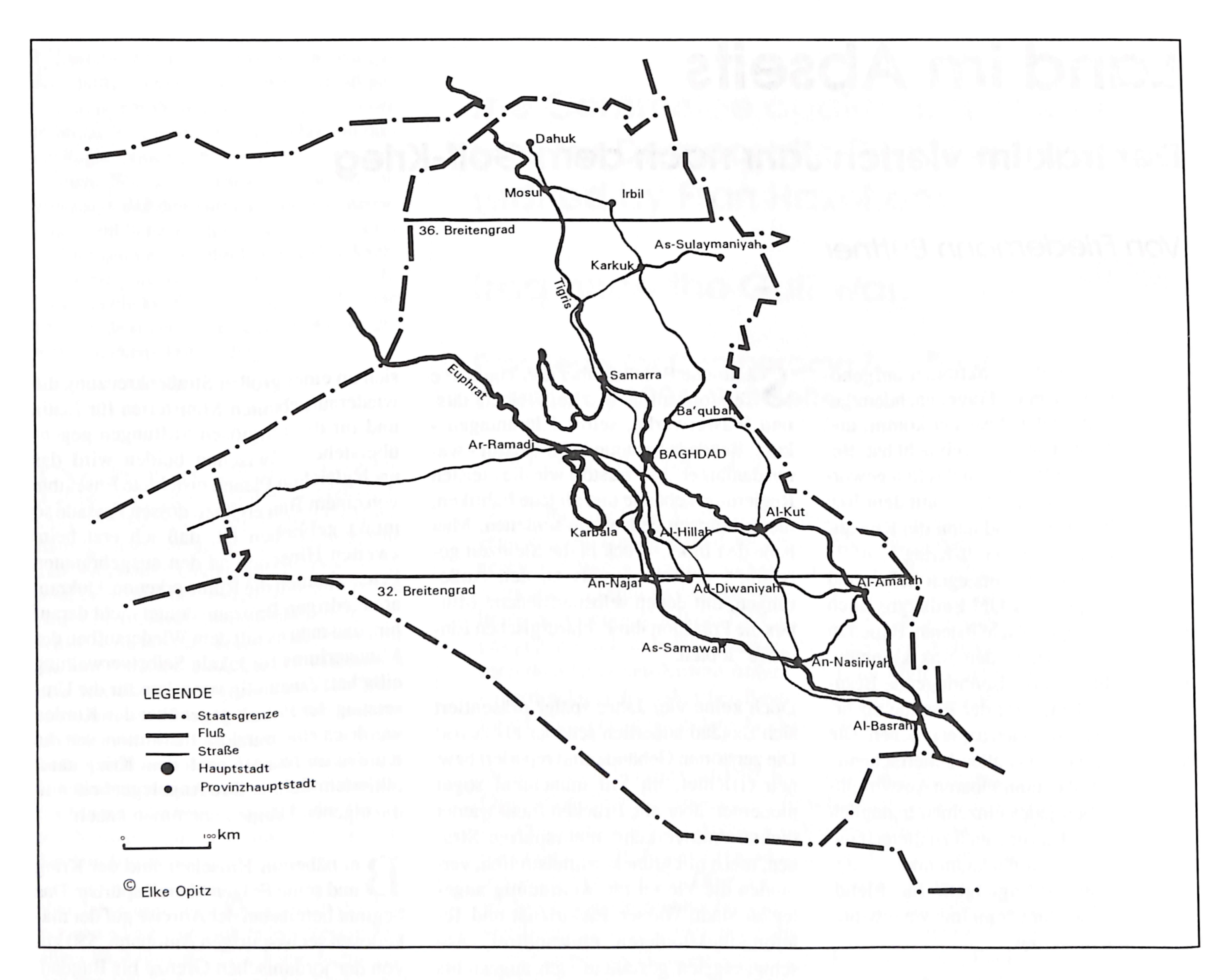
Sämtliche Brücken über den Tigris, die Telefonzentralen, alle Elektrizitäts- und Wasserwerke, selbst Kläranlagen - kurz: Bagdads gesamte Infrastruktur - waren damals ebenso zerstört wie die meisten Regierungsgebäude und all jene Fabriken, die militärisch bedeutsam schienen. Man habe den Irak „zurück in die Steinzeit gebombt“, gehörte damals zu den Äußerungen, mit denen selbstzufriedene Militärs die Präzision ihrer „chirurgischen Eingriffe“ lobten.

Doch keine vier Jahre später präsentiert sich Bagdad äußerlich schöner als zuvor: Die zerstörten Gebäude sind repariert bzw. neu errichtet, im Stil manchmal sogar moderner; über alle Brücken fließt wieder dichter Autoverkehr; mehrspurige Straßen, meist mit grünem Mittelstreifen, verbinden die Viertel der weiträumig angelegten Stadt; Wasser, Elektrizität und Telefon funktionieren einwandfrei. Am schwierigsten gestaltete sich angesichts fehlender Ersatzteile der Wiederaufbau einer alten, ursprünglich von Deutschen errichteten eisernen Hängebrücke am Rande Bagdads. Nicht weit von dieser Baustelle zeigt mir der Taxifahrer dann aber stolz eine mehrstöckige Autobrücke, die es „vorher“ noch gar nicht gegeben hatte.

Nur der Luftschutzbunker im Vorort Amariya soll als Ruine erhalten bleiben und ist inzwischen in eine gespenstisch wirkende Gedenkstätte umgewandelt worden: An schwarzverkohlten Wänden halten lange Reihen von Porträts die Erinnerung an die Opfer jenes Feuersturms wach, in dem hier mehrere hundert - vielleicht über tausend - Kinder, Frauen und Alte verbrannt sind.

Ein Mahnmal ganz anderer Art bildet die letzte Ruine in der Innenstadt, dort, wo sich an einer großen Straßenkreuzung die wiederaufgebauten Ministerien für Justiz und für die religiösen Stiftungen gegenüberstehen. Zwischen beiden wird das nach gleichen Plänen errichtete Ensemble von einem Bau ergänzt, dessen Fassade so intakt geblieben ist, daß ich erst beim zweiten Hinsehen an den ausgebrannten Fensterhöhlen die Ruine erkenne. Unkraut am niedrigen Bauzaun deutet nicht darauf hin, daß man es mit dem Wiederaufbau des Ministeriums für lokale Selbstverwaltung eilig hat: Zuständig vor allem für die Umsetzung der Politik gegenüber den Kurden wurde es eine nutzlose Institution, seit die Kurden im Norden nach dem Krieg unter alliiertem Schutz ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände genommen haben.

Bei näherem Hinsehen sind der Krieg und seine Folgen überall spürbar. Das beginnt bereits bei der Anreise auf der makellosen sechsspurigen Autobahn, 550 km von der jordanischen Grenze bis Bagdad. Fast nichts ist mehr zu sehen von all den Bombenkratern und Einschußlöchern, den Autowracks und geborstenen Tanklastwagen - nur noch einige Bremsspuren und leichte Unebenheiten in der reparierten Fahrbahndecke. Aber schon die Tatsache, daß ich die fast 1000 km vom Flughafen Amman durch die Wüste bis nach Bagdad mit dem Taxi fahren muß, ist dem Krieg und dem UN-Embargo geschuldet, das jeden zivilen Flugverkehr mit dem Irak verbietet. Andererseits entpuppt sich der bequeme amerikanische Straßenkreuzer, der die Strapaze erträglicher macht, als Kriegsbeute aus der „19. Provinz“ - wie der Taxifahrer, in Fortführung des offiziellen Sprachgebrauchs während der Krise, Kuwait ironisch nennt. Solch große Wagen gab es früher im Irak nicht; doch jetzt sieht man sie häufig, vor allem alsTaxis.



Hunderttausend Embargo-Opfer pro Jahr

Schon Anfang 1993 berichtete der SPIEGEL aus Bagdad, die Iraker seien dabei, zu einem Volk von Bettlern zu verkommen. Seit die Regierung sich im Juni 1994 gezwungen sah, durch Preissteigerungen den Konsum noch weiter zu drosseln, und im September sogar die Lebensmittelzuteilungen um 30 %, teilweise sogar bis 50 % kürzte, haben sich die Lebensverhältnisse der Menschen noch einmal dramatisch verschlechtert. Nur noch die Rationen sichern für große Teile der Bevölkerung das Überleben. Allerdings hatten die subventionierten Zuteilungen von Reis, Mehl, Zucker, Speiseöl, Tee und für Kinder Milch schon vor den Kürzungen vielen Familien kaum länger als bis zur Mitte des Monats gereicht. Andere Lebensmittel aber - vor allem Gemüse, Tomaten, Früchte oder gar Geflügel, Fleisch und Fisch - sind nur zu Preisen zu bekommen, die für das Gros der Lohn- und Gehaltsempfänger unerschwinglich sind.

Um die staatlich verordneten Preissteigerungen auszugleichen, sind zwar gleichzeitig Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 200 bis 300 Dinar angehoben worden, wozu noch Zuschläge für jedes weitere Familienmitglied kamen. Für eine ledige Ärztin im zweiten Berufsjahr beispielsweise entsprach dies einer Gehaltssteigerung um etwa zwei Drittel. Aber was bedeutete das angesichts der Tatsache, daß sie von ihrem vorherigen Monatsgehalt auf dem freien Markt gerade noch eine Palette mit 30 Eiern kaufen konnte - für jeden Tag eines?! Von dem zusätzlichen Einkommen konnte sie sich nun fünf Pfund Tomaten leisten. Hätte sie das Geld lieber sparen wollen, hätte sie sich nach einem halben Jahr eine einfache Bluse oder nach anderthalb Jahren ein Paar Schuhe kaufen können.

Hunger, oder doch zumindest Mangelernährung, sind die Konsequenzen vor allem für die städtische Bevölkerung. Die Menschen in den Straßen bewegen sich müde; ihre Gesichter zeigen, wie es ihnen geht. Besonders tief graben sich mir Szenen ein, die sich mehrfach in ähnlicher Form wiederholen, als mich eine Grippe nach Medikamenten suchen läßt: Die Regale in der Apotheke sind fast völlig leer. Dennoch ist der Apotheker geschäftig, werden Leute bedient. Eine Frau kommt herein, das Rezept bereits in der Hand, und hält es dem Apotheker hin. Nur ein kurzer

Blick, und er schüttelt kaum merklich den Kopf. Die Frau scheint teilnahmslos, als sie zur Tür zurückgeht: Kein Zweifel, es ist nicht die erste Apotheke, in der sie heute vergebens gewesen ist... Ich habe mehr Glück und bekomme beim vierten Versuch schließlich einen Hustensaft. Aber der schmeckt bitter.

Die medizinische Versorgung war mit der Zerstörung der Elektrizitäts- und Wasserwerke während des Krieges in erheblichem Umfang zusammengebrochen: Wer auf Dialyse-Apparate, Herz-Lungen-Maschinen und andere elektrische Geräte angewiesen war oder auf Medikamente, die gekühlt werden müssen, hatte keine Chancen. Über ungeklärtes Wasser verbreiteten sich Seuchen. Zudem machte sich bald akuter Mangel an Medikamenten aller Art bemerkbar: Im Krieg waren auch pharmazeutische Fabriken zerstört worden, andere sind aufgrund der Waffenstillstandsbedingungen geschlossen, weil in ihnen chemische Kampfstoffe hergestellt worden waren oder zumindest werden konnten.

Nachdem mir der Taxifahrer bei meiner ersten Fahrt in Bagdad erzählt hat, daß seine Mutter nach dem Krieg an ihrer Diabetes gestorben ist, weil es kein gekühltes Insulin gab, frage ich jeden - und finde keinen, in dessen Familien- und Bekanntenkreis es nicht jemanden zu beklagen gab.

Die Kriegsschäden an Gebäuden und der Infrastruktur sind zwar inzwischen weitgehend behoben, doch nun lassen Embargo-bedingte Versorgungslücken die Menschen leiden und sterben. Nach Angaben der irakischen Regierung sind bis jetzt etwa eine Million Menschen Opfer des Embargos geworden. Auch wenn diese Zahl propagandistisch aufgerundet sein mag, bleiben die Berichte von Medizinern und unabhängigen Untersuchungskommissionen, nach denen allein in den ersten Monaten nach dem Krieg weit mehr Menschen umgekommen sind als durch die Kriegshandlungen selbst. Nach Schätzungen eines deutschen Irak-Kenners mögen es gegenwärtig 100.000 Menschen im Jahr sein, die aufgrund der Versorgungsschwierigkeiten sterben. Und keinen Zweifel kann es daran geben, daß aufgrund unzureichender Ernährung und miserabler

Chronologie der Ereignisse

April 1920
Bei der San Remo Konferenz bekommt Großbritannien das Mandat des Völkerbundes für die Region des heutigen Irak zugesprochen. Der zukünftige Staat setzt sich aus den ehemaligen osmanischen Provinzen Mosul, Bagdad, und Basra zusammen.

3. Oktober 1932
Übergang vom Mandatsgebiet zum unabhängigen Staat und Aufnahme in den Völkerbund. Als Voraussetzung für diesen Schritt hatte der Irak am 3. Mai 1932 eine Erklärung zum Schutz von Minoritäten, inklusive der Kurden, verabschiedet.

14. Juli 1958
Staatsstreich der irakischen Armee unter der Führung der Freien Offiziere. General 'Abd al-Karim Qasim wird zum Präsidenten ernannt. Die neue Regierung proklamiert den Irak als Teil der arabischen Nation und „Araber und Kurden sind Partner in der irakischen Heimat, und ihre Rechte werden im Irak anerkannt."

September 1961
General Qasim beginnt eine größere Offensive, um gegen die Autonomiebestrebungen der Kurden vorzugehen. Es ist der Beginn einer längeren Kampagne, die mit Unterbrechungen bis 1975 anhalten soll.

8. Februar 1963
Coup d'état der Ba'ath Partei mit Unterstützung durch die Armee. Es entsteht eine Koalition zwischen Ba'athisten und Nationalisten. In den Monaten von Februar bis November 1963 finden schreckliche Gewaltszenen mit blindwütiger Grausamkeit und Brutalität statt.

18. November 1963
Coup d'état der Armee, wobei die Führungsspitze der Ba'ath gestürzt wird. 'Abd al-Salam 'Arif (gestorben 1966) übernimmt die Macht im Land.

29. Juni 1966
Deklaration eines zwölf Punkte umfassenden Friedenplans für Kurdistan zwischen der irakischen Regierung und Kurdenführer Mustafa al-Barzani. Der Plan beinhaltet die Anerkennung des kurdischen Nationalismus und der nationalen Rechte der Kurden und verweist auf den binationalen Charakter des irakischen Staates. Auslöser der Verhandlungsbereitschaft von seiten der Regierung ist die zunehmende Unzufriedenheit innerhalb der irakischen Bevölkerung über den Kurdenkrieg.

17. Juli 1968
Zweite Revolution der Ba'ath Partei, die mit einem zweiten Staatsstreich am 30. Juli 1968 die Macht im Irak übernehmen kann. General Hassan al-Baqr wird Präsident.

11. März 1970
Unterzeichnung eines weiteren Abkommens zwischen der irakischen Regierung und den Kurden auf der Basis der Deklaration von 1966. Den Kurden wird eine eingeschränkte Autonomie zugesprochen, sowie die Beteiligung an der zentralen Regierung. Das Abkommen hält weitgehend, bis im Frühjahr 1974 erneut militärische Kämpfe ausbrechen. Die Kurden werden diesmal vom Iran und den USA unterstützt, die sich damit eine Schwächung der irakischen Regierung erhoffen.

März 1975
Algier-Abkommen zwischen dem Irak und dem Shah des Iran. Die Feindseligkeiten in Kurdistan werden beendet und die strittige Grenze zwischen dem Irak und dem Iran festgelegt. Mit dem Rückzug der iranischen Unterstützung bricht der kurdische Widerstand schnell zusammen. Der Iran droht sogar mit einer gemeinsamen Offensive, falls die Kurden sich nicht den Erklärungen des Abkommens unterstellen.

16. Juli 1979
Rücktritt von Präsident al-Baqr und Aufstieg Saddam Husseins zum Präsidenten des Irak.

Fortsetzung S. 11



Letzte Ruine in Bagdad, das Ministerium für 'Lokalverwaltung' der Kurden, 1994.
Foto: Robert Binson

medizinischer Versorgung ein Großteil der Kinder, besonders der in den letzten Jahren geborenen, bleibende Schäden davontragen wird.

In westlichen Darstellungen kann man allerdings immer wieder lesen, daß dies Martyrium der Bevölkerung gar nicht notwendig wäre, denn vom Embargo sind Medikamente und Grundnahrungsmittel ausgenommen und der Irak dürfe zur Finanzierung sogar Erdöl exportieren. Eine katastrophale Versorgungslage sei für Saddam Hussein jedoch ein willkommenes Druckmittel gegenüber den Alliierten bzw. dem UN-Sicherheitsrat, denen er den „schwarzen Peter“ zuschieben kann: Indem er die Alliierten und das Embargo für alle Leiden der Bevölkerung verantwortlich macht, hoffe er, einerseits die Bevölkerung zum Durchhalten und zur Solidarisierung mit dem Regime zu bewegen und andererseits Sympathien in der Welt und damit Stimmen für eine Aufhebung des Embargos zu gewinnen. Devisen, so heißt es in solchen Darstellungen, würde Saddam Hussein lieber für Waffenkäufe verwenden und für Geschenke an Günstlinge.

Der Irak dagegen klagt über den Mangel an Devisen, verweist auf die gesperrten irakischen Guthaben im Ausland und unterstreicht, daß die beiden UN-Resolutionen, die dem Irak Erdölexporte im Umfang von 1,6 Mrd. US-$ erlauben, an harte Bedingungen geknüpft seien: Explizit genannter Zweck der Resolutionen 706 und 712 war nämlich zunächst die Finanzierung der UN-Inspektionen mit einem Drittel der Erlöse; ein weiteres Drittel sollte in den Reparationsfonds für die vom Irak verursachten Schäden gezahlt werden; und bei der Verwendung des letzten Drittels hätte der Irak massive Eingriffe in seine Souveränität hinnehmen müssen, da die Verteilung der Importe an die Bevölkerung durch UN-Vertreter erfolgen sollte und dazu unbeschränkter Zugang verlangt wurde. Derart weitgehende Bedingungen zu erfüllen, hatte der Irak angesichts einer Summe, die den Bedarf nur für wenige Monate gedeckt hätte, kein Interesse.

Für einen Dollar um die Welt

Das Erdöl hatte den Irak zu einem wohlhabenden Land gemacht. 1980, dem letzten Jahr, für das verläßliche Zahlen verfügbar sind, rangierte der Irak in den Weltbank-Statistiken beim Pro-Kopf-Einkommen mit über US-$ 3000 direkt hinter Venezuela und mehrere Plätze vor dem EG-Land Portugal. Aus dieser Höhe kam der Sturz ins Bodenlose.

Der Sturz des Dinars gegenüber dem US-Dollar macht dies deutlich: Vor 15 Jahren mußte man für einen Dinar 3 US-$ bezahlen, damals also noch etwa 10 DM. Der Wertverlust begann dann zwar bereits während des Krieges gegen den Iran, doch erst mit der Kuwait-Krise bewegte sich der Dinar steil nach unten. Als die Regierung Anfang 1994 den Kurs freigab, mußte man bald für einen einzigen US-$ bereits über 300 Dinar zahlen, inzwischen um 600 - oder anders ausgedrückt: Vor den Gehaltserhöhungen im Sommer 1994 hätte jene Ärztin für einen US-$ ihr gesamtes Monatsgehalt hinblättern müssen, und nach den Gehaltserhöhungen aufgrund der anhaltenden Abwertung inzwischen wieder...

Wer also noch Dollar hat oder an Dollar kommen kann, ist fein raus. Denn das Warenangebot ist ausreichend, wenn man die Preise für die nicht staatlich kontrollierten Waren bezahlen kann. Zwar versucht die Regierung immer wieder, mit Preisvor-

schriften das Mißverhältnis zu reduzieren. Doch als sie beispielsweise den Preis für das Kilo Tomaten auf 20 Dinar festlegte, verschwanden Tomaten sehr schnell von den Märkten, wo sie vorher 90 Dinar gebracht hatten.

Wie kraß das Mißverhältnis zwischen regierungskontrollierten und freien Preisen sein kann, zeigt der Benzinpreis, mit dem das Regime offensichtlich Sympathiewerbung betreibt. Zwar blieb auch er nicht von den Preissteigerungen im letzten Sommer verschont, ja, wurde sogar verdreifacht. Aber auch jetzt bekommt man noch fünf Liter für den Dinar, kann also von einem Monatsgehalt von 600 Dinar 3000 Liter Benzin tanken: genug, um für einen Dollar 40.000 km zu fahren - einmal um den Äquator.

Materielle Not und Preisabsurditäten zerrütten die irakische Gesellschaft. Da Löhne und Gehälter mit dem Wertverlust der Währung auch nicht entfernt mithalten, muß jeder versuchen, durch einträglichere Nebenbeschäftigungen etwa als Händler oder Taxifahrer das Familieneinkommen hinreichend zu verbessern. Wem das nicht gelingt, dem bleiben nur zwei Möglichkeiten, von denen die Dolmetscherin, die mir meine Gastgeber als Stadtführerin mitgeschickt haben, ganz unbefangen spricht: zu verkaufen, was die Familie noch an Wertgegenständen besitzt, oder aber kriminell zu werden - also sich wie viele Politiker und Bürokraten an öffentlichen Geldern zu vergreifen oder sich als Frau für „na, Sie wissen schon“ bezahlen zu lassen oder aber direkt zu stehlen und zu rauben.

Wie meine attraktive Stadtführerin diese Gratwanderungen wohl übersteht, frage ich mich, als unser Fahrer sie auf dem Weg zurück ins Hotel in der Nähe der Villa ihrer Eltern absetzt. Denn die begüterte Mittelschicht, aus der sie kommt, hat sich weitgehend aufgelöst, und in vielen Villen herrscht heute Not.

Die Verarmung der Wohlhabenden und die Verelendung der Armen haben die Kriminalität erschreckend anwachsen lassen. „Korruption“, meint der Bazarhändler, während er mir Tee nachschenkt, „war in unserem Land ein Fremdwort. Auch Übervorteilungen beim Geschäft und kleine Betrügereien gab es eigentlich nicht. Inzwischen jedoch sind sie überall und schlimmer noch als die Kriminalität der Armen. Die versuchen doch nur, sich durch Stehlen und kleine Einbrüche am Leben zu erhalten.“ Ein gefährlicheres Problem seien da schon die Raubüberfälle. Denn was nach der Auflösung der traditionellen irakischen Armee am Ende des Golf-Krieges mit Banden marodierender Soldaten begonnen hatte, habe sich in letzter Zeit zu einer allgemeinen Landplage ausgeweitet.

Drastisch sind die Maßnahmen, mit denen die Regierung der Kriminalität Herr zu werden versucht. „Wer Lebensmittel zu überhöhten Preisen verkauft“, fährt der Händler fort, „oder Schwarzmarktgeschäfte mit Devisen macht, muß mit schlimmen Strafen rechnen. Im Sommer haben sie Hunderte von Händlern und Geschäftsleuten verhaftet; einige wurden öffentlich hingerichtet. Wer sich so am Wohl des Volkes vergreift, dem droht nach einem neuen Gesetz sogar, daß ihm wie einem Dieb die Hand abgehackt wird. Deserteuren und Räubern sollen die Ohren abgeschnitten werden. Im Fernsehen haben sie neulich Bilder von so einem gezeigt... Was ist nur aus uns geworden!“

Der omnipräsente Verborgene

Er begegnet jedem, ständig, überall - vor öffentlichen Gebäuden, auf Plätzen, an Straßenkreuzungen, und in jeder Amtsstube gleich mehrfach: Saddam Hussein in Zivil, Saddam Hussein in Uniform, Saddam Hussein im Beduinenmantel, Saddam Hussein in Arbeitskleidung mit einer Schaufel in der Hand, meist lächelnd, gelegentlich eher finster.

Erdrückend wie die Vielzahl der Bilder ist die Ämterfülle dieses Mannes, der erst im Mai 1994 zu den Ämtern des Staatspräsidenten, Vorsitzenden des Revolutionsrates, Oberkommandierenden der Streitkräfte und Generalsekretärs der Ba'th-Partei das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hat. Dazu kam dann im Herbst auch noch die ausschließliche Verantwortung für die Außenpolitik.

Aber so allgegenwärtig der Präsident auf Bildern ist, so unsichtbar ist er als Person.

23. September 1980
Einmarsch irakischer Truppen in den Iran (als Antwort auf die Machtübernahme Khomeinis) und die Proklamierung einer iranischen islamischen Republik. Es ist der Beginn eines achtjährigen brutalen Krieges, der über eine Million Opfer fordert.

27. Oktober 1984
Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA, die im Jahre 1967 unterbrochen worden waren. Der Irak muß zu diesem Zeitpunkt erhebliche Verluste gegenüber dem Iran hinnehmen.

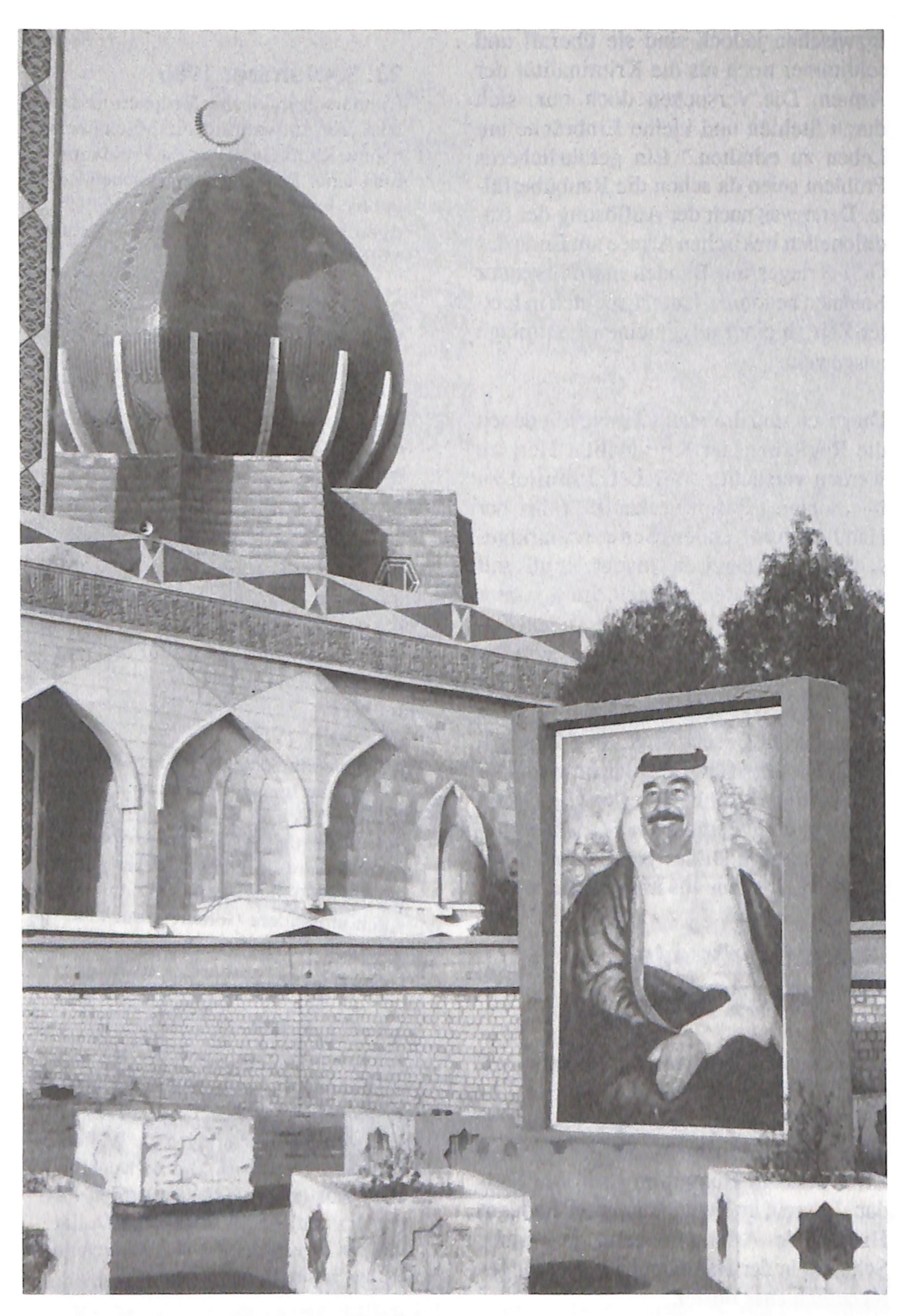
Frühjahr 1987
Durch die gegenseitige Ausweitung der Kämpfe auf jeweilige Ölanlagen wird der Krieg regionalisiert. Die Vereinigten Staaten und andere westliche Alliierte rücken zunehmend auf die Seite des Irak.

Frühjahr 1988
Mit Unterstützung kurdischer Gruppen beginnt der Iran eine Offensive im Norden des Irak und erobert am 15. März die Stadt Halabja. Am Tage darauf setzt die irakische Luftwaffe Giftgas gegen die Stadt ein und tötet 5.000 Zivilisten. Auch um andere Gebiete zurückzuerobern, macht der Irak nun zunehmend Gebrauch von chemischen Waffen.

18. Juli 1988
Die UN-Resolution 598 zur Beendigung des Krieges wird von der iranischen Seite ohne Bedingungen akzeptiert. Am 20. August wird ein Waffenstillstand vereinbart. Die wirtschaftlichen Kosten des Krieges werden für den Irak auf 452,6 Milliarden Dollar und für den Iran auf 644,3 Milliarden Dollar veranschlagt.

2. August 1990
Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait.

28. Februar 1991
Waffenstillstand im zweiten Golfkrieg nach der Befreiung Kuwaits; der Irak akzeptiert alle 12 Resolutionen des UN-Sicherheitsrates. Amerikanischen Militärkreisen zufolge sind bis zu 100.000 irakische Soldaten dem Krieg zum Opfer gefallen. Die Verluste der alliierten Streitkräfte beschränken sich auf 343.



Der omnipräsente Verborgene: Saddam Hussein. *Foto: R. Binson*

Das ist sicher nicht einem internen Machtverlust zuzuschreiben. Aber 25 Jahre brutaler Machtpolitik, davon 15 unter ausschließlicher Herrschaft Saddam Husseins, einer Politik, in der sich Repression nach innen und Aggression nach außen immer wieder wechselseitig hochschaukelten, fordern offenbar ihren Preis: Angst vor Attentaten und Anschlägen soll Saddam Hussein seit langem geplagt haben. Er lebt aber noch zurückgezogener, und seine seltenen Auftritte in der Öffentlichkeit werden nie mehr vorher angekündigt, seit im Vorgarten des berühmten Raschid-Hotels ein Marschflugkörper einschlug.

Das war im Januar 1993, wenige Tage, bevor in den USA George Bush, der strahlende Sieger des Golf-Krieges, sein Präsidentenamt an Bill Clinton übergeben mußte. Der Glanz des Sieges war bis dahin etwas verblaßt, nicht zuletzt, weil Saddam Hussein nach wie vor fest im Sattel saß. Und so eskalierte denn noch einmal der Konflikt um Iraks mangelnde Bereitschaft, bestimmte Auflagen des Waffenstillstandsabkommens zu erfüllen. Da Saddam Hussein sich „uneinsichtig“ zeigte, gingen schließlich 45 amerikanische Marschflugkörper im Industriegürtel um Bagdad nieder. Nur ein Blindgänger verirrte sich in den Innenstadtbereich - ausgerechnet in den Vorgarten jenes Hotels, das als der sicherste Ort in Bagdad galt, weil dort alle wichtigen ausländischen Delegationen abstiegen und absteigen. Hier hätte Saddam Hussein zur selben Zeit eine Rede halten sollen, war aber nicht erschienen. Wäre andernfalls die Rakete während des Fluges über Funk scharf gemacht worden?

Zwar kann sich Saddam Hussein sagen, daß Bush ging, er aber blieb. Doch seit jenem denkwürdigen Januartag werden dem Präsidenten Konzentrationsschwäche und Absencen nachgesagt, und noch einmal gewachsenes Mißtrauen gegen alles und jeden. Selbst seinen treuen, von anderen so gefürchteten Republikanischen Garden, die den Krieg unbeschadet überstanden haben und danach zur neuen Armee des Irak ausgebaut wurden, soll er inzwischen mißtrauen. Hunderte von Offizieren sollen jetzt im November 1994 festgenommen worden sein; selbst hochrangige ehemalige Vertraute flohen ins Ausland. Und wieder die abstrakte Zahl „Hunderte“, die man so häufig zu hören bekommt, wenn niemand Genaueres weiß. Paranoia? Oder eine jener Geschichten, mit denen sich Menschen Sinn zusammenreimen, wo überprüfbare Informationen nicht zu bekommen sind?

Meine irakischen Gesprächspartner sprechen nicht viel über ihn. Sie reden lange vom Embargo, von den Amerikanern, vom Irak, doch selten von Kuwait oder von Saddam Hussein. Das mag die Angst vor Bespitzelung sein. Aber ich habe auch das Gefühl, daß Druck von außen und Frustration die Aggressionen nicht gegen ihn lenken, sondern gegen die, die für die Aufrechterhaltung des Embargos allein verantwortlich scheinen: eben „die Amerikaner“.

Bei aller Härte gegen Kurden, Schiiten und andere, die sich seiner Politik widersetzen, wirbt Saddam Hussein zugleich mit einer Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ um die Loyalität von Gruppen,

auf die sein Regime früher nicht angewiesen war. So kann ich südlich von Mossul - also nicht weit von der nördlich gelegenen Schutzzone für die Kurden entfernt - beobachten, wie örtliche Beduinen-Scheichs Saddam Hussein ihre Loyalität bekunden, nachdem das Regime sie als Vertreter der Stammesbevölkerung akzeptiert und damit aufgewertet hat.

Ich habe niemanden getroffen, der von Saddam Hussein begeistert schien, und natürlich auch niemanden, der offen gegen ihn gesprochen hätte - dafür sitzen zu viele in den Gefängnissen oder sind gar spurlos verschwunden. Aber ich treffe Menschen, die ihr unabhängiges Urteil bewahrt haben und vorsichtig kritisch sind. Befragt, ob er nicht angewidert sei vom Personenkult um Saddam Hussein, verweist einer von diesen auf die gleiche Rolle, die die Bilder der Könige und Präsidenten in anderen arabischen Staaten spielen. Spätestens seit Nasser sei dies Teil des nahöstlichen Herrschaftsstils. Selbst die Schiiten würden nicht den Herrschaftsstil als solchen kritisieren. Für sie sei vielmehr mit den „Takritis“ - der Sippe Saddam Husseins aus seiner Heimatstadt Takrit - einfach der „falsche Stamm“ an der Macht.

Offene Opposition ist im Irak lebensgefährlich; und selbst Exilpolitiker sind nicht vor Mordanschlägen sicher. Darum sprechen die meisten im Irak am liebsten gar nicht über Politik. Eine der seltenen Ausnahmen ist Prof. Wamid Nazmi, ein international angesehener Politikwissenschaftler. Er hatte 1990 nach der Annexion Kuwaits den Mut, einen Besuch der dortigen Universität zu verweigern, wie das von ihm und seinen Kollegen erwartet wurde. Öffentlich hatte er begründet, warum er die Annexion für einen Fehler hielt - und war damit durchgekommen. „Viele haben so gedacht wie ich und das auch gesagt. Es war eher ein Zufall, daß meine Äußerungen so weit verbreitet wurden.“

Heute gehört Prof. Nazmi zu einer Oppositionsgruppe, die die geringen Spielräume zu nutzen versucht, die das Regime ihnen läßt. Mehr als zwei Flugblätter zu veröffentlichen, hat ihnen das Regime jedoch verwehrt. Sie wollen aber nicht aufgeben, weil, wie er glaubt, nur von innen heraus Alternativen entwickelt werden können, die von der Bevölkerung angenommen werden und Machtmißbrauch durch das Regime begrenzen können. Wenig Verständnis hat er für die irakische Opposition im Ausland. „Wie glaubwürdig kann diese Opposition sein, wenn sie ihren Sitz ausgerechnet nach Kurdistan verlegt, von wo aus sie unter amerikanischem Schutz operiert, während hier die Bevölkerung in erster Linie unter der Embargo-Politik ebenderselben Amerikaner leidet?“

Aufbruch in der Krise?

Wo es kein Farbpulver mehr gibt, geht auch kein Kopiergerät, ohne Farbband nicht einmal eine alte Schreibmaschine. Bei der Reparatur von Geräten mag man noch improvisieren, für Ersatzteile vielleicht ein anderes Gerät ausschlachten. Viele Betriebsmittel und Ersatzteile von ausländischen Fabrikaten müssen aber einfach importiert werden. Wo immer ich hinkomme, verstauben Zeugen dieser Binsenweisheit ...

Aber nicht alles verstaubt. Wie andere Länder, die in Kriegs- und Krisenzeiten von internationalen Märkten abgeschnitten waren, erlebt der Irak einen Innovationsschub im Bereich importsubstituierender Industrie, der viele mit Stolz erfüllt. Zunächst waren es technologisch einfache Güter, die der Irak längst selbst hätte produzieren können, wie etwa pharmazeutische Produkte, kupferne Bauelemente für elektronische Geräte oder Leitplanken für die Autobahnen. Der Einsatz von weiterentwickelten Scud-Raketen im Golf-Krieg und die ehrgeizigen Rüstungsaktivitäten im Bereich chemischer und atomarer Kriegführung verweisen jedoch auf das Potential an technischem Know-How, das im Irak für die Produktion komplexerer Produkte durchaus vorhanden ist. Und mit der Disziplin, die ihnen den Ruf eingetragen hat, die „Preussen des Nahen Ostens“ zu sein, wollen Iraker die sich bietenden Chancen nutzen.

In der Landwirtschaft hat die Krise eine Ausdehnung der bewirtschafteten Flächen und eine Intensivierung der Produktion bewirkt, durch die der Irak bereits 1994 zum Selbstversorger hatte werden wollen. Eine schlechte Ernte scheint dies verhin-

1. März 1991
Erste Aufstände der irakischen Bevölkerung um die Stadt Basra. Die Aufstände breiten sich schnell auf den gesamten Süden des Landes aus. Zur gleichen Zeit finden Revolten gegen die Regierung auch im kurdischen Norden statt.

3. März 1991
Der Irak akzeptiert die UN-Resolution 686.

26. März 1991
Der Irak erklärt die Aufstände im Süden offiziell für beendet. Die Zahl der Opfer beläuft sich auf mehr als eintausend. Auch die heiligen Städte von Najaf und Kerbala bleiben von den irakischen Truppen nicht verschont. Die Aufstände im Norden des Landes dagegen setzen sich fort. Kurdische Rebellen sind in der Lage, größere Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen.

1. April 1991
Unter dem zunehmenden Druck vorrückender irakischer Regierungstruppen fliehen tausende von Kurden in die Berglandschaft des Nord-Irak. Nach Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariates überqueren bis zum 9. April an die 750.000 Flüchtlinge die Grenze zum Iran, 280.000 fliehen in die Türkei und weitere 200.000 verweilen an der türkisch-irakischen Grenze.

11. April 1991
Die UNO erklärt den zweiten Golfkrieg offiziell für beendet.

12. April 1991
Die Vereinigten Staaten starten ihre Hilfsaktion „Operation Provide Comfort“ für kurdische Flüchtlinge.

16. April 1991
Einrichtung einer Sperrzone für irakische Militäraktionen im kurdischen Gebiet des Irak nördlich des 36. Breitengrades. Allein an der irakisch-türkischen Grenze sterben zu diesem Zeitpunkt zwischen 500 und 1.000 kurdische Flüchtlinge pro Tag.

15. Mai 1991
Die UNO beginnt mit der Inspektion und Überwachung des irakischen Rüstungssystems.

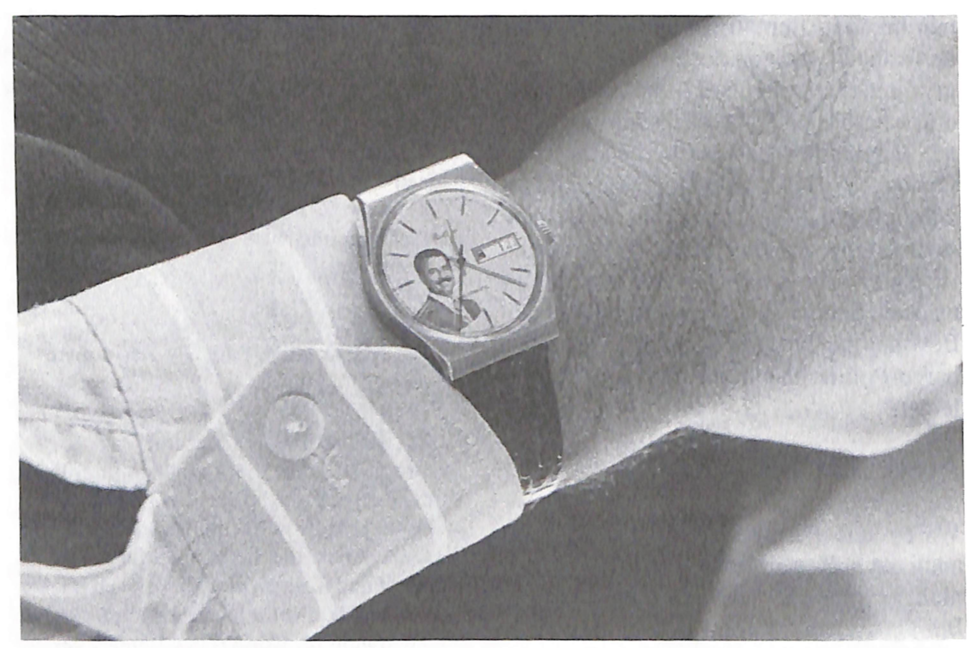


Foto: R. Maro

dert zu haben - scheint, denn es gibt gute Hinweise darauf, daß die Kürzung der Nahrungsmittelzuteilungen der Regierung ermöglichen sollte, Vorratslager für alle Fälle anzulegen.

Auch am Tiefpunkt seiner sozialen Krise ist der Irak wirtschaftlich nicht abgeschrieben. Interesse an wirtschaftlicher Kooperation nach der Aufhebung des Embargos hat vor allem Frankreich gezeigt, war es doch neben der Bundesrepublik vor dem Embargo wichtigster Handelspartner des Irak. Bereits im Frühjahr 1994 wurde mit Frankreich ein Investitionsplan im Umfang von 8 Mrd. US-$ für die Ausbeutung der Majnun-Ölfelder vereinbart. Einen noch größeren Umfang haben im Herbst mit Rußland geschlossene Verträge. Dabei versucht die irakische Regierung offensichtlich, ihre auf Aufhebung des Embargos zielenden politischen Initiativen mit Gesprächsangeboten über lukrative Großprojekte zu verbinden. Und die Interessenten kommen: Eine große Gruppe italienischer Firmenvertreter sehe ich im Hotel, Russen - oder sind es Bulgaren? -, Koreaner und selbst einige Amerikaner.

Die Deutschen allerdings scheinen ihre Chancen zu verschlafen. Ihre Botschaft ist geschlossen; nur hin und wieder sollen, wie man hört, zwei Frauen kommen, die, wie auch früher schon, die Pflanzen gießen. Es gibt nicht einmal eine Interessenvertretung durch eine andere Botschaft - denn wegen des Embargos sollen ja eigentlich alle diplomatischen Vertretungen geschlossen sein. „Die Deutschen", meint der Irak-Kenner, der bereits häufiger Firmen beraten hat, „werden sich wundern, wenn sie zurückkommen. Statt der Waren, die sie früher dem Irak verkauft haben, wird man nun die Maschinen von ihnen haben wollen, mit denen der Irak die Produkte selbst herstellen kann und mit denen er seinen industriellen Aufbau eigenständiger vorantreiben will -und wird. Ganz abgesehen davon, wartet heute niemand mehr auf die Deutschen; da sind andere schneller gewesen."

Wann werden die Sanktionen aufgehoben?

Die Sanktionen sind und bleiben das alles beherrschende Thema. Denn keiner meiner Gesprächspartner kann begreifen, warum sie nicht längst aufgehoben wurden, wo doch der Irak alle - oder doch zumindest alle wichtigen - Bedingungen der USA und des UN-Sicherheitsrates erfüllt habe.

Nur sehr zögernd ist der Irak bereit gewesen, allen Auflagen des Waffenstillstandsabkommens nachzukommen. Immer wieder gab es Auseinandersetzungen mit den UN-Expertenkommissionen. Seit dem Amtsantritt von Präsident Clinton, der nicht wie sein Vorgänger Bush persönlich für die als demütigend empfundenen Bedingungen verantwortlich gemacht wird, hat die irakische Regierung jedoch eine immer nachgiebigere Haltung eingenommen. Selbst alle nachgeschobenen Bedingungen ist sie bereit zu akzeptieren - so die Anerkennung der ohne irakische Beteiligung klar zugunsten Kuwaits festgelegten Grenze oder zuletzt die Installierung eines zunächst überhaupt nicht vorgesehenen Systems der Langzeitüberwachung.

Bereits im März 1994 war deswegen im Irak erwartet worden, daß der UN-Sicherheitsrat bei der alle zwei Monate fälligen Überprüfung des Embargobeschlusses, die Sanktionen aufheben, zumindest erstmals lockern würde. China, Rußland und auch Frankreich hatten sich vorher dafür ausgesprochen. Doch die USA und Großbritannien lehnten jedes Einlenken gegenüber dem Irak ab, ehe nicht alle Bedingungen erfüllt sind. Und damit meinten sie auch alle Ergänzungen zur ursprünglichen Resolution und alle Präzisierungen.

Im Irak entstand zunehmend der Eindruck, daß Kompromißbereitschaft nichts bringt, sondern daß die USA nur immer neue Forderungen vorbringen werden und deswegen der Embargo-Beschluß von Mal zu Mal verlängert werden wird. Als im Herbst die Verhandlungen mit dem UN-Beauftragten Rolf Ekeus über die Langzeitüberwachung der irakischen Rüstungsindustrie scheiterten, weil Ekeus sich auf kein festes Datum für das Ende der Testperiode - und damit das Ende der Sanktionen - einlassen wollte, kam es erneut zu einer Eskalation. Irakische Truppenkonzentrationen im Südirak lösten die größte Militäraktion der USA seit dem Golf-Krieg aus: Binnen weniger Tage wurden Kampfflugzeuge, Flugzeugträger und 20.000 US-Soldaten nach Kuwait und in die Golfregion verlegt.

Wieder befürchteten die Menschen in Bagdad einen neuen Raketenhagel auf ihre Stadt -obwohl niemand ernsthaft einen neuen Krieg erwartet zu haben scheint. Als Saddam Hussein seine Truppen zurückzog und sich der Irak dann nach vermittelnden Gesprächen des russischen Außenministers Kosyrew bereit zeigte, die Souveränität Kuwaits explizit anzuerkennen, löste

sich die akute Krise schnell. Der Irak hat zwar immer noch keine Lockerung der Sanktionen erreicht -aber innenpolitisch scheint ein Kalkül Saddam Husseins aufgegangen. Vor der Krise hatte er in einer Fernsehrede das unfaire Spiel geschildert, das die Vereinten Nationen mit dem Irak trieben, und hatte dann die Bevölkerung indirekt auf neue Härten vorbereitet: Ein Volk, dem man keine Chance lasse, habe auch nichts zu verlieren und könne darum die Zusammenarbeit mit der UNO genausogut aufgeben.

„Warum wollen die Amerikaner den Irak vernichten?", fragen darum die Menschen. Zweifellos hat Saddam Hussein im Irak ein menschenverachtendes Regime errichtet. Aber angesichts des Versorgungselends erscheinen die Menschenrechtspostulate des Westens und mit ihnen begründete Maßnahmen wie Hohn. Es wundert darum nicht, daß jede neue Härte einerseits zwar die Auflösungstendenzen in der Gesellschaft und die Kriminalität als deren deutlichstes Anzeichen verstärkt, andererseits aber eine Solidarisierung wenngleich nicht mit Saddam Hussein, so doch mit dem irakischen Staat bewirkt.

Immer wieder treffe ich auf einen stolzen Willen, durchzuhalten. Die Menschen im Irak versinken im Elend - aber „zu einem Volk von Bettlern verkommen"? Mir drängt sich eher der Eindruck auf, daß die persönliche Entscheidung vieler lautet: Lieber ein aufrechter Räuber als ein armseliger Bettler! Aber je auswegsloser die Situation wird, je mehr bröckelt auch das, richtet sich Verzweiflung gegen den Fremden, der für die Ursache der Verzweiflung steht. Bei einem Raubüberfall im Süden wurde vor kurzem eine ausländische Journalistengruppe - wie es alle Tage geschieht - bis aufs Hemd ausgezogen. Als die Räuber dabei erfuhren, daß zwei der Journalisten Amerikaner waren, wurden diese auch noch verprügelt. Das war neu.

Auch in der Not kein Ausverkauf

Wortlos, wie er gekommen ist, packt der Mann Schale und Pokal wieder in seinen Leinensack. Der Antiquitätenhändler hatte die ihm hingehaltenen Silbersachen nur kurz angesehen und dann, ebenso wortlos,

20. Mai 1991
US-Präsident Bush erklärt, die Vereinigten Staaten hielten das totale Embargo gegenüber dem Irak solange aufrecht, wie Saddam Hussein an der Macht ist.

2. August 1991
Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen legt einen Bericht vor, in dem auf eine weitverbreitete Unterernährung von Kindern sowie die Möglichkeit einer generellen Hungersnot im Irak als Folgen des UN-Wirtschaftsembargos hingewiesen wird.

15. August 1991
Die UNO verabschiedet die Resolution 706, nach der es dem Irak erlaubt wird, Ölprodukte im Wert von 1,6 Milliarden Dollar zu verkaufen, um Nahrungsmittel und Medizin für die Bevölkerung zu erwerben. 30% dieser Summe sollen aber für die Beilegung von Schadensersatzforderungen der alliierten Streitkräfte aus dem Golfkrieg zurückgelegt werden. Der Irak lehnt diese Forderung als Eingriff in die Souveränität des Landes ab.

24. Dezember 1991
Treffen irakischer Oppositioneller in Damaskus zur Bildung des Irakischen Nationalkongresses. Anwesend sind irakische, kurdische und schiitische Vertreter. Ziel ist der Entwurf eines gemeinsamen Aktionsplans zum Sturz von Saddam Hussein. Diese und auch weitere Versuche scheitern an der Zerstrittenheit der irakischen Opposition.

15. März 1992
Der Irak beginnt seine Offensive zur Trockenlegung der Sumpfregion im Süden des Landes. Bis zur Beendigung dieser Kampagne werden bis zu 200.000 Menschen aus ihrer Heimatregion entfernt und umgesiedelt.

19. Mai 1992
Die Wahlen für ein autonomes kurdisches Parlament finden in der kurdisch kontrollierten Zone statt. Insgesamt bewerben sich sieben Parteien für die 105 Sitze.

26. August 1992
Die USA erklären zum Schutz der schiitischen Minderheit das Gebiet südlich des 32. Breitengrades zur Sperrzone für den irakischen Flugverkehr. Die Sperrzone bleibt aber weiterhin für irakische Bodenfahrzeuge zugänglich.

13. Januar 1993
Kampfflugzeuge der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs attackieren irakische Militärstellungen, um die irakische Regierung zur Einhaltung der UN-Resolutionen zu zwingen. Bei den Attakken kommen neunzehn Menschen ums Leben.

17. Januar 1993
In einer weiteren militärischen Operation bombardieren die alliierten Streitkräfte irakische Militäreinrichtungen mit 45 Cruise Missiles. Eine Rakete kommt vom Kurs ab und trifft das Al-Rashid Hotel in Bagdad.

26. Juni 1993
Amerikanische Kriegsschiffe im Persischen Golf feuern 23 Tomahawk Raketen auf das Gebäude des irakischen Geheimdienstes in Bagdad ab als Vergeltung für den vermuteten Attentatsversuch irakischer Agenten auf US-Präsident Bush während seines Aufenthaltes in Kuwait-Stadt. Wiederum verfehlen einige Raketen ihr Ziel und es kommt auf irakischer Seite zu 8 Toten und 12 Verletzten.

21. Juli 1993
Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet einstimmig eine Resolution zur Aufrechterhaltung aller Sanktionen gegenüber dem Irak.

23. November 1993
Ein Bericht der UN-Menschenrechtsorganisation meldet die Trockenlegung von ungefähr 40% des Sumpfgebietes im irakischen Süden.

Oktober 1994
Rolf Ekeus, UN-Beauftragter zur Überwachung der irakischen Abrüstung, soll im Laufe des Monats über die weitgehende Erfüllung des Iraks bezüglich seiner militärischen Abrüstung berichten.

8. Oktober 1994
Der Irak mobilisiert tausende von Soldaten im Süden des Landes zum Aufmarsch nach Kuwait, um die Aufhebung der UN-Sanktionen zu erzwingen. Die Vereinigten Staaten reagieren hierauf mit der Entsendung eigener Streitkräfte nach Kuwait.

10. November 1994
Der Irak erkennt das Emirat Kuwait in seinen jetzigen Grenzen an.

Quelle: Middle East Journal, Time Magazine, International Herald Tribune



Al-Kazimain, Heiligtum der Schiiten, Irak 1994 *Foto: Robert Binson*

auf eine in deren Böden eingeprägte Dhau, eine Einmastbark, gedeutet. „Die Dinger wird er schwer loswerden," erklärt er mir, nachdem der Mann gegangen ist, „die Dhau ist das Wappenzeichen Kuwaits."

Warum sollte sich ein Antiquitätenhändler auch mit Plündergut aus dem Nachbarland belasten? Vitrinen und Regale quellen bereits über von ausgesucht schönem Silber: alter Schmuck aus osmanischer Zeit, Beduinenarbeiten, neuere Gebrauchsgegenstände. Und er würde zu den wenigen Gewinnern im Irak gehören - wenn nur zahlungskräftige Käufer da wären. Stammen doch viele der schönsten Stücke gerade von jenen früheren Kunden, die heute nach ihrem Schmuck und dem Familiensilber manchmal nach und nach die gesamte Wohnungseinrichtung verkaufen müssen, um das Überleben der Familie zu sichern.

Darum sind für die wenigen devisenbestückten Ausländer Antiquitäten überaus preiswert. Allerdings mag es dann bei der Ausreise ein böses Erwachen geben: Denn um den Ausverkauf des Landes zu verhindern, hat die Regierung - über den staatlich geregelten Export hinaus - die Ausfuhr von allem und jedem verboten, was nicht dem unmittelbaren persönlichen Bedarf dient. Selbst Bücher über irakische Aufbauleistungen dürften eigentlich nur mit schriftlicher Genehmigung des Bildungsministers außer Landes gebracht werden.

Um das Exportverbot durchzusetzen, wird jedes Fahrzeug genauestens kontrolliert: Nicht nur muß alles Gepäck ausgeladen und im Zollhaus geöffnet werden; auch die Fahrzeuge selbst werden mit einer Akribie auseinandergenommen, die jeden DDR-Grenzer vor Neid hätte erblassen lassen.

So haben wir denn bei der Ausreise noch einmal Gelegenheit, uns mit anderen Wartenden zu unterhalten, darunter drei deutschen Geschäftsleuten, von denen zwei mit der Hoffnung angereist waren, dem Irak große Mengen von dringend benötigten Medikamenten verkaufen zu können. Doch das Ergebnis ihrer Verhandlungen ist enttäuschend, denn als Handelsunternehmer können sie es sich nicht leisten, mit der Bezahlung auf die Aufhebung des Embargos bzw. die Freigabe gesperrter irakischer Guthaben im Ausland zu warten. Der dritte scheint eher überrascht über seinen Mißerfolg: Hatte er doch erwartet, seine irakischen Gesprächpartner würden freudig auf sein Angebot eingehen, ihnen an den Embargokontrollen vorbei zu entsprechend günstigem Preis einige zehntausend Tonnen Erdöl abzunehmen. Sie hätten keins oder wollten zumindest nichts liefern. Ob auch hier andere schneller waren, bleibt offen.

■ *Friedemann Büttner ist Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin.*

Zur heutigen Wirtschaftslage im Irak

Von Kadhim Habib

Bekanntlich ist der Irak ein reiches Land mit wichtigen Rohstoffen wie Erdöl, Erdgas, Phosphaten und Schwefel. Zwei große Ströme, Euphrat und Tigris, fließen durch das Land und versorgen es großzügig mit Wasser, wodurch eine ausreichende landwirtschaftliche Nutzfläche gesichert ist. Aufgrund seiner alten Geschichte könnte der Irak ein attraktives und interessantes Land für Millionen von Touristen aus aller Welt sein; jedoch kamen aufgrund der politischen Lage kaum Touristen ins Land, und diese potentielle Einnahmequelle konnte nie ausgeschöpft werden. Die bisherige Entwicklung unter der Herrschaft der Ba'ath-Partei (seit 27 Jahren) brachten dem Volk, dem Araber, Kurden und andere ethnische Gruppen angehören, Leid, Elend und Tod. Der Irak ist zur Zeit ein verarmtes, zerrissenes und zerstörtes Land, das mit einem großen Schuldenberg belastetet ist. Die gegenwärtige soziale und wirtschaftliche Situation zeigt, daß das Land auf das Niveau der 50er und 60er Jahre zurückgefallen ist. Die Lage kann nicht anders als katastrophal bezeichnet werden, und dafür ist allein das despotische Regime, geführt von Saddam Hussein und seiner Clique, verantwortlich.

Ohne Zweifel sind die Ursachen für die jetzige politische, soziale und wirtschaftliche Lage in der Innen- und Außenpolitik des Regimes zu suchen. Die irakischen Machthaber, die im Jahre 1968 durch einen Militärputsch an die Macht kamen, versuchten von Anfang an, die demokratischen Freiheiten und Menschenrechte weitgehend zu unterdrücken und das Volk einzuschüchtern. Dieses Regime ist verantwortlich für die Kriege, die es gegen das kurdische Volk im irakischen Kurdistan, gegen die schiitische Bevölkerung in Süd- und Mittelirak, gegen den Iran sowie gegen das kuwaitische Volk geführt hat. Der Überfall auf Kuwait und die darauffolgende Okkupation führten zu einem der furchtbarsten Kriege in der Golfregion. Die Folge des zweiten Golfkrieges war ein internationales Wirtschaftsembargo durch den Sicherheitsrat der UNO, das bis heute in Kraft ist[1].

Die unübersehbaren Folgen der zerstörerischen Kriege und das Embargo werden die Zukunft des Landes beträchtlich beeinflussen. Es werden sicherlich mehrere Jahrzehnte vergehen, ehe sich die Wirtschaft wieder normalisiert haben wird.

Der Leiter der UNO-Delegation, der unmittelbar nach dem zweiten Golfkrieg in dem Irak entsandt worden war, um die Lage und die Folgen des Krieges einzuschätzen, schrieb, daß dieser Krieg den Irak wieder in die Zeit vor der Industrialisierung zurückgeworfen habe[2].

Dieser Krieg zerstörte all das, was im irakisch-iranischen Krieg verschont geblieben war, wie Erdölraffinerien, Industriebetriebe, Infrastruktur und Wohngebiete. Über 500.000 Menschen wurden in diesem Krieg und infolge des Volksaufstandes im Süd- und Mittelirak sowie in Kurdistan getötet. Der zweite Golfkrieg war ein verbrecherischer Krieg, der zu vermeiden war. Er hinterließ Tränen, Trauer, Elend, Blut und Tod. Hier wurde keine Rücksicht auf die Natur und die Umwelt genommen. Die finanziellen Verluste der Länder, die in den Krieg verwickelt waren, werden auf insgesamt 620 Milliarden US-Dollar geschätzt[3].

Die Schwierigkeiten der irakischen Wirtschaft

Es ist sehr schwer, an Zahlen und Statistiken des Irak zu gelangen. Auch ist es strikt verboten, über die miserable Wirtschaftslage im Irak zu berichten. Bringt dennoch ein Iraker den Mut auf, darüber zu schreiben, so riskiert er zweifellos sein Leben. Dieser Artikel stützt sich auf Statistiken arabischer Institutionen und der UNO sowie auf verschiedene andere Quellen, mit der Absicht, den Leserinnen und Lesern einen Einblick in die ökonomische Lage des Irak zu geben, um die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik des Regimes, der Kriege und des Embargos auf die Wirtschaft des Landes aufzuzeigen.

Das Erdöl

Aufgrund des Embargos wurde der Export des irakischen Erdöls gestoppt. Dadurch verlor der irakische Staat die Hauptquelle seiner Deviseneinnahmen, die für den Wiederaufbau der Industrie, der Infrastruktur, der Landwirtschaft, der Dienstleistungen sowie für den Import von Konsumgütern hätten eingesetzt werden können.

Der Export des Erdöls betrug im Jahre 1970 ca. 1,5 Mio. b/d (Barrel pro Tag), stieg im Jahre 1979 auf 3,2 Mio. b/d an und sank im Jahre 1980 aufgrund des Krieges gegen den Iran auf 2,4 Mio. b/d. In den folgenden Jahren schwankte der Export ständig und erreichte erst im Jahre 1989 wieder 2,4 Mio. b/d. Im Jahr 1990, dem Jahr des Überfalls auf Kuwait, stieg der Export auf 3,1 Mio. b/d an und erreichte ungefähr das Niveau von 1979[4].

Der Anteil des Erdölexport an der Gesamterdölproduktion variierte von Jahr zu Jahr. Er sank prozentual von 97,2% im Jahre 1970 auf 85,7% im Jahre 1990 bei mengenmäßiger Steigerung. Nach dem zweiten Golfkrieg sank die Produktion des Erdöls zum ersten Mal drastisch im Vergleich zu den 80er Jahren. In den Jahren 1991, 1992 und 1993 belief sich die Erdölproduktion auf 270.000, 295.000 bzw. 410.000 b/d. Der nichtoffizielle Export betrug 55.000 b/d. Das Erdöl wurde zum Zwecke der Schuldentilgung nach Jordanien und in die Türkei exportiert. Der Rest der Produktion wurde in Raffinerien des Landes verarbeitet[5].

Die drastische Senkung der Erdölpreise in der Zeit zwischen 1980 und 1990 verursachte einen enormen Rückgang der Einnahmen des Irak. Zum Beispiel wurden im Jahre 1980 durch den Erdölexport Einnahmen in Höhe von 26,1 Milliarden US-Dollar erzielt. Im Jahre 1989 gingen die Einnahmen auf 14,5 Mrd. US-Dollar und 1990 auf 6,9 Mrd. US-Dollar zurück. Das bedeutet einen Rückgang um das Dreifache in der Zeit zwischen 1980 und 1990[6].

Seit 1991 hat der Irak keine Einnahmen aus dem Export von Rohöl erzielt und dadurch in den Jahren 1991-1994 einen Verlust in Höhe von ca. 80 Mrd. US-Dollar erlitten[7]. Das bedeutet, daß das Regime finanziell nicht mehr in der Lage ist:

a) die Auslandsschulden zu tilgen,
b) Ersatzteile, Rohstoffe und Halbfabrikate zu importieren, um die nicht funktionsfähigen Betriebe wieder in Gang zu setzen,
c) Konsumgüter für die Bevölkerung zu importieren,
d) die Arbeitslosigkeit einzudämmen und
e) die bedrohliche Inflation zu bekämpfen.

Während der Irak durch die Wirtschaftsblockade große Verluste erlitten und mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, zogen Saudi-Arabien und die USA großen Nutzen daraus. Beispielsweise erhöhte Saudi-Arabien seine jährliche Erdölförderung auf Kosten des Irak und übernahm zu 75% dessen Exportanteil in der OPEC. In den Jahren 1990-1994 exportierte Saudi-Arabien zwischen 2,7 und 3,5 Mio. b/d mehr als als Quote in der OPEC vereinbart worden war. Die Einnahmen aus dem Erdölexport stiegen von 13,1 und 17,9 Mrd. US-Dollar in den Jahren 1988 bzw. 1989 und auf 39,4 und 46,7 Mrd. US-Dollar in den Jahren 1990 resp. 1991 an[8]. Diese steigende Tendenz setzte sich auch in den Jahren 1992 bis 1994 fort.

Außerdem profitierten die Mitgliedsstaaten der OPEC, insbesondere der Iran und Kuwait, von der Blockade. Dies spielte zudem eine wichtige Rolle bei dem Erhalt der heutigen Strukturen der Erdölpreise auf den internationalen Märkten und dient ausschließlich den Interessen multinationaler Gesellschaften, insbesondere den US-amerikanischen.

Der Industriesektor

Informationen über den Industriesektor sind kaum vorhanden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Krieg die wichtigsten Industriebetriebe im Süd- und Mittelirak schwer beschädigt bzw. zerstört hat. Der Wiederaufbau wichtiger Bau-, Textil- und Nahrungsmittelbetriebe etc. sowie der Aufbau der Waffenindustrie wurden forciert. Die Industriebetriebe sind zur Zeit nur zu ca. 25-40% ausgelastet, einige sogar noch weniger. Dies hängt damit zusammen, daß

- Gelder für den Wiederaufbau fehlen,
- es an Ersatzteilen, Rohstoffen und halbfertigen Industriewaren mangelt,
- aufgrund der Kriege und der Abwanderung ins Ausland qualifizierte Arbeitskräfte fehlen,
- es an Infrastruktur, die für die Industrie unerläßlich ist, mangelt (wie Strom, Wasser, Transportmittel, Lagerräume etc.),
- die Arbeit schlecht organisiert ist und die Korruption stark zunimmt.

Die vorhandenen Informationen zeigen, daß das Produktionsvolumen der verarbeitenden Industrie im Jahre 1980 ca. 547 Mio. irakische Dinar (ID) betrug und 1989, trotz des vorangegangenen Krieges gegen den Iran, auf 616 Mio. ID (konstante Preise 1975) anstieg. Im Jahr des Überfalls auf Kuwait sank die Produktion auf 62% des Jahres 1980, d.h. auf 340 Mio. ID[9]. Das mangelhafte Angebot an Industriewaren auf dem Binnenmarkt zeigt deutlich, daß die Produktion in den Jahren nach dem zweiten Golfkrieg im Vergleich zu 1990 etwa um die Hälfte zurückgegangen ist[10].

Die Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist der am stärksten vom Krieg betroffene Sektor der irakischen Wirtschaft. Der Krieg hat viele Bauern im Süd- und Nordirak sowie in Kurdistan aus ihren Dörfern vertrieben, und Hunderttausende von ihnen wurden als Soldaten, als Polizisten und in den Sicherheitsorganen eingesetzt, so daß die Anzahl junger arbeitsfähiger Männer für die Landwirtschaft nicht ausreichend war. Große landwirtschaftliche Nutzflächen wurden durch die Kriege und durch die Versalzung des Bodens unfruchtbar. Viele landwirtschaftliche Maschinen wurden im Krieg eingesetzt und somit für die Landwirtschaft unbrauchbar. Hinzu kommt, daß Saddam Hussein die bereits in Agonie liegenden halbfeudalistischen Verhältnisse und Traditionen sowie Stammesbeziehungen wiederbelebt hat und sich auf diese Strukturen - nicht nur auf dem Lande sondern auch in den Städten - zu stützen versucht. Diese neue Situation brachte nicht nur für die Bauern und die Agrarwirtschaft neue Probleme mit sich, sondern auch für die städtische Bevölkerung und die Industrieproduktion. Seit mehr als drei Jahren führt Saddam Hussein eine wirtschaftliche Blockade gegen Irakisch-Kurdistan durch. Die landwirtschaftlichen Produkte in Kurdistan können nicht mehr nach Mittel- und Südirak transportiert und verkauft werden. Dies schadet jedoch der gesamten Bevölkerung sowie der Wirtschaft des Landes. Die Dorfbewohner leiden zur Zeit unter Mangel an Elektrizität, Fluß-und Trinkwasser, Saatgut, Düngemittel, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, Transportmitteln und Kühlanlagen. Durch diese Faktoren wurden die Landwirtschaft und die Viehzucht negativ beeinflußt. Die vorliegenden Zahlen zeigen, daß die landwirtschaftliche Gesamtproduktion im Jahre 1980 ca. 378,8 Mio. ID betrug und auf 536,3 Mio. ID im Jahre 1989 (konstante Preise 1975) also um 42% stieg[11]. Zahlen über die landwirtschaftliche Produktion werden seit dem zweiten Golfkrieg nicht mehr veröffentlicht. Nach Berichten irakischer Zeitungen gibt es in letzter Zeit zwei Hauptprobleme: zum einen die niedrigen Erträge und die zurückgegangene Gesamtproduktion, zum anderen die Tatsache, daß immer mehr Bauern die Dörfer verlassen und in die Städte ziehen, obwohl sie wissen, daß sie dort kaum eine Möglichkeit haben, Arbeit zu finden.

Die Kleinproduzenten

Mitte der 70er Jahre erlebten Kleinproduzenten goldene Jahre, in denen sich ihnen die Möglichkeit eröffnete, ihre Produktionsstätten zu modernisieren. Diese Entwicklung hing mit den steigenden Einnahmen des Landes aus der Erdölwirtschaft und der damals betriebenen *infitah*-Politik (open-door-policy) zusammen. Der Industrieminister schätzte die damalige Lage wie folgt ein: „Wir haben Geld, wir wollen das Beste[12]. In sehr kurzer Zeit verdreifachte sich die Zahl der Klein-



Staatliche Lebensmittelverteilung, Irak, Oktober 1989. *Foto: R. Maro*

produzenten. Die Preise stiegen auf das Vierfache, und die Produzenten wurden reicher.

Diese Periode erstreckte sich bis zum Ende des irakisch-iranischen Krieges. Die Kleinproduzenten litten jedoch ebenso wie andere Klassen und Schichten der Gesellschaft unter dem Krieg und wurden als Soldaten an die Front geschickt.

Unter der Blockade haben auch die Kleinproduzenten zu leiden, obwohl sie bessere Verdienstmöglichkeiten als andere Bevölkerungsschichten haben. Denn ihre Produktion stützt sich hauptsächlich auf einheimische Rohstoffe und Geräte und ist somit vom Import unabhängig. Der Mangel an Devisen erlaubt es ihnen jedoch nicht, eine Modernisierung ihrer Maschinen vorzunehmen.

Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen des Irak

In den 70er Jahren gelang es dem irakischen Regime, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene auszubauen, wobei die Erdöleinnahmen die Hauptrolle spielten. Diese Beziehungen spielten bei der Entwicklung des Handels und der Versorgung des Irak mit modernster Technik und Technologie eine wichtige Rolle, hatten jedoch auch negative Seiten:

- Das despotische Regime, das Demokratie und Menschenrechte täglich mit Füßen trat, wurde gefestigt.
- Die Entwicklung und Produktion von konventionellen und Massenvernichtungswaffen wurde weitergeführt.
- Es wurde ein Arsenal an Offensivwaffen angelegt. Das Regime importierte ständig die modernsten Waffensysteme, die mit Geldern aus den Erdöleinnahmen bezahlt wurden.
- Es wurde eine starke Armee aufgebaut, deren Stärke während des Krieges gegen den Iran auf ca. eine Mio. Soldaten anwuchs.

Die hochentwickelten kapitalistischen Länder unterstützten Saddam Hussein beim Aufbau der Produktionsstätten für biologische und chemische Waffen. Für die Produktion von Atomwaffen notwendige Labore, Betriebe, Materialien und wissenschaftliche Kader wurden bereitgestellt. So wurden etliche Milliardern US-Dollar in den 70er und 80er Jahren für die Aufrüstung des Irak ausgegeben, wovon die Waffenproduzenten in Ost und West profitierten.

Diese Politik läßt sich anhand von einigen Zahlen verdeutlichen. In der Zeit von 1976 bis 1990 hat das irakische Regime über 200 Milliarden US-Dollar für militärische Zwecke und über 50 Milliarden US-Dollar für die Produktion von Atomwaffen ausgegeben[13].

Die in der Tabelle (S. 21) aufgeführten Ausgaben des Irak für militärische Zwekke bestätigen folgende Schlußfolgerungen:

1. Das irakische Regime beabsichtigte von Anfang an, militärische Auseinandersetzungen durchzuführen, um seine expansionistischen Ziele durchzusetzen.
2. Die Staaten des Westens wie des Ostens haben den Irak aufgrund ihrer eigenen Ziele bis an die Zähne bewaffnet. Sie ermunterten das Regime, seine Expansionspolitik voranzutreiben, um einerseits eigene Ziele zu verwirklichen und andererseits höchstmögliche Profite zu erzielen.
3. Der Irak hat seine Erdöleinnahmen



Pullover der staatlichen Bekleidungsindustrie: „Ahmed" - das Waffensystem. Irak, Nov. 1993.
Foto: R. Maro

hauptsächlich für militärische Zwecke verschwendet, anstatt diese Gelder für die wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen.

Der Irak war ein begehrter Partner des Westens wie des Ostens in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Handels. Über 85% des gesamten Außenhandels des Irak wurde mit kapitalistischen Ländern betrieben. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Exports und Imports des Landes in der Zeit von 1975 bis 1990[14].

Aus der vorhergehenden Analyse und im Zusammenhang mit der Tabelle kann man folgendes feststellen:

- Das irakische Regime hat den größten Teil der Erdöleinnahmen des Landes für die Deckung seiner Importe ausgegeben. Trotz der steigenden Importausgaben blieb die Handelsbilanz bis 1980 positiv, d.h. erst vier Monate nach Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges wies die Handelsbilanz negative Zahlen auf. Damit begann auch die Verschuldung des Irak.
- Trotz zwischenzeitlich positiver Handelsbilanz stiegen die irakischen Schulden kontinuierlich ständig an. 1990 schließlich war der Irak nicht mehr in der Lage, seine Schulden zu tilgen und die Wirtschaft wieder aufzubauen.
- Durch die hohen Einfuhren des Irak bei gleichzeitig steigenden Preisen für Industrieprodukte wurden in den Industrieländern hohe Profite erzielt.

Die Auslandsschulden

Die Auslandsschulden des Irak steigen seit 1981 kontinuierlich an und betragen zur Zeit ca. 40 Milliarden US-Dollar bei arabischen Staaten und ca. 46 Mrd. US-Dollar bei den Industrieländern[15].

Die arabischen Staaten und die westlichen Industrieländer sollten nach Meinung des Irak auf die Rückzahlung verzichten, da der Irak den Krieg gegen den Iran im Interesse der arabischen Länder und des Westens entfacht habe: Mit diesem Ansinnen stieß der Irak jedoch auf taube Ohren. Vielmehr hat der Sicherheitsrat der UNO den Irak außerdem aufgefordert, eine Entschädigung für jene Menschen und Länder zu zahlen, die durch die Okkupation Kuwaits und durch den Golfkrieg Schaden erlitten. Die Summe dieser Entschädigung beläuft sich auf mehr als 300 Milliarden US-Dollar. Diese Forderung brachte den Irak in eine sehr prekäre Lage, da es ihm finanziell nicht möglich ist, diese hohe Entschädigung und die Schulden zu zahlen, zumal als Folge des Embargos tausende Iraker an Hunger und aufgrund fehlender Medikamente sterben.

Es sollte von der UNO überdacht werden, ob es einen Ausweg gibt, den Irak von seinen Schulden, die er durch seine Waffenimporte machte, zu befreien. In diesem Zusammenhang muß noch einmal betont werden, daß die Industrieländer mit den Waffenlieferungen an dem Irak Gewinne in Milliardenhöhe erzielten und somit ohne Zweifel mitverantwortlich für die Folgen des Krieges sind.

Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung

Die Wirtschaftspolitik des Staates, die massive Repression, der Golfkrieg und die

Wirtschaftsblockade forderten dem irakischen Volk viele Opfer und Leiden ab und und führten die Wirtschaft in den Ruin. Infolge des Erdöl-Export-Stops und des Rückgangs der Industrie- und Landwirtschaftsproduktion ging das Bruttosozialprodukt (BSP) in den letzten Jahren von 53,9 Mrd. US-Dollar (1980) auf 16,4 Mrd. US-Dollar (1990) bzw. auf 10 Mrd. US-Dollar (1993) zurück[16]. Umgerechnet auf das BSP pro Kopf bedeutet das einen Rückgang von ca. 4.080 US-Dollar im Jahre 1980 auf 485 US-Dollar im Jahre 1993, das heißt um etwa das Achtfache[17].

Aufgrunddessen gehört der Irak z.Z. zu den Ländern mit dem niedrigsten BSP pro Einwohner. Dieser Indikator besagt jedoch nichts über die Verteilung des Nationaleinkommens, da er nicht die Kluft zwischen Arm und Reich reflektiert, die in den letzten 15 Jahren immer größer geworden ist. Durch den Rückgang der Produktion aus Industrie und Landwirtschaft sowie der Importe entstand eine ständig wachsende Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. 1980 betrug der Wert eines irakischen Dinars 3,3 US-Dollar, während heute 850 ID für einen US-Dollar gezahlt werden müssen. Die hohe Inflationsrate macht arme Menschen immer ärmer und zwingt sie zum Verkauf ihres Hab und Guts. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, daß sich die Löhne und Gehälter im Vergleich zu 1980 nur geringfügig erhöht haben. Der durchschnittliche Monatslohn eines Arbeiters oder Beamten beträgt z.Z. zwischen 1.500 und 3.000 ID, das sind umgerechnet 1,8 bis 3,6 Dollar.

Den Binnenmarkt beherrschen die Familie Saddam Husseins, eine Gruppe von Offizieren und hochrangigen Beamten sowie die Großbourgeoisie. Im Rahmen des Privatisierungsprozesses kauften diese den größten Teil der staatlichen Industrie-, Landwirtschafts- und Dienstleistungsbetriebe zu niedrigen Preisen. Die Familie Saddam Husseins, die von der Bevölkerung als kleine Mafia angesehen wird, kontrolliert den Binnenmarkt und den Importhandel. Sie diktiert die Marktpreise und spekuliert mit Devisen und dem irakischen Dinar. Jede Abweichung von den staatlich festgesetzten Preisen wird hart bestraft. Wegen Verstoßes gegen das Preisgesetz wurden im Jahre 1993 vierzig Händler aus verschiedenen Städten des Irak durch das Revolutionsgericht zum Tode verurteilt; die Strafen wurden öffentlich vollstreckt, trotz Protestaktionen von Seiten amnesty internationals und der Arabischen Organisation für Menschenrechte. Aufgrund dieser unbeschreiblich schweren politischen und sozio-ökonomischen Situation der Menschen begann eine neue Fluchtwelle ins Ausland. Die Flüchtlinge begaben sich zunächst in die benachbarten Länder und versuchten später, vor allem in die USA und nach Europa zu gelangen.

Ausgaben für militärische Zwecke im Irak in der Zeit von 1976 bis 1990 (in Mio. US-Dollar)

Jahr	1976-1980	1981-1985	1986-1990	Gesamt
Ausgaben	14.428	119.651	66.460	200.539
durchschnittl. Ausgaben/Jahr	2.885,6	23.930,2	13.292	13.369

(Quelle: SIPRI Yearbook, World Armament and Disarmament, 1981ff.)

Wie wird es weitergehen?

Es ist schwer vorauszusehen, wie sich die Wirtschaft im Irak in den kommenden Jahren entwickeln wird. Es bestehen diesbezüglich unterschiedliche Auffassungen. Wie bereits erwähnt, hat sich in jeglicher Hinsicht die Lage des Landes von Tag zu Tag verschlechtert. Einerseits ist Saddam Hussein weder gewillt noch fähig, einen demokratischen Wandel durchzusetzen; andererseits sind die Oppositionskräfte zu schwach, um einen Machtwechsel herbeizuführen. Sie sind der komplizierten Situation nicht gewachsen und auch nicht bereit, auf demokratische Veränderungen hinzuarbeiten. Außerdem sind weder die Länder dieser Region noch die Industriestaaten, insbesondere die USA, bereit, einen Machtwechsel zugunsten der Opposition zu fördern. Die Länder des Nordens glauben trotz bestehender Probleme und Konflikte immer noch, daß das irakische

Die Entwicklung des Exports und Imports des Irak in der Zeit von 1975 bis 1990 (in Mio. US-Dollar)

Jahr	Export	Import	Saldo
1975	6.854	6.302	552
1976	8.435	5.811	2.624
1977	11.601	8.574	3.027
1978	13.467	7.521	5.946
1979	16.843	11.784	5.059
1980	33.903	16.857	17.046
1981	12.150	23.934	-11.784
1982	11.230	28.311	-17.081
1983	9.783	10.960	-1.177
1984	11.401	9.979	1.422
1985	10.392	10.559	-167
1986	7.455	8.905	-1.450
1987	9.618	7.292	2.326
1988	9.613	9.287	326
1989	12.185	9.600	2.585
1990	10.479	6.378	4.101

Quellen: Arab Fund for Economic Social Development, National Accounts for Arab Countries 1975-1989, 1990, S. 96, 103; Arab Monetary Fund, Der einheitliche arabische Bericht 1991, Abu Dhabi 1992, S. 330. (Die Zahlen sind nicht zuverlässig, es gibt jedoch keine Möglichkeit, sie zu prüfen.)

Regime fähig sei, ihre Interessen zu vertreten, während sie die Oppositionskräfte für unberechenbar halten. Es wird wahrscheinlich eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, bis sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Opposition verändert. Die schlechte Lage der Menschen im Irak erfordert eine rasche Lösung. Dazu müßten folgende Voraussetzungen geschaffen werden:

1. Die sofortige Aufhebung des Embargos

Alle irakischen Wirtschaftsexperten sind sich einig, daß keine Fortschritte erzielt werden können, solange das Embargo bestehen bleibt. Seine Aufhebung ist als erste Voraussetzung für die Normalisierung der Lage und für einen wirtschaftlichen Aufschwung anzusehen. Würde das Embargo am 1.1.1995 aufgehoben werden, wäre der Irak in der Lage, ca. 2 Mio. b/d Erdöl zu exportieren. 1996 könnten es bereits 3 Mio. b/d sein. Für die Jahre 1997/98 wäre z.B. ein Erdölexport in Höhe von 4 Mio. b/d möglich[18].

Würde man annehmen, daß die Erdölpreise von 17,5 auf 20 US-Dollar pro Barrel ansteigen, so wäre zu erwarten, daß die Einnahmen in der Zeit von 1995 bis 2000 ca. 146 Mrd. US-Dollar betragen. Zur Zeit verfügt der Irak über die technischen Voraussetzungen, dieses Niveau in der Erdölproduktion wie auch im Export zu erreichen.

2. Aufschub der Schulden und Entschädigungszahlungen

Die hohe Auslandsverschuldung übersteigt die finanziellen Möglichkeiten des Irak, da dieser in den kommenden 10-15 Jahren nicht in der Lage sein wird, diese Summe zu zahlen und gleichzeitig die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Würde der Vorschlag eines Aufschubs der Schulden und der Entschädigungszahlungen akzeptiert, erzielte der Irak in den kommenden sechs Jahren Einnahmen in Höhe von ca. 146 Mrd. US-Dollar durch den Erdölexport. Mit diesen Einnahmen können - unter der Voraussetzung, daß eine vernünftige Wirtschaftspolitik betrieben wird - die Wirtschaft wiederbelebt und die Folgen der Kriege allmählich beseitigt werden.



Leben in ehem. Militärcamps an der iranisch-irakischen Grenze, Februar 1992. Foto: R. Maro

3. Die Notwendigkeit demokratischer Verhältnisse

Eine tiefgreifende Veränderung der wirtschaftlichen Lage im Irak erfordert eine Wende in der Innen- und Außenpolitik, die nur durch einen Machtwechsel möglich ist. Das anzustrebende politische System kann nur auf den Prinzipien der Demokratie und auf guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten basieren.

Anmerkungen:

1) Vgl. A.H. Shaban, Panorama of the Gulf War (auf Arabisch), Dar Al Burak, London 1994, S. 31 und 57-67.
2) Vgl. Al-Mustaqbal Al-Arabi (Arabische Zeitschrift), Nr. 148, Juni 1991, S. 119-130.
3) Vgl. Arab Monetary Fund, Der einheitliche arabische Bericht 1992, Abu Dhabi 1993, S. 4.
4) Siehe F. Al-Chalabi, Das Verbot des Verkaufs des irakischen Erdöls und seine Folgen. In: MEES, 22.8.1994.
5) Ibid; vgl. auch A. Al-Nasrawi, The Economy of Iraq, Burlington: University of Vermont, 1994, S. 157; Arab Monetary Fund, Der einheitliche arabische Bericht 1992, op. cit., S. 288.
6) Vgl. A. Al-Nasrawi, Die wirtschaftlichen Folgen des Irak-Iran-Krieges. In: Al-Mustaqbal al-Arabi (Beirut), Nr. 7/1986, S. 21.
7) Diese Zahlen sind Schätzungen des Autors, die auf den technischen Möglichkeiten der Erdölproduktion und des Exports des Irak basieren. Sie übersteigen nicht die tatsächliche Produktion und den Export in den vorhergehenden Jahren.
8) Vgl. Al-Chalabi, op. cit. S. 1.
9) Oil Economic Handbook, 5th Edition, Volume 1 Statistics, Gelbert Jenkens, Elsevier Applied Science, London, New York 1990, S. 909.
10) Vgl. Al-Mutamar (Arabische Zeitung), Nr. 74, 14.10.1994, London, S. 8.
11) Vgl. Oil Economic Handbook, op. cit., S. 909.
12) Vgl. B. Al-Samer, Der abhängige Faschismus im Irak, KPI, irakisches Kurdistan, 1984, S. 170-190.
13) Vgl. SIPRI Yearbook, World Armament and Disarmament, Stockholm International Peace Research Institute, Oxford, 1981, 1982, 1983...1993.
14) Vgl. Arab Fund for Economic and Social Development, National Accounts for Arab Countries 1975-1989, Abu Dhabi 1990, S. 96, 103; Arab Monetary Fund, Der einheitliche arabische Bericht 1991, Abu Dhabi 1992, S. 330.
15) Vgl. Al-Nasrawi, The Economy of Iraq, op. cit., S. 157.
16) Ibid., S. 151.
17) Ibid.
18) Vgl. Chalabi, op. cit

■ *Kadhim Habib (geb. 1935 in Karbala/Irak) ist seit März 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt des Unabhängigen Instituts für Frieden und Konfliktforschung (UIFK e.V.) in Berlin. Zuvor war er wissenschaftlich im Projekt der Entwicklungspolitischen Gesellschaft (Berlin) tätig und arbeitete als Wissenschaftler in Syrien, Prag und Algier, nachdem er 1978 den Irak verlassen mußte.*

Die irakischen Schiiten seit dem Golfkrieg

Von Sarah Graham-Brown

Seit dem Krieg von 1991 ist sowohl die Menschenrechts- als auch die Wirtschaftslage der Schiiten zunehmend unsicher geworden. Religiöse und politische Unterdrückung sowie die wachsende Armut haben zweifellos viele irakische Schiiten von einem Regime entfremdet, dessen säkularistische Rhetorik den Weg zu einem forcierten Konfessionalismus einschließlich der Verunglimpfung des Schiitentums ebnete.

Diese Entwicklung mag zu der unter westlichen Beobachtern weit verbreiteten Ansicht beigetragen haben, daß die religiöse Identität der Schiiten eine homogene politische Perspektive mit sich gebracht habe und als Konsequenz hieraus eine erhebliche politische Identifizierung mit dem Iran; aber die an verschiedenen politischen Bindungen reiche Geschichte der Schiiten deutet darauf hin, daß die Angelegenheit nicht ganz so einfach ist.

Zu den arabischen Schiiten zählen 55 bis 60% der irakischen Bevölkerung, deren Zahl auf etwa 19 Millionen (1988: 17,2 Millionen) geschätzt werden kann. Die Mehrheit der Schiiten lebt im Süden Iraks; über eine Million von ihnen leben in Bagdad, hauptsächlich in den ärmeren Vierteln wie Saddam-City (früher: Madinat al-Thawra) und Kazimain, in dem sich ein bedeutendes schiitisches Heiligtum befindet. In Saddam-City leben überwiegend Schiiten, die in den letzten fünfzig Jahren aus den ländlichen Gebieten Südiraks kamen[1]. Darüber hinaus gibt es im Irak aber auch nichtarabische Schiiten, wie beispielsweise eine Minderheit unter den Turkmenen; eine andere schiitische Gruppe, die Faili-Kurden, die hauptsächlich nördlich von Bagdad im östlichen Grenzgebiet des Irak lebten, wurden in den siebziger Jahren in Massen in den Iran deportiert.

Die Schiiten unter dem Ba'ath-Regime

Trotz ihrer numerischen Dominanz ist die schiitische Bevölkerung seit jeher ökonomisch unterprivilegiert und politisch schwach gewesen. Nach dem Ersten Weltkrieg setzten die Briten eine sunnitische Monarchie ein, deren Sturz im Jahre 1958 jedoch nichts an der marginalen politischen Rolle der Schiiten änderte. Nach der Machtübernahme der Ba'ath-Partei im Jahre 1968 verstärkte sich die schiitische Unterrepräsentierung sogar weiter. Lediglich einzelne schiitische Persönlichkeiten konnten führende Positionen einnehmen, wie zum Beispiel der Mitbegründer der Ba'ath-Partei Saadoun Hammadi, der hohe Regierungsämter übernahm und 1991 für kurze Zeit Premierminister wurde. Yitzhak Nakash wies darauf hin, daß einer der Hauptgründe für die Spannungen zwischen Schiiten und den verschiedenen sunnitischen Regierungen im modernen Irak nicht das Bestreben nach Separation vom irakischen Staat zum Ausdruck brachte; vielmehr wurde politische Macht und Repräsentation in der Regierung entsprechend dem schiitischen Bevölkerungsanteil gefordert[2].

Bis vor kurzem verschrieb sich die Ba'ath-Partei vehement ihrer säkularistischen Ideologie und betonte dabei die nationale Einheit. Viele Beobachter glauben jedoch, daß die Ba'ath-Herrschaft die irakische Gesellschaft weiter fragmentiert hat. Die irakische Gesellschaft wird von einem sehr autokratischen Regime regiert, das, obgleich die hauptsächlich auf Saddam Husseins Heimatregion Takrit basierende Machtbasis sehr schmal ist, die „irakische Nation" zu repräsentieren vorgibt. „Die gegenwärtige Führung", merkt Isam al-Khafaji an, hat die ethnische, religiöse, regionale und tribale Fragmentierung der irakischen Gesellschaft nicht erfunden. Aber es hat diese Risse verschlimmert und verfestigt, anstatt an deren Überwindung zu arbeiten. Die unterstützenden Akteure (oder Opfer) der irakischen Politik waren keine Individuen oder Bürger an sich. Vielmehr repräsentieren sie diese Sekte oder jenen Stamm, diese Stadt oder jene Region. Dies trägt sowohl zur Integration einiger in das politische System bei als auch dazu, daß andere daraus ausgeschlossen werden oder nur eine untergeordnete Rolle spielen[3]. Die Auswirkungen auf die schiitische Gemeinschaft können auf zwei Ebenen beobachtet werden: erstens in der vom Regime verfolgten Strategie, alle sozialen und ethnischen Grenzen zu manipulieren, und, zweitens, in dessen spezifischer Furcht vor der schiitischen Mehrheit. Argwohn gegenüber der religiösen Kultur der Schiiten und gegenüber deren historischen und religiösen Bindungen zum Iran führten während der gesamten Ba'ath-Periode zu Verfolgungswellen. Die bedeutendsten schiitischen Heiligtümer, in Najaf und Kerbela südlich von Bagdad, waren die bevorzugten Zufluchtsorte schiitischer Geistlicher, darunter Ayatollah Khomeini, der 1978 vom ba'athistischen Regime aus dem Irak ausgewiesen wurde[4].

Anfangs nahm die schiitische Opposition gegen das Ba'ath-Regime verschiedene Formen an und reflektierte sowohl Klasseninteressen als auch religiöse und kulturelle Loyalitäten. So stammten viele Anhänger der in den siebziger Jahren zerschlagenen Kommunistischen Partei aus den ärmeren städtischen Schichten, darunter Schiiten aus der Region Bagdad[5]. Auch religiöse Kreise der schiitischen Gemeinschaft, hauptsächlich aus Najaf und Kerbela, bezogen Stellung gegen das Ba'ath-Regime. Einige Geistliche propagierten Passivität und sprachen sich gegen

jegliche politische Aktivität aus. Eine andere Strömung begann in Reaktion auf den zunehmenden Säkularismus unter den Schiiten eine explizit schiitische politische Identität zu entwickeln. Die religiösen Gelehrten (*ulama*) strebten nach einer Stärkung des Glaubens und einem Festhalten an traditionellen Riten. Bald entstanden einige religiös-politische Gruppen, deren älteste die in den sechziger Jahren gegründete und im Untergrund arbeitende Partei der Islamischen Mission (*al-da'wa al-islamiyya*) ist; seit den siebziger Jahren stellt sie eine bedeutende politische Kraft dar.

Ab Mitte der siebziger Jahre versetzten die Öleinnahmen das irakische Regime in die Lage, gegenüber der schiitischen Gemeinschaft eine Politik des Zuckerbrotes und der Peitsche zu verfolgen. Während das Regime einerseits dem Süden durchaus auch sozio-ökonomische Hilfe gewährte und einzelne kooperationswillige Personen und Gruppen in das Patronagenetz integrierte, wurden andererseits oppositionelle Aktivitäten rücksichtslos unterdrückt. In den siebziger und achtziger Jahren ließ das Regime Tausende Schiiten in den Iran deportieren, mit der Begründung, daß diese „iranischen Ursprungs" seien. Nach der iranischen Revolution im Jahre 1979, in deren Folge schiitische Oppositionsaktivitäten gegen das Regime zunahmen, wuchs Saddam Husseins Mißtrauen gegenüber der schiitischen Gemeinschaft und deren Beziehungen zum Iran weiter an. Die Machthaber reagierten mit massiver Repression: Im Jahre 1980 wurden unter anderen Ayatollah Muhammad Baqr al-Sadr, der mit seinen Schriften über die politische Rolle des Schiitentums vor allem die Partei der Islamischen Mission inspirierte, und seine Schwester, Bint al-Huda, hingerichtet. Diese Repressionswelle bedeutete für ein Jahrzehnt das Ende jeglicher offener Opposition der Schiiten, die ab 1980 vom Iran aus operieren mußten. Das ba'athistische Regime begann nun auch mehr und mehr, in die religiösen Angelegenheiten der Schiiten einzugreifen. So kam die Finanzverwaltung der religiösen Stiftungen unter die Kontrolle der Regierung, die nun auch die Gehälter der schiitischen *ulama* bezahlte, und die Ausarbeitung der Lehrpläne für die Schulen wurden vom Staat kontrolliert[6].

Aber trotz der Repression durch das Ba'ath-Regime hat sich die schiitische Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit bislang loyal zum Irak verhalten und spielt weiterhin eine bedeutsame Rolle in der Regierungspolitik. Während des ersten Golfkriegs kämpften Schiiten neben anderen Irakern gegen den Iran. Obwohl es zum Ende des Krieges 1988 zunehmend Deserteure gab, wiesen sie in ihrer Mehrheit jegliche Ansprüche des Iran zurück, die Gebiete der irakischen Schiiten „befreien" zu können. Bei der Invasion Kuwaits und dem anschließenden Krieg stellten Schiiten sogar die Majorität unter den irakischen Soldaten. Nach der Invasion ernannte Saddam Hussein mit General Sadi Tumas Abbas einen Schiiten zum Verteidigungsminister.

Der Aufstand von 1991

Am Ende des zweiten Golfkrieges strömten die geschlagenen irakischen Soldaten von Kuwait in Richtung Norden, und die Truppen der Alliierten stießen im Irak bis Nasariya vor. Nach vielen Kriegsjahren und einer zunehmend schlechten Wirtschaftslage verhallten patriotische Appelle angesichts der Niederlage ungehört. So begann im März 1991 im Süden ein Aufstand, der von abtrünnigen aus Kuweit fliehenden Soldaten, die aber nicht alle Schiiten waren, angezettelt worden war.

Die Aufständischen kontrollierten bald einige Städte, darunter Najaf, Kerbela und Teile von Basra, und erlaubten somit unterdrückten politischen Strömungen - sowohl von schiitischer als auch von säkularistischer Seite - ihre Aktivitäten wieder aufzunehmen. Binnen weniger Wochen wurde jedoch der Aufstand von ba'athistischen Kräften brutal niedergeschlagen. Berichten von Menschenrechtsorganisationen zufolge wurden in den folgenden Monaten in großem Maßstab illegale Hinrichtungen sowie Massenverhaftungen vorgenommen; politische und religiöse Aktivitäten kamen nahezu zum Erliegen[7].

Die Aufstände dehnten sich nicht bis ins Landesinnere und auf die Gebiete um Bagdad herum das, das zu diesem Zeitpunkt weitgehend unter der relativ starken Kontrolle des Regimes stand. Saddam City z.B. wurde laut Reportagen von Sicherheitskräften umzingelt, und seine Bewohner nahmen nicht an dem Aufstand teil.

Während die Aufstände ein Ausdruck der innenpolitischen Verhältnisse im Irak waren, scheint der Katalysator hingegen der Krieg und die Ermutigung durch führende Sprecher der Alliierten gewesen zu sein. So rief US-Präsident Bush das irakische Volk auf, sich gegen Saddam Hussein zu erheben. Kaum war dieser Aufruf zur Rebellion verhallt, hielt sich die internationale Koalition aber bedeckt und sah zu, wie Saddam Hussein und seine nach wie vor loyalen Truppen wieder die Initiative ergriffen. So waren z.B. von dem Flugverbot, das die Alliierten der irakischen Luftwaffe in bestimmten Gebieten auferlegten, Kampfhubschrauber ausgenommen, die zur Unterdrückung der Rebellion eingesetzt wurden. Alliierte Truppen, obgleich sie noch in der Gegend von Nasariya stationiert waren, unternahmen nichts gegen Bodenbewegungen der irakischen Armee.

Nirgends manifestiert sich die Ambivalenz der internationalen Reaktion auf den Irak deutlicher als im Südirak. Dies zeigt sich deutlich bei den über den Irak verhängten Sanktionen, der geleisteten humanitären Hilfe, der Menschenrechte und der Bevölkerungsverdrängung. Die einzige positive Geste gegenüber dem Aufstand im Süden bestand darin, daß etwa 20.000 Zivilisten, die vor den irakischen Truppen flohen, gemeinsam mit Kriegsgefangenen nach Saudi-Arabien gebracht und dort in Lagern untergebracht wurden.

Heute noch leben im Flüchtlingslager Rafha nahe der irakischen Grenze 23.000 Personen. Viele andere flüchteten in den Iran; allein in den Monaten März bis Mai 1991 zählte die UNHCR 70.000 irakische Flüchtlinge im Iran, andere Quellen gehen sogar von einem Vielfachen dieser Zahl aus. Im Jahre 1994 leben noch immer 20.000 Iraker in der im Südwesten Irans gelegenen Provinz Khuzistan; weitere zehntausend leben in anderen Städten der Provinz, einige zogen inzwischen nach Teheran oder Qom. Seit dem Ende des Aufstandes im Frühjahr 1991 ist die Lage der Menschen, die im Südirak blieben, sehr prekär, was sowohl hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation als auch hinsichtlich der Menschenrechte gilt.



Tagelanges Anstehen für Kerosin, Rania/Kurdistan, 1992. *Foto: R. Maro*

Die wirtschaftliche Lage im Südirak seit 1991

Im Südirak sind die Probleme verursacht durch den Krieg, die folgenden Aufstände und die UN-Sanktionen schwer von der Zerstörung und Vernachlässigung in Folge des ersten Golfkrieges (1980-1988) zu trennen. Ganz besonders gilt dies für die Region Basra, in der während beider Kriege große Bevölkerungsverschiebungen zu verzeichnen waren. Zweifellos jedoch hatten beide Kriege erhebliche Auswirkungen auf das zivile Leben und brachten für die Bevölkerung schwerwiegende wirtschaftliche Probleme mit sich. Die Städte Basra, Nasariya und Amara wurden 1991 durch Bomben schwer beschädigt, insbesondere Brücken und manche zivile Gebäude. Während des Aufstandes wurden Einrichtungen des Staates und der Partei, darunter auch solche für die Gewährleistung medizinischer Versorgung und anderer sozialer Leistungen, angegriffen; Plünderungen waren an der Tagesordnung; die Zerstörung nahm noch zu, als die irakische Armee die Städte zurückgewinnen konnte.

In Anbetracht des im Vergleich zu anderen irakischen Regionen generell niedrigeren Lebensstandards im Süden, haben die Sanktionen die dortige Bevölkerung besonders hart getroffen. Arbeitslosigkeit ist weit verbreitet, und die galoppierende Inflation führt zu einer kontinuierlichen Verteuerung der meisten Artikel des täglichen Bedarfs. Mangel an Ersatzteilen verursacht zusätzliche Probleme beim Wiederaufbau der während des Krieges und während des Aufstandes zerstörten Infrastruktur, besonders hinsichtlich der Wasserversorgung und sanitärer Anlagen. Die Qualität sozialer Dienste, insbesondere im Gesundheits- und Erziehungswesen, ist gesunken, während gleichzeitig der Bedarf danach gestiegen ist. Darüber hinaus sind die durch die starke Repression von schiitischen Wohlfahrtseinrichtungen unterhaltenen sozialen Netze zur Unterstützung der Armen beträchtlich geschwächt, wenngleich nicht zerstört worden.

Die schiitischen Stadtteile Bagdads, wie z.B. Saddam City, waren schon vor dem Krieg 1991 ärmer als andere Gebiete und haben seitdem zunehmend wirtschaftliche Schwierigkeiten. So stellt ein Beobachter fest, daß jetzt mehr Frauen arbeiten gehen, etwas, was zuvor in diesen Gebieten nicht üblich war und mehr auf Armut als auf Bevorzugung hinweist. Auch verlassen Jungen die Schule schon nach der Grundschulzeit, um Geld zu verdienen, was ebenfalls vor 1991 in den städtischen Gegenden sehr ungewöhnlich war[8].

Die Wirkung des humanitären Hilfsprogramms der UNO, das die Auswirkungen der Sanktionen auf die Ärmsten hatte abfedern sollen, war gering. Besonders im

Süden waren die Mittel des Hilfsprogramms, gemessen am Bedarf, sehr begrenzt. Zudem haben die Schwierigkeiten, unter der Kontrolle, die die Regierung noch immer über den Zugang von Hilfsorganisationen zu den betroffenen Gruppen ausübt, Geber entmutigt, Projekte in dieser Region zu unterstützen. Die meisten Geber tendieren seitdem dazu, Gelder nach Irakisch-Kurdistan zu leiten, wo die durch den Winter bedingte akute Notlage einen Großteil der jährlichen Gelder aufbraucht und wo mehr Handlungs- und Bewegungsfreiheit herrschen.

Menschenrechte

Während alle Iraker der Möglichkeit willkürlicher Verhaftung und schlimmerem ausgesetzt sind, geraten besonders Angehörige der schiitischen Gemeinschaft in den Verdacht, Dissidenten zu sein. Von häufigen Razzien der Sicherheitsorgane in den größeren Städten des Südens wird berichtet, die in zahllosen willkürlichen Verhaftungen enden. Dies hat zu einem andauernden Klima der Einschüchterung und Angst geführt. Hinzu kommt - wie es Praxis des Regimes ist - der weitverbreitete Einsatz von Informanten.

Seit dem Aufstand hat, nach Angaben von amnesty international, besonders die religiös motivierte Verfolgung der schiitischen Bevölkerung zugenommen. Das Regime hat offen feindliche Äußerungen sanktioniert und sogar das Schiitentum als Glauben lächerlich gemacht, während sich Saddam Hussein gleichzeitig zur Legitimierung seiner Herrschaft zunehmend islamischer Symbole bedient.

Zudem hat das Regime religiöse Praktiken der Schiiten besonders an öffentlichen Plätzen weiter eingeschränkt. Religiöse Institutionen sind geschlossen worden, und es haben Zerstörungen und Entweihungen von schiitischen Heiligtümern während und nach dem Aufstand stattgefunden, besonders in den heiligen Städten Najaf und Kerbela.

Während Restaurierungsarbeiten an den Grabstätten von Imam Hussein und Imam Ali vorgenommen wurden, bleiben viele andere Moscheen, *hussainiyas*[9] und Bibliotheken zertört, trotz Angeboten der Gemeinschaft, für die Kosten der Restaurierung aufzukommen. Es wird berichtet, daß einige *hussainiyas* nur unter der Bedingung restauriert werden konnten, daß sie als solche nicht benutzt würden oder identifizierbar seien. In anderen Fällen wurden diese Plätze zur Versteigerung als kommerzielles Eigentum freigegeben.

Auch viele Geistliche sind verhaftet worden. Der Großayatollah Abu al-Qasim al-Kho'i, der zu der Zeit bedeutendste schiitische Geistliche, starb im August 1992. Er hatte seit dem Beginn des Aufstands unter Hausarrest gestanden. Ayatollah al-Kho'i war keine politische Figur, hatte aber großen Einfluß in der schiitischen Welt. Während des Aufstands zeigte er seine Sympathie für die Rebellen. Laut amnesty international sind 106 Personen aus dem Kreis seiner Angehörigen, seiner Mitarbeiter und Studenten, die während des Aufstands verhaftet worden waren, 'verschwunden', während sie in Haft waren. Im Juli 1994 wurde einer seiner Söhne, Hojjat al-Islam Sayyid Muhammad Taqi al-Kho'i, bei einem Autounfall getötet, von dem die Familie al-Kho'i behauptete, er sei vom Regime 'arrangiert' worden. Sayyid Muhammad Taqi war zuvor von den Behörden in Bagdad gewarnt worden, nicht weiter über die Verfolgung der Schiiten zu sprechen.

Nach dem Tode Ayatollah al-Kho'is versuchte das irakische Regime zudem, sich in die Entscheidung, darüber, wer der nächste *marja'*[10], das heißt der bedeutendste schiitische Würdenträger, wird, einzumischen. Diese Entscheidung ist immer ein Prozeß gewesen, der in der schiitischen Gemeinschaft weltweit stattgefunden hat[11].

Schiitische Oppositionsgruppen seit 1990

Seit Ende der siebziger Jahre haben die meisten schiitischen Oppositionsgruppen vom Iran aus operiert. Während des iranisch-irakischen Krieges 1980 bis 1988 näherte sich die *Da'wa*-Partei dem Iran an, unterstützte jedoch nie Khomeinis Doktrin des *wilayat al-faqih*[12]. 1982 wurde eine Dachorganisation, der Oberste Rat der Islamischen Revolution im Irak, ORIRI, von Muhammad Baqr al-Hakim gegründet. Ende der achtziger Jahre hatte sich die *Da'wa* Partei von dieser Koalition distanziert, und ihre Verbindungen zum iranischen Regime sollen heute weniger eng sein als in den achtziger Jahren. Auch ORIRI hat mittlerweile eine eigene Identität entwickelt. Eine andere Gruppe, die nun ihre Operationsbasis im Iran hat, ist die Organisation der Islamischen Aktion, die in Kerbela entstand und deren Mitglieder nun auch Schiiten aus anderen Teilen Iraks sowie aus dem Ausland sind.

Obwohl die Parteien mit Sitz im Iran nicht dem Irakischen Nationalkongress beigetreten sind, beteiligte sich der ORIRI im September 1992 zum erstenmal an Diskusionen mit anderen Oppositionsgruppen - die Kurden eingeschlossen - darüber, wie die Herrschaft Saddam Hussains beendet werden könnte.

Die wichtigsten vom Iran aus operierenden Parteien haben militärische Organisationen, deren Kämpfer vom Iran aus in die irakischen Marschgebiete eindringen. Der Kampf dauert seit dem Ende des Golfkrieges von 1991 an. Ihr tatsächlicher Einfluß innerhalb Iraks ist schwer einzuschätzen, obwohl seit Beginn des Jahres 1994 anscheinend bewaffnete Dissidenten imstande waren, Straßen im Süden unsicher zu machen, besonders nachts. Sie attackieren auch zuweilen Armee- oder Ba'atheinrichtungen sowohl in ländlichen als auch städtischen Gebieten und haben vielfach versucht, die Erdarbeiten zu zerstören, die zur Trockenlegung der Marschgebiete dienen.

Die Angriffe auf die Marschgebiete

Schon seit geraumer Zeit vor dem 1991 Krieg haben die irakischen Sicherheitskräfte die weiten südlichen Marschgebiete als Unterschlupf nicht nur für Dissidenten sondern auch für Kämpfer der vom Iran aus operierenden irakischen Oppositionsgruppen angesehen. Irakische Dokumente aus der Zeit vor dem Krieg 1991 zeigen, daß Pläne existierten, durch Unterbindung des Handels mit Basisgütern, 'Umsiedlung' der indigenen Bevölkerung sowie durch Zerstörung ihrer Siedlungen militärisch die Kontrolle über die Marschgebiete zu erlangen.

Schon während des iranisch-irakischen Krieges hatten aus militärischen Gründen beträchtliche Trockenlegungen in der Gegend stattgefunden. Ende 1991 jedoch wurde klar, daß die Regierung Pläne hatte, durch Trockenlegung weiterer Marschgebiete die Situation dort drastisch zu verändern, angeblich, um die konventionelle landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen. Ob tatsächlich die landwirtschaftliche Entwicklung ein Ziel der Regierung ist oder nicht, sei dahingestellt. Andere Hauptziele der Regierung sind zweifellos, das Gebiet unter die Kontrolle der Sicherheitskräfte zu bringen, das Eindringen von Kämpfern aus dem Iran zu verhindern und die Bevölkerung in Dörfern auf trockenem Land anzusiedeln, wo sie besser zu kontrollieren sind als in den weiten Marschgebieten.

Von technischen Arbeiten abgesehen, fand dieser Prozeß unter Anwendung von Gewalt statt - systematisches Bombardieren der Gegend, Angriffe von Booten und Kampfhubschraubern sowie andere Methoden zur Vertreibung der Bevölkerung waren an der Tagesordnung. Mitte 1992 war so eine Krisensituation für vielleicht eine halbe Million Einwohner der Marschgebiete entstanden[13].

Zum Thema internationaler Schutz

Im August 1992 verkündeten die USA und Großbritannien - unter Betonung ihrer Besorgnis über Menschenrechtsverletzungen im Süden - die Einrichtung einer *no-fly-zone* nicht nur über den Marschgebieten, sondern über dem gesamten Gebiet bis zum 32. Breitengrad. Es wurde auf die Resolution 688 verwiesen, um diese Aktion zu rechtfertigen, jedoch keine formale Zustimmung des Sicherheitsrat eingeholt. Wenn auch mit der Einrichtung der *no-fly-zone* die Luftangriffe zum größten Teil gestoppt werden konnten, so verhinderte diese in keinster Weise die militärischen Handlungen am Boden oder das Drainage-Projekt. Es gelang hiermit auch nicht, die andauernden Menschenrechtsverletzungen in den anderen Gebieten Südiraks, die der *no-fly-zone* unterstellt waren, zu unterbinden.

Die irakischen Operationen in den Marschgebieten führten im Sommer 1993 zu einer neuen Flüchtlingswelle in Richtung Iran. Zwischen Juni 1993 und Mai 1994 haben 8.000 oder mehr Menschen die Grenze überschritten, oft unter großem Risiko. Die meisten von ihnnen sind indigene Marschbewohner, deren Lebensgrundlage durch die Trockenlegung von ungefähr einem Drittel des gesamten Marschgebiets endgültig zerstört worden ist. Außerdem scheint es sehr wahrscheinlich, daß viele Marschbewohner innerhalb Iraks vertrieben wurden, da die ökologische Basis ihrer Lebensgrundlage verlorengegangen ist. Für diese Gruppe gibt es keinerlei Form von Schutz. Es existieren unbestätigte Berichte, daß viele bei Armeerazzien auf Siedlungen gefangen genommen wurden und verschwunden sind.



Der Schmuggel mit dem Iran ist für die kurdische Bevölkerung oftmals die einzige Einnahmequelle. Rania, Kurdistan, Irak. Juli 1992. Foto: R. Maro

Der Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Irak hat sich dafür ausgesprochen, Menschenrechtsbeobachter im Irak zu stationieren. Berichte über Vertreibungen der Bevölkerung aus den Marschgebieten würden zu ihren Hauptaufgaben gehören. Jedoch gibt es im Gegensatz zu den Gewaltandrohungen des Sicherheitsrates als Antwort auf die Verhinderung der Arbeit der UNO-Waffeninspekteure im Irak keinen Mechanismus, um das Einsetzen von Menschenrechtsbeobachtern durchzusetzen. Die Beobachter könnten keine Einreiseerlaubnis erhalten, und selbst wenn sie diese bekämen, wäre es sehr schwierig für sie, Beweismaterial zu sammeln. Bis vor kurzem waren nicht einmal UN-Mittel verfügbar, um Beobachter in angrenzenden Ländern stationieren zu können.

Heute haben die Vereinten Nationen nicht einmal eine permanente Präsenz außerhalb Bagdads (in den von der Regierung kontrollierten Gebieten). Einige UNO-Mitarbeiter waren bis Mitte 1992 in Basra und Amara stationiert. Ab August 1992 jedoch, nach Uneinigkeiten über Bestimmungen im *Memorandum of Understanding* zwischen der UNO und der irakischen Regierung, verlangte letztere den Abzug aller UNO-Mitarbeiter, die außerhalb Bagdads stationiert waren. Seit Oktober 1992 können - laut Vereinbarungen im oben genannten *Memorandum of Understanding* - UNO-Mitarbeiter nur noch in Begleitung von Regierungsbeamten auf Missionen gehen. So ist es schwierig, die humanitäre Situation zu beobachten - das Beobachten der Menschenrechtssituation ist gänzlich unmöglich.

Verglichen mit den irakischen Kurden hat die Bevölkerung im Süden keine Unterstützung durch die Aktionen der UNO er-

halten. Die Resolution 688 war zahnlos soweit es diese Region angeht. Weder die UNO im allgemeinen noch einzelne Sicherheitsratsmitglieder waren bereit, dieses Thema über die symbolische Einrichtung der *no-fly-zone* hinaus zu verfolgen. Die Implementierung eines *save haven* im Süden analog zu dem im Norden wäre auch praktisch eine schwierige Aufgabe, da die irakischen Truppen kaum abziehen würden, wie sie es im Norden getan haben, da sie eine Region verlassen würden, in der Iraks zweitgrößte Stadt, Basra, und der Zugang zum Meer liegen[14].

Politische Erwägungen - insbesondere Mißtrauen gegenüber dem Iran - verhindern jegliche Handlung. Dies steht im Gegensatz zu der Berücksichtigung der Interessen des westlichen Alliierten im Norden, der Türkei. Der Iran wird weiterhin, besonders von den USA und der Regierung Clinton, mit der gleichen Ungunst wie der Irak betrachtet. Beide zusammen wurden vor kurzem von den USA als 'backlash'-Staaten charakterisiert. Verbindungen des Irans zu irakischen schiitischen Oppositionsgruppen haben diesen Verdacht unter einigen amerikanischen Regierungsvertretern verstärkt. Die westlichen Alliierten im Golf sind ebenfalls über iranischen und schiitischen Einfluß im Irak besorgt.

Die Erfahrungen in der Zeit nach dem Golfkrieg sind für Iraker aller Gemeinschaften traumatisch gewesen - aber im Falle der Schiiten haben Verfolgung und ökonomische Verluste ohne Zweifel zu einem erhöhten Gefühl der Entfremdung von der Regierung und zu politischem Dissens beigetragen, auch wenn zur Zeit wenig über das politische Meinungsspektrum im Irak bekannt ist. Es ist jedoch anzunehmen, daß Feindseligkeiten zwischen den Konfessionen und der Sinn für eine gemeinsame schiitische Identität gewachsen sind. Aber die Brutalität, mit der der Aufstand niedergeschlagen wurde, hat die Menschen vorsichtig werden lassen hinsichtlich zukünftigem offenen Widerstand. Die Haltung der führenden westlichen Koalitionspartner und Mitglieder des Sicherheitsrates wird von vielen mit Ärger und Entsetzen betrachtet. Sanktionen haben jenen den größten Schaden zugefügt, die am wenigsten in der Lage sind, die Regierung zu stürzen - und als die Menschen tatsächlich auf die Straße gingen, bekamen sie keine Unterstützung.

■ *Sarah Graham-Brown war von 1991 bis 1994 Koordinator des Gulf Information Projekts des British Refugee Councils in London.*

Anmerkungen:

1) Peter Sluglett und Marion Farouk-Sluglett, Sunnis and Shi'is Revisited: Sectarianism and Ethnicity in Authoritarian Iraq; in: D. Hopwood, H. Ishow, T. Koszinowski (eds): Iraq: Power and Society, Reading: Ithaca Press, 1993, S. 81-82.
2) Yitzhak Nakash, The Shi'is of Iraq; Princeton NJ: Princeton University Press, 1994, S. 277.
3) Isam al-Khafaji, State Terror and the Degradation of Politics; in: Fran Hazelton (ed): Iraq since the Gulf War, London: Zed Books, 1994, S. 26.
4) Zu den historischen Beziehungen zwischen Najaf und Kerbela einerseits und dem Iran andererseits siehe Nakash: op. cit.
5) Hanna Batatu zufolge war die KP auch in Najaf einflußreich (Hanna Batatu, Iraq's Underground Shi'a Movements: Characteristics, Causes and Prospects; in: Middle East Journal, Vol. 35, Herbst 1981, S. 587-594).
6) Barbara Stapleton, The Shi'as of Iraq: A Historical Perspective on the Present Human Rights Situation. A Report to the Parliamentary Human Rights Group, London, March 1993, S. 18-24.
7) Für Einzelheiten über die Aufstände im Südirak und in Kurdistan siehe: Falah Abd al-Jabbar, Why the Uprisings failed, in: Middle East Report, Nr. 176, Mai/Juni 1992, S. 2-14; Amnesty International Iraq: Human Rights Violations Since the Uprising: Summary of Amnesty International's Concerns, Juli 1991, MDE 14.05.1991; Middle East Watch, Endless Torment: the 1991 Uprising in Iraq and ist Aftermath, New York, Juni 1992.
8) Weitere Informationen über die Situation in armen Familien/Gebieten vgl.: UN Food and Agriculture Organisation, Report of the Nutritional Status Assessment Mission to Iraq, Rome, Dec. 1993, S. 12-13; International Study Team, Unheard Voices: Iraqi Women on War and Sanctions by Bela Bhatia, Mary Kawar and Mariam Shahin. Change International Reports: Women and Society, London 1992, 80 S.
9) Versammlungsorte für Trauerfeiern und religiöse Vorträge.
10) Marja' ul-taqlid bedeutet Instanz der Nachahmung.
11) UN Economic and Social Council, Report on the Situation of Human Rights in Iraq, prepared by Mr Max van der Stoel, Special Rapporteur of the Commission on Human Rights ... Commission on Human Rights, Geneva, 18 February 1992 E/CN.4/1992/31; 19 February 1993 E/CN.4/1993/45; 25 February 1994 E/CN.4/1994/58; Amnesty International, Iraq: „Disappearance" of Shi'a Clerics and Students, London, April 1993. AI Index: MDE 14/02/93.
12) Herrschaft der Rechtsgelehrten.
13) Weitere Details vgl. Minority Rights Group, The Marsh Arabs of Iraq, new, updated edition, London, June 1993; UN Special Rapporteur, op. cit., February 1993 and February 1994; Stapleton, op. cit., S. 27ff.
14) Vgl. Stapleton, op. cit., S. 33f.

Die schiitische Opposition und die Rolle Irans

Von Ferhad Ibrahim

Die schiitisch-islamistische Opposition, die Ende der fünfziger Jahre entstanden war, blieb lange Zeit eine periphere Erscheinung und erlangte erst mit der Machtübernahme durch die Ba'ath-Partei eine politische Bedeutung. Bis in die siebziger Jahre war sie fast ausschließlich eine Bewegung der Geistlichkeit. Erst als Folge des Niedergangs der kommunistischen Partei Ende der siebziger Jahre fand die islamistische Bewegung in nennenswertem Ausmaß Anhänger unter der marginalisierten schiitischen Stadtbevölkerung. Allerdings schloß sich nur eine kleine Minderheit unter den Schiiten - die etwa 60% der irakischen Bevölkerung ausmachen - den Islamisten an, und im schiitischen Süden trafen sie kaum auf Resonanz.

Die schiitische Opposition während des ersten Golfkrieges

Nach dem Sieg der iranischen Revolution entstanden neben der *hizb al-da'wa al-islamiya* (Partei der islamischen Mission), die bis in die siebziger Jahre hinein die einzige schiitisch-islamistische Gruppe war, noch eine Reihe weiterer schiitisch-oppositioneller Organisationen. Ermutigt durch die Ereignisse im Iran nahmen die bewaffneten Aktionen vor allem der *hizb al-da'wa* gegen das irakische Regime erheblich zu. Es ist unklar, ob die Revolutionsregierung im Iran davon ausging, daß diese Aktionen im Irak eine mobilisierende Wirkung auf die schiitische Bevölkerung haben würden, und daß es nach iranischem Muster zu Massenprotesten gegen die Ba'ath-Regierung kommen könnte. Jedenfalls lieferten die Aktivitäten der schiitischen Opposition, darunter ein Attentat auf den irakischen Außenminister Tariq Aziz, der irakischen Führung Argumente dafür, daß die schiitische Opposition auf Geheiß Irans handele.

Aber auch nach Beginn des Krieges gegen den Iran im Jahre 1980 verhielten sich die irakischen Schiiten, im Unterschied zu den Kurden, nicht so, wie es der Iran und die schiitische Opposition erwartet hatten: Die wiederholten Aufrufe Khomeinis an die Iraker, sich gegen das „ungläubige Regime" in Bagdad zu erheben, zeigten kaum Wirkung. Dennoch wurde die schiitische Opposition vom irakischen Regime brutal verfolgt. Im Frühjahr 1980 begann eine Verhaftungs- und Hinrichtungswelle, die zur Flucht zahlreicher schiitischer Oppositioneller in den Iran führte. Dadurch stieg der Einfluß des iranischen Regimes auf die irakischen Islamisten erheblich. Es gab nun nicht nur die ideologische Richtung vor, sondern auch die Organisationsstruktur: Auf Veranlassung des Iran wurde der „Oberste Rat der Islamischen Revolution im Irak" (ORIRI, *al-majlis al-a'la li al-thawra al-islamiya fi al-'Iraq*) gegründet, eine Dachorganisation für die schiitischen und kurdischen islamistischen Gruppen[1]. Als Führer wurde der Organisation Muhammad Baqir al-Hakim, Chef der pro-iranischen „Bewegung der Gemeinschaft der kämpfenden *ulama* im Irak" (*harakat jama'at al-ulama al-mujahidin fi al-Iraq*), vom Iran oktroyiert. In der Gründungserklärung vom 17. November 1982 erhoben die Gründungsparteien den Anspruch, die legitimen Vertreter der islamischen Bewegung im Irak zu sein und legten folgende Ziele fest: Fortführung des Widerstands aufgrund des islamischen Glaubens bis zum Sturz der Ba'th-Regierung, Mobilisierung aller islamistischen Kräfte, Verbrüderung aller irakischen Ethnien und Konfessionen, Betrachtung der Islamischen Republik Iran als den natürlichen und prinzipiellen Verbündeten der irakischen Islamisten[2].

Interne Diskussionen: Kritik an der Islamischen Republik

Während der ORIRI auch nach dem irakisch-iranischen Krieg an der „Linie des Imam" [3] und damit an der Position des iranischen Regimes festhielt, begannen einzelne Mitgliedsorganisationen, darunter die *hizb al-da'wa*, mit einer kritischen Bewertung dieser Einstellung. Die nahtlose Anpassung des ORIRI unter der Führung Muhammad Baqir al-Hakims an die Vorgaben der iranischen Führung wurde vor allem in zwei wesentlichen Punkten kritisiert: Zum einen konnte kein Bündnis mit den säkularistischen und nationalistischen Gruppen aufgebaut werden, was vor allem nach Meinung der *hizb al-da'wa* notwendig war. Voraussetzung für ein solches Bündnis wäre aber gewesen, von dem Ziel, eine islamische Republik im Irak zu errichten, Abstand zu nehmen. Zum anderen bezog sich die Kritik auf die von der *hizb al-da'wa* und von der Organisation der Islamischen Aktion geforderte Anerkennung der pluralistischen Struktur der schiitischen Opposition.

Nach dem Waffenstillstand im Jahre 1988 wurde innerhalb des ORIRI Kritik an dem Konzept einer „islamischen Republik" laut. Die Organisation der Islamischen Aktion und die *hizb al-da'wa* distanzierten sich von der Vorstellung einer islamischen Republik. Das zukünftige Regierungssystem im Irak sollte nach Meinung al-Mudarisis, Führer der Organisation der Islamischen Aktion, demokratisch sein; das Volk solle die Gelegenheit haben, selbst zu entscheiden. Al-Mudarisi machte allerdings keinen Hehl daraus, daß eine Über-

gangsregierung von einem „Revolutionären Islamischen Rat" geführt werden sollte[4]. Die *hizb al-da'wa* war in ihrer Kritik viel radikaler. Sie ging davon aus, daß die Bedingungen für eine islamische Herrschaft im Irak noch nicht gegeben seien, und war strikt gegen jede Form von Zwang[5]. Die islamische Herrschaft unter Khomeini sei aufgezwungen, im Ergebnis eine Diktatur und bedeute die Entfremdung der iranischen Bevölkerung vom Islam[6]. Die Position der *hizb al-da'wa* hatte zur Konsequenz, daß einige ihrer Führer und Funktionäre Ende 1988 den Iran verlassen mußten, und sich ein Teil von der Partei abspaltete.

Opposition in der Zwischenkriegszeit

Warum wurde die schiitische Opposition in den Jahren zwischen dem Waffenstillstand und der irakischen Okkupation Kuwaits nicht aktiv? Zum einen wurde eine Legalisierung der schiitischen Opposition, auch nachdem Saddam Hussein 1989 die Demokratisierung des politischen Systems und Parteienpluralismus versprochen hatte, nicht in Erwägung gezogen. Der 1980 verabschiedete Erlaß des Kommandorates der Revolution, die Mitgliedschaft in der *hizb al-da'wa* mit dem Tode zu bestrafen, blieb in Kraft. Selbst ein Dialog mit der schiitischen Opposition wurde von Saddam Hussein, der gegenüber den Kurden Gesprächsbereitschaft signalisiert hatte, strikt abgelehnt[7]. Es steht außer Zweifel, daß in erster Linie der Repressionsapparat des Ba'ath-Regimes für die Aktivierung der schiitischen Opposition hinderlich war. Zum anderen mag das iranische System, das für fast ein Jahrzehnt von den schiitisch-islamistischen Bewegungen als anzustrebendes Staatsmodell propagiert worden war, selbst für die irakischen Schiiten an Attraktivität verloren haben. Der Differenzierungsprozeß innerhalb der islamistischen Bewegung konnte aus zwei Gründen keine unmittelbaren Auswirkungen haben. Einerseits hatten die Gruppen, die eine kritische Position zum Iran einnahmen, aus ersichtlichen Gründen keine Möglichkeit, über die iranischen Massenmedien ihre Position bekannt zu machen. Andererseits hatten Gruppen wie die *hizb al-da'wa* kaum noch Kontakt zur irakischen Bevölkerung[8].

Die Position der schiitischen Opposition war durch drei Aspekte bestimmt: die Haltung zum Iran, die Haltung gegenüber den säkularistischen Oppositionsgruppen und zur Zukunft des irakischen Staates.

Der Briefwechsel zwischen Saddam Hussein und dem iranischen Staatspräsidenten Rafsanjani im April 1990 war der Anfang einer Entspannung in den irakisch-iranischen Beziehungen nach dem achtjährigen Krieg. Diese Entwicklung irritierte den ORIRI verständlicherweise sehr, der in einer Erklärung darauf aufmerksam machte, daß er vor dem Hintergrund langjähriger Erfahrung nicht an die friedlichen Absichten Saddam Husseins glaube[9]. Dies änderte sich nach dem Ausbruch der Kuwait-Krise. Die Haltung der schiitischen Gruppen stimmte nun wieder fast nahtlos mit derjenigen der iranischen Führung überein, das hieß: Ablehnung der irakischen Besetzung Kuwaits und der westlichen Intervention. Eine Erklärung der Organisation der Islamischen Aktion bringt beide Aspekte deutlich zum Ausdruck:

Wir glauben, daß das Bagdad-Regime den Preis für seine Aggression gegen das kuwaitische Volk zahlen muß; es muß ebenso den Preis für die zuvor begangene Aggression gegen die islamische Revolution im Iran zahlen. Wir sollten Schluß machen mit diesem aggressiven Regime, das mehr als einmal die Region in einen Krieg stürzte. Gleichzeitig warnen wir die internationalen Unterdrückungsmächte (Europa, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion) davor, die Situation auszunutzen, um eine Aggression gegen das irakische Volk und die Völker der Region zu begehen[10].

Infolge der irakischen Okkupation Kuwaits gewann die schiitische Opposition zunehmend an Bedeutung, doch mußte sie, um für die nicht-schiitischen Iraker und für die regionalen und internationalen Akteure ein akzeptabler Partner zu werden, einige ihre Positionen modifizieren bzw. „richtigstellen". Dazu gehörte die Frage einer Fusion des Irak mit dem Iran, die zwischen 1980 und 1988 von einigen Führern der irakischen schiitischen Opposition offen zur Sprache gebracht worden war[11].

Die Streitigkeiten innerhalb der schiitischen Opposition verhinderten nach 1988 einen Zusammenschluß des säkularistischen und des islamistischen Oppositionslagers, die allerdings nicht das einzige Hindernis waren. Die regionalen Mächte, allen voran Syrien und Saudi-Arabien, versuchten, den Einfluß der von ihnen abhängigen Gruppen[12] zu steigern, um die Orientierung der irakischen Opposition mitbestimmen zu können. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die Gruppen, unter Einbeziehung der mit ihnen verbündeten Regionalmächte, auf einen Kompromiß. Am 28. Dezember 1990 wurde ein gemeinsames Programm verabschiedet[13].

Die Erklärung erwähnte weder die ausländische Intervention noch die drohende Kriegsgefahr, appellierte aber an die irakische Armee, eine bevorstehende Katastrophe, die die Souveränität des Irak gefährden könnte, durch den Sturz Saddam Husseins abzuwenden. Das Programm sah unter anderem vor: Beendigung des von der Regierung praktizierten Konfessionalismus und der nationalen Diskriminierung, Parteienpluralismus und Meinungsfreiheit, Wahrung der irakischen Einheit, Abhalten von Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung, die die Zukunft des Irak bestimmen sollte. Der nächste Schritt für die Oppositionsgruppen war ein Kongreß, der zwei Wochen nach dem Beginn des schiitischen Aufstands im Süden des Irak einberufen wurde. Der in Beirut vom 11. bis 13. März 1991 abgehaltene Kongreß mit mehr als 30 Organisationen, die größtenteils organisatorisch im Irak nicht präsent waren, spiegelte in seinen Diskussionen und Resolutionen das Dilemma der irakischen Opposition wider und zeigte, warum sie keine Alternative zum bestehenden Regime im Irak werden konnte. In allen zentralen Fragen - Etablierung einer gemeinsamen Führung, das politische System im Irak, Lösung der Kurdenfrage und Haltung gegenüber internationalen Akteuren - zeigte sich ein erheblicher Dissens. Über das zukünftige politische System waren sich die Gruppen nicht einig. Die Islamisten weigerten sich, abgesehen von der *hizb al-da'wa* und der Organisation der Islamischen Aktion, den von der Kurdistan-Front und den anderen säkularistischen Kräften geforderten Parteienpluralismus sowie die Einführung eines par-



Zeitungshändler verkaufen regimetreue und oppositionelle Zeitungen, Arbil, Kurdistan/Irak, Oktober 1992. *Foto: R. Maro*

lamentarisch-demokratischen Systems zu akzeptieren, waren jedoch zu freien Wahlen im Irak bereit[14]. Im Zusammenhang mit der Position zu den im Krieg involvierten internationalen Akteuren konnte kein Ergebnis erreicht werden. Der ORIRI nahm schon vor dem Beginn des zweiten Golfkrieges eine Position ein, die von den anderen politischen Kräften nicht mitgetragen werden konnte. Der Vorsitzende des ORIRI erklärte am 15. Januar 1991, daß seine im Iran stationierten bewaffneten Gruppen die westlichen „Invasionskräfte" abzuwehren bereit seien. Abgesehen davon, daß diese Äußerung keine praktische Relevanz hatte, erhielten die Befürchtungen der regionalen Mächte, insbesondere der Golfstaaten, neue Nahrung, daß die Machtübernahme der Schiiten im Irak nicht in ihrem Interesse sei[15].

Der Aufstand im Süden

Was im Irak unmittelbar nach der Beendigung der Kampfhandlungen im zweiten Golfkrieg geschah, stand nicht im entferntesten mit den Diskussionen der oppositionellen Gruppen im Exil im Zusammenhang. Drei Tage nachdem Saddam Hussein die Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO akzeptiert hatte, fanden spontane Demonstrationen und Ausschreitungen gegen die Polizei und das Parteigebäude in Basra statt, die sich in wenigen Tagen auf alle Städte des Südens ausdehnten. Sie waren die ersehnte Erhebung, auf die die schiitische Opposition in den langen Jahren des Krieges vergeblich gewartet hatte. Sie wurde nun aber nicht von ihr angeführt. Die Erhebung begann, als infolge des Golfkrieges die „Barriere der Angst"[16] durchbrochen wurde. Es stimmt zwar, daß in Najaf Ayatollah Abu Al-Qasim al-Kho`i - der bis dahin von der schiitischen Opposition als politisch unfähig und quietistisch verschmäht worden war - intervenierte. Al-Kho`i war und wollte wahrscheinlich auch nicht Anführer des Aufstandes sein. Das folgende an die Aufständischen gerichtete *fatwa* zeugt von seiner eher zurückhaltenden Position: „Es gibt keinen Zweifel, daß es die Pflicht eines jeden Muslims ist, das Herz des Islam zu wahren und seine Heiligkeit zu schützen. Ich selbst bete zu Gott dem Allmächtigen, daß er euch Erfolg bescheide, wenn ihr das, was gut für die islamische Gemeinschaft ist, hochhaltet"[17].

Als aber die irakischen Truppen bei ihrer Offensive gegen die Aufständischen auch den heiligen schiitischen Schrein in Najaf unter Beschuß nahmen, wurde sogar der eher gemäßigte Ayatollah al-Kho'i aktiv. Sein Appell an Präsident Bush zeugt von der Aussichtslosigkeit der Situation im schiitischen Süden und der Brutalität des Bürgerkriges: „Herr Präsident," schrieb al-Kho'i, „das irakische Volk wurde ermutigt, sich gegen seinen Führer zu erheben. Das hat es getan. Es hat gegen Saddams Elitetruppen Widerstand geleistet. Eine Tragödie spielt sich ab. Werden Sie als Führer der alliierten Streitkräfte diese Tragödie zulassen? Werden die Führer der Welt ihre Augen davor verschließen?"[18] Welche Motive die amerikanische Administration auch immer für die Nichteinmischungspolitik hatte, Tatsache ist, daß der Aufstand im schiitischen Süden bei den sunnitischen Arabern im Irak, in den Golfstaaten und bei den beteiligten westlichen Mächten Befürchtungen weckte, daß eine Veränderung des Status quo im Irak eine destabilisierende Wirkung haben könnte.

Die ethnisch-konfessionelle Struktur des Irak wirkte sich in doppelter Hinsicht negativ auf den Ausgang der Revolte aus. Zum einen dehnte sich die Erhebung nicht auf die arabisch-sunnitischen Gebiete aus, zum anderen wurde der konfessionalistische Charakter des Aufstands im Süden u.a. durch den Anspruch des ORIRI, die Führung der Revolution zu übernehmen, eher bestätigt. Muhammad Baqir al-Hakim deutete in einem Brief an den erwähnten Kongreß der irakischen Opposition an, warum der ORIRI seiner Ansicht nach die Führung des Aufstands übernehmen müsse: „Die Ereignisse sind mehr ein Volksaufstand als ein organisierter Widerstand. Diesem diktatorischen Regime sollte aber mit einer gut organisierten Widerstandsbewegung begegnet werden.“[19] Die Rückkehr von Anhängern des ORIRI in den Irak einige Tage nach dem Ausbruch der Revolte wirkte sich jedoch negativ aus. Zum einen hoben diese politisch-konfessionalistische Ziele hervor, zum anderen konnte die irakische Führung dadurch die sunnitische Bevölkerung mobilisieren, die Grund zur Annahme hatte, daß der Aufstand im Süden nicht wegen der Aufrechterhaltung der ethnischen Stratifikation, sondern um ihre eigene physische Sicherheit zu gewährleisten, unterdrückt werden müsse.

Ironischerweise hat das iranische Regime, das im Verdacht stand, mit den irakischen Schiiten einen dominanten schiitischen Staat bilden zu wollen, der für die Sicherheit des Nahen Ostens eine Gefahr darstellen könnte, die schiitische Opposition während des Aufstandes nur sehr zurückhaltend unterstützt[20]. Die iranische Position war durch den Antiamerikanismus beeinflußt und durch die Furcht vor einem Zusammenbruch des irakischen Staates, der möglicherweise zur Gründung eines kurdischen Staates hätte führen können. Die vehemente Kritik der *hizb al-da'wa* an der iranischen Politik während des Aufstandes und danach wird in dem Programm der *hizb al-da'wa* deutlich, wenngleich der Iran nicht namentlich erwähnt wird: „Unser Volk erhoffte sich, daß ihm einige Staaten, die selbst das Opfer der Politik und der kriminellen Taten des irakischen Regimes wurden, während der Erhebung gegen das barbarische Regime helfen würden. Diese nahmen aber ihre Verpflichtungen nicht wahr ...“ [21].

■ *Ferhad Ibrahim ist z.Z. Gastprofessor an der University of Jordan, Amman. Er habilitierte 1994 zum Thema Konfessionalismus und Politik in der arabischen Welt am Beispiel der irakischen Schiiten.*

Anmerkungen:

1) Folgende Gruppen waren an der Gründung des ORIRI beteiligt: Bewegung der Kämpfenden Ulama im Irak (*harakat jama'at al-ulama al-mujahidin fi al-Iraq*), Partei der Islamischen Mission (*hizb al-da'wa al-islamiya*), Organisation der Islamischen Aktion (*munazamat al-'amal al-islamiya*), Bewegung der Irakischen Mujahidun (*harakat al-mujahidin al-iraqiyin*); mit dem ORIRI assoziierte kurdische Organisationen: Partei Gottes Kurdistan (*hizb-Allah Kurdistan*), Gemeinschaft der Ulama Kurdistan (*jama'at ulama Kurdistan*).
2) Vgl. *Al-shahada* (Zentralorgan des ORIRI) vom 5.1.1988.
3) Anerkennung der Vorbildfunktion Khomeinis sowie des von ihm eingeführten Prinzips „*velayat-e faqih*“ (Herrschaft der Rechtsgelehrten).
4) Vgl. Al-Shaikh, Tawfiq: *An al-'Iraq wa al-haraka al-islamiya. Hiwarat ma'a al-'allama Muhamad Taqi al-Mudarisi.* (Über den Irak und die islamische Bewegung. Dialoge mit dem Gelehrten Muhammad Taqi al-Mudarisi). London 1988. S. 43.
5) Vgl. Baram, Amatzia: Culture, History and Ideology in the Formation of Bathist Iraq, 1968-89. New York 1991. S. 43.
6) Ibid.; Interview mit Muwaffaq al-Rubai (Führung der *hizb al-da'wa*), London 10.3.1989.
7) Vgl. *Al-sharq al-awsat* vom 8.3.1989; *Al-thawra* vom 12.3.1990.
8) Interview mit Muwaffaq al-Rubai, London 10.12.1992.
9) Vgl. *Al-shahada* vom 24. Juli 1990.
10) *Al-shahada* vom 7. August 1990. Der Sprecher der *da'wa*-Partei, al-Asifi, zeigte eine ähnliche Position. Vgl. Baram, op. cit., S. 38-39.
11) Vgl. z.B. al-Shirazi, Muhammad: *Min auwaliyat al-dawla al-islamiya.* (Aus Elementen des islamischen Staates). Qum 1405 h. S. 19ff; al-Mudarisi, Muhammad Taqi: *Al-fikr al-islami, mujabaha hadariya.* (Das islamische Denken, eine zivilisatorische Begegnung). 5. Aufl. Beirut 1988. S. 25.
12) Dazu zählen unter anderem der prosyrische Flügel der Ba'ath-Partei und der „Freie Irakische Rat“, der enge Beziehungen zur saudischen Führung unterhielt.
13) Vgl. den Text in *Al-sharq al-awsat* vom 29.12.1990. Beteiligt waren folgende Gruppen: ORIRI, *hizb al-da'wa*, Organisation der Islamischen Aktion, die irakische Kurdistan-Front und die prosyrische Ba'ath-Partei sowie einige unabhängige Personen.
14) Interview mit Kamal Fuad, Berlin 10. Januar 1993. Der Führer des ORIRI, Muhammad Baqir al-Hakim, antwortete auf die Frage des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, ob nach seinen Vorstellungen im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins eine „Islamische Republik Irak“ entstehen sollte: „... Welche künftige Regierungsform entstehen wird, soll das irakische Volk entscheiden, durch freie und demokratische Wahlen.“ *Der Spiegel* 14/1991.
15) Zu Äußerungen Muhammad Baqir al-Hakims siehe *Al-shahada* vom 15. und 22. Januar 1991.
16) Makiya, Kanan: Cruelty & Silence. London 1993. S. 62.
17) Zitiert nach Makiya, op. cit., S. 74-75.
18) Zitiert nach Samir al-Khalil: Wo selbst die Hoffnung stirbt. In: *Die Zeit* vom 18.-26. April 1991.
19) *Al-shahada* vom 19.3.1991.
20) Der Vorsitzende des ORIRI, al-Hakim, antwortete während des Aufstandes auf die Frage, ob der Iran seine Organisation gegen die irakischen Truppen militärisch unterstütze: „Ich wünschte, wir würden vom Iran militärische Unterstützung erhalten, wir würden sie dringend benötigen. ... Aber der Iran schickt uns keine Waffen und hält sich streng an internationale Abkommen.“ Vgl. *Der Spiegel* 14/1991.
21) *Hizb al-da'wa al-islamiya: Birnamaguna* (Unser Programm), 1992. S. 39.

Realität und Utopie: eine Kritik an der irakischen Opposition

Von Isam al-Yasiri

Bei der Lektüre der irakischenOppositionspresse, die jede andere arabische oppositonelle Presse an Auflage und Umfang übertrifft, stellt man fest, daß Stärke und Legitimität der irakischen Opposition in übertriebenem Maße dargestellt werden. Die Ansichten, die in der irakischen oppositionellen Presse vertreten werden, deuten darauf hin, daß deren Autoren keinen Bezug zur Situation im Irak und der politischen Realität dort haben. So kann man darin lesen, daß die große Zahl verschiedener irakischer oppositioneller Gruppen positiv zu bewerten sei. In Wahrheit ist sie jedoch in einem schlechten Zustand, der Verwunderung hervorruft und Anlaß zur Sorge gibt.

Die Existenz von mehr als 90 irakischen „oppositionellen" Organisationen im In- und Ausland kann kaum als etwas Positives betrachtet werden. Es entsteht eher der Eindruck, als ob die Opposition mehr gegeneinander als gegen das Regime opponiert. In der großen Anzahl unterschiedlicher Organisationen zeigt sich vielmehr nur unsere Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Gerechtfertigt wäre diese große Zahl von oppositionellen Gruppen und Pseudo-Organisationen dann, wenn sie auf bedeutende politische und gesellschaftliche Kräfte des Irak Einfluß hätten. Die Existenz der verschiedenen Gruppierungen wäre dann positiv zu bewerten, wenn es ihnen gelänge, zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Ziele zu verfolgen. Darüberhinaus müßten sie das Interesse des Volkes und des Landes über ihre eigen Interessen stellen. Auf diese Weise könnte eine Opposition entstehen, die für das derzeitige Regime tatsächlich eine Gefahr darstellt. Doch all das ist nicht der Fall. Erschwerend kommt hinzu, daß das Volk kein Vertrauen in die Opposition und ihre Führung hat, da sie die Verantwortung für die Fehler der Vergangenheit trägt und es ihr offensichtlich nur um die Absicherung ihrer eigenen Machtposition geht.

Im Irak, so kann man bisweilen in der irakischen Oppositionspresse lesen, sei innerhalb der nächsten 24 Stunden mit positiven politischen Veränderungen zu rechnen. Das Regime werde weggefegt und niemals zurückkehren. An anderer Stelle steht, der Schlüssel zur Rettung liege in der Hand der USA und ihrer europäischen und arabischen Verbündeten. Doch bei Letzteren handelt es sich genau um jene reaktionären Regime, die selbst ihre Völker unterdrücken. Warum sollten gerade sie als „Retter" in Frage kommen? Der Autor solcher Zeilen sucht so nicht nur Hilfe bei denjenigen, welche den Irak zerstören wollen, er leugnet auch das Prinzip der Nichteinmischung von außen, ein Prinzip, das eigentlich auch die Opposition vertritt. An anderer Stelle wird die Ansicht vertreten, auf die Epoche der Unterdrückung, der Schmerzen, des Hungers und der Krankheiten werde ganz selbstverständlich ein blühendes Zeitalter folgen. Was hierunter genau zu verstehen ist, erläutert der Autor nicht. Ein derartiges Zeitalter, von dem wir hoffen, daß es von Toleranz, Mitgefühl und Offenheit geprägt ist, in dem die Ängste verschwinden und die Gerechtigkeit herrscht, ein solches Zeitalter kann nicht verwirklicht werden, solange wir nicht unsere Lage und die Verhältnisse um uns herum genauer und realistischer betrachten, anstatt Utopien nachzujagen. Zur Realität gehört, daß man die psychische und gesellschaftliche Situation der im Irak lebenden Landsleute kennt und versteht. Denn sie sind es, die tagtäglich unter den im Irak herrschenden Bedingungen zu leiden haben, nicht wir. Die Opposition hat wegen ihrer inneren Zerstrittenheit bis zum heutigen Tag kein einziges Abkommen untereinander zustande gebracht. Sie hat nicht einmal eine Position inne, die es ihr erlauben würde, die Verantwortung für die Nation zu übernehmen.

Die irakische Opposition im Ausland sollte erkennen, daß der im Irak lebende Regimegegner eine bessere Kenntnis der Lage und der Entwicklung des Landes hat. Er allein steht in der direkten Konfrontation mit der Regierung. Dies gibt ihm vor allen anderen das Recht, Entscheidungen über die Zukunft des Iraks zu fällen. Deshalb muß sich die Opposition im Ausland mit Analysen der Gegenwart und Projekten für die Zukunft zurückhalten. Es ist eine Tragödie: weder ist die Opposition fähig, den Zusammenbruch des Systems herbeizuführen, noch will das irakische Regime auf seine Macht verzichten. Das Volk jedoch muß für all das einen hohen Preis zahlen. Es sind die Armen und Elenden, die ohne Aussicht auf Besserung und Hoffnung zwischen den Mühlrädern der Politik noch kräftiger zermalmt werden. Es ist Sache der Führung der irakischen Opposition, ihre eigene Identität kritisch unter die Lupe zu nehmen. Auch muß sie prüfen, ob ihre Ziele mit ihren eigenen politischen Erfahrungen übereinstimmen. Nur so kann verhindert werden, daß zukünftige Regierungen des Irak sich nicht wie das derzeitige Regime verhalten, welches den Irak mit Feuer und Schwert regiert, das Volk verachtet und den Ruf der Nation preisgibt nur um der Macht und des Geldes willen.

■ *Isam al-Yasiri, Journalist und Fotograf, lebt seit vielen Jahren in Berlin. Frustriert über die Zerstrittenheit der irakischen Opposition hat er seit einiger Zeit aufgehört, Parteipolitik zu betreiben. Aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben hat er sich dennoch nicht zurückgezogen. Seit 1992 ist er Vorsitzender des „Uruk-Kollegiums. Verein zur Förderung von Kultur und Sozialem", einer Interessengemeinschaft arabischer BerlinerInnen zur Förderung arabischer Kultur in Deutschland und zur Durchsetzung der Rechte arabischer ImmigrantInnen.*



Demonstration vor dem UN-Hauptquartier, Rania/Kurdistan1991. *Foto: R. Maro*

Republik der Staatenlosen

Drei Jahre humanitäre Intervention in Kurdistan-Irak

Von Ronald Ofteringer und Ralf Bäcker

Seit mehr als drei Jahren ist Irakisch-Kurdistan faktisch eigenständig, wenn auch in tausend Abhängigkeiten verstrickt. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als habe das internationale Engagement seit der allierten Hilfsaktion 'Provide Comfort' diese Eigenständigkeit möglich gemacht. Vor Ort stellt es sich anders dar: Die humanitäre Intervention hindert die Kurden an der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts und verhindert die Entwicklung der kurdischen Gesellschaft. Verstöße gegen die UN-Resolution 688 (keine Diskriminierung von Gruppen der irakischen Bevölkerung, freier Zugang zu allen Hilfsbedürftigen) werden trotz vergangener und andauernder massiver Menschenrechtsverletzungen des Irak geduldet. Diese absolute Souveränität wird dem Irak auf anderen Gebieten, wenn es etwa um die Kontrolle über irakische Ressourcen und um seine Rüstung geht, von der selben UN und den selben Alliierten nicht zugestanden. Das Ergebnis ist eine Pattsituation, die Saddams interne Machtposition erhält und die Kurden schwächt. In Kurdistan resultiert daraus eine Art Doppelherrschaft zwischen einer schwachen kurdischen Administration und den 'Lords of Poverty' des übermächtigen internationalen Hilfsbusiness'.

Als Mittel zur Kontrolle sozialer Unruhe und zur Verhinderung erneuter Flüchtlingswellen in Richtung auf die 'zivilisierte Welt' ist die kurdische Administration durchaus willkommen. Im August 1993 erließ sie ein Verbot der Auswanderung für Hochschulabsolventen. Als demokratisch gewählte und mit dem Mandat der Verwirklichung kurdischer Rechte versehene Vertretung wird ihr jede Anerkennung ver-

sagt. In Elend und Abhängigkeit gehalten, unterscheidet sich die Situation der irakischen Kurden nur wenig von der ihrer Landsleute in der Türkei, die täglich mit dem Wissen und den Waffen der führenden Mitgliedsstaaten der NATO abgeschlachtet werden[1] - unter den Augen der humanitären HelferInnen, die zwischen Diyarbakir und Zakho hin und her pendeln.

Die westliche Hilfe, die seit drei Jahren in Kurdistan investiert wird, scheint großzügig, doch ist sie nur ein Bruchteil dessen, was für den Wiederaufbau notwendig wäre. Moralische und rechtliche Verantwortlichkeiten werden außer Acht gelassen: westliche Staaten statteten oft unter Umgehung eigener Gesetze den Irak mit modernen Mitteln der Massenvernichtung aus. Deutsche bauten Fabriken für Giftgas, Briten belieferten die irakische Rüstungsindustrie, Franzosen verkauften moderne Kampfbomber an den Irak, die USA gewährten Kreditgarantien in Milliardenhöhe, Italien versorgte die irakische Armee mit Millionen von Landminen, die über ganz Kurdistan verstreut wurden. Die an Kurden und Arabern begangenen Verbrechen des irakischen Regimes gegen die Menschlichkeit geschahen vorsätzlich und waren den westlichen Föderern durchaus bekannt.

Kurdistan-Irak

Der Golfkrieg und das UN-Embargo haben einen Transformationsprozeß der irakischen Gesellschaft beschleunigt, dessen Ergebnis die heutige Krise und Massenarmut in allen Teilen des Irak ist. Mit westlichem Know How im Austausch für harte Petrodollars begann die irakische Regierung in den späten 70er Jahren mit der Umstrukturierung der kurdischen Ökonomie, der in den 80er Jahren eine Privatisierungswelle im Irak, die Zerstörung des ländlichen Raumes und die Massenvertreibung in Kurdistan folgte.

Entvölkerte Gebiete wurden zu Todeszonen erklärt. Nachdem irakische Truppen 1987 erstmals Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung einsetzten, begann im Februar 1988 die Vernichtungsoperation Anfal gegen die kurdisch kontrollierten Gebiete. Unter systematischem Einsatz von Giftgas wurden die Gebiete erobert und die Bevölkerung z.T. in Todeslager verschleppt, z.T. in militärisch bewachte Kollektivstädte zwangsumgesiedelt.

„Seit dem ersten Weltkrieg hat jeder Krieg und jede Revolution mit einer Monotonie sondergleichen die Masse der Recht- und Heimatlosen vermehrt ... Und keine Paradoxie zeitgenössischer Politik ist von einer bitteren Ironie erfüllt als die Diskrepanz zwischen den Bemühungen wohlmeinender Idealisten, welche beharrlich die Rechte als unabdingbare Menschenrechte hinstellen, deren sich nur die Bürger der blühendsten und zivilisiertesten Länder erfreuen, und der Situation der Entrechteten selbst, die sich ebenso beharrlich verschlechtert hat, bis das Internierungslager, das vor dem zweiten Weltkrieg doch nur ausnahmsweise realisierte Drohung für den Staatenlosen war, zur Routinelösung des Aufenthaltsproblems der 'displaced persons' geworden ist.“
(Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, 1951)

Die zwangsumgesiedelten Bewohner von ca. 4.000 kurdischen Dörfern waren auf den Dienstleistungssektor und die Subventionen des ölfinanzierten Staatsapparates angewiesen. Die alliierten Bombardements zerstörten die ökonomische Basis dieses Umverteilungssystems. Wie eine UN-Delegation nach dem Golfkrieg berichtete, war der Irak „in ein vorindustrielles Zeitalter zurückgebombt worden, bei gleichzeitiger post-industrieller Abhängigkeit von Energie und Technologie.“[2] Die UN-Sanktionen verhinderten einen Wiederaufbau. Die von der irakischen Regierung verhängte interne Blockade machte die kurdische Gesellschaft vollkommen von westlicher Hilfe abhängig.

Die humanitäre Intervention

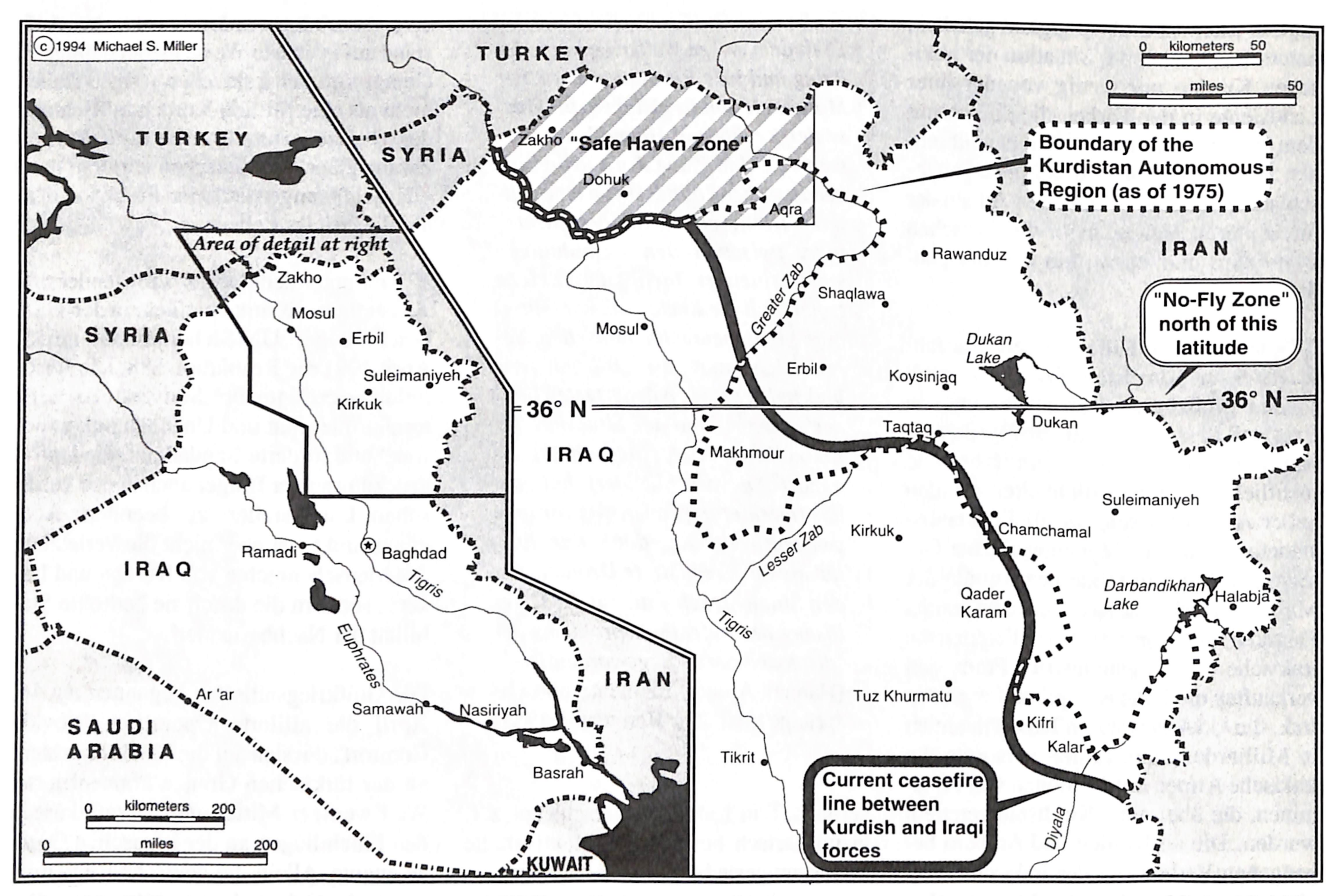
Nach dem Golfkrieg erhob sich die irakische Bevölkerung im Süden und in Kurdistan gegen das Regime. Die Golfkriegsalliierten sahen zu, wie die republikanischen Garden, die bei der alliierten Offensive verschont worden waren, den Aufstand auf brutalste Weise niederschlugen[3]. Gejagt von der irakischen Armee flohen mehr als eine Million Kurden in Richtung der Grenzen zum Iran und zur Türkei. Zwanzigtausend Menschen verloren nach UN-Schätzungen auf der Flucht und in den Lagern ihr Leben[4].

Erst unter dem Druck wachsender öffentlicher Kritik vor allem in den USA beschloß der UN-Sicherheitsrat am 5. April 1991 die Resolution 688. Die Resolution bekräftigte die „Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit des Irak“ und forderte Bagdad auf, die Unterdrückung seiner Bürger auch in den kurdischen Landesteilen zu beenden. Ausgangspunkt war aber nicht die Verletzung der Menschenrechte von Kurden und Irakern, sondern die durch sie bedrohte Stabilität der Nachbarländer[5].

Die Golfkriegsallierten begannen am 16. April die alliierte Operation 'Provide Comfort', die sich auf die Flüchtlingslager an der türkischen Grenze konzentrierte. Weit weniger Mittel und Einsatz kamen den Flüchtlingen an der iranischen Grenze zugute. Allein die deutsche Regierung nutzte die Gelegenheit und ihre guten Beziehungen zum iranischen Regime, um ihrer Armee einen zwar humanitär deklarierten, aber verfassungsmäßig verbotenen Out of area-Einsatz zu verschaffen. 2.000 deutsche Soldaten kamen dabei zum Einsatz[6].

Die Katastrophe wurde als reines Flüchtlingsproblem betrachtet, das es so schnell wie möglich einzudämmen galt. Dazu kam man im Zuge der Waffenstillstandsverhandlungen mit der irakischen Regierung überein, im Gebiet von Dehok und Amadia eine Schutzzone (save haven) zu errichten. In der Schutzzone, aus der sich die irakische Armee schrittweise zurückziehen sollte, und in der alliierte Truppen stationiert wurden, wurden große Zeltstädte als Durchgangslager für die Flüchtlinge errichtet. Zusätzlich wurde das Gebiet nördlich des 36. Breitengrades zur Flugverbotszone erklärt.

Am 7. Juni 1991 übernahm der UNHCR die Verantwortung für die Flüchtlingsrückführung und humanitäre Hilfe des allierten Kommandos.



Irak and Iraki Kurdustan (Dankenswerterweise von MERIP zur Verfügung gestellt). *Michael S. Miller*

Flüchtlingsrückführung und Minen

Durch die Rückführung in den Irak wurden aus Flüchtlingen, die nach der Genfer Konvention über einen gewissen Schutz verfügen, und für die der UNHCR verantwortlich ist, intern Vertriebene, die - von kurzfristigen Wiedereingliederungsprogrammen abgesehen - aus dem Mandat des UNHCR herausfallen.

Flüchtlingen die Rückkehr zu ermöglichen, hat für den UNHCR oberste Priorität. Rückführung allerdings nur unter der Bedingung, daß die Sicherheit und Würde der Rückkehrer gewährleistet ist. Jede Rückführung, bei der dies nicht gewährleistet ist, bedeutet einen Verstoß gegen das nonrefoulement-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention.

Im irakischen Kurdistan liegen nach Schätzungen mehr als 10 Millionen Landminen. Ein Großteil der Minen, die zur Hälfte aus italienischer Produktion stammen, wurde während des iranisch-irakischen Krieges gelegt. Andere Minenfelder sollten Dorfbewohner und Partisanen an der Rückkehr in die zu Todeszonen erklärten Grenzgebiete hindern[7].

Bei anderen UN-Operationen wurden die Landminen als wichtiger Hinderungsgrund für eine Flüchtlingsrückführung angesehen. In einem UN-Bericht zu Kambodia heißt es: »Die Mission hat ergeben, daß eine Repatriierung ohne vorherige umfangreiche praktische Vorbereitungen im Rahmen eines Zeitplanes, der vor einer politischen Lösung ansetzen muß, aufgrund der massenhaften Präsenz von Landminen katastrophale Konsequenzen haben wird."[8] In einem internen Bericht des UNHCR heißt es sogar: »In Situationen wie in Angola und Somalia, wo Minen wahllos und massenhaft gelegt worden sind, aber keine staatliche Autorität, Körperschaft, Person oder Gruppe von Personen in der Lage ist, diese zu lokalisieren und zu beseitigen, oder für ein sinnvolles Programm zur Reduzierung der von ihnen ausgehenden Gefahr zu sorgen, wäre ein organisiertes Repatriierungsprogramm in Wahrheit eine Übung in massenhafter Abschiebung.«[9]

Die Situation in Kurdistan war vergleichbar, und die Verminung Kurdistans war bekannt. Bereits 1983 wurde in einem Expertenbericht des UN-Umweltamtes UNEP darauf hingewiesen, daß „andauernde Kriege zwischen Iran und Irak ....zweifellos riesige Mengen an explosiven Überresten des Krieges hinterlassen, vor allem Minen."[10] In der Sicherheitszone im Norden verpflichtete die US-Armee irakische Armee-Einheiten gemäß des Waffenstillstandabkommens, bestimmte Minenfelder zwischen Dohok und Zahko zu räumen, nämlich da, wo Amerikaner stationiert waren. Trotzdem haben sich UN und UNHCR entschlossen, Flüchtlinge zurückzuführen. Erst nach der Rückführung der Flüchtlinge wurden Programme zur Demarkation der Minenfelder begonnen. Zwischenzeitlich gibt es verschie-

dene NGOs, die Minenräumer ausbilden, Minenfelder demarkieren und kartographisch erfassen und eine umfassende Aufklärungsarbeit betreiben. Die Minen bleiben aber die größte Gesundheitsgefährdung und ein enormes Problem für den ländlichen Wiederaufbau[11].

Sicherheit

Im Rahmen der alliierten Hilfsaktion und des UN-Einsatzes waren Sicherheitsmaßnahmen für die Flüchtlinge vorgesehen. Im Mai 1991 beschlossen die UN und die irakische Regierung die Stationierung von 500 UN-Guards im Irak[12]. Über ihr Mandat herrscht Unklarheit. Nach Angaben eines UN-Mitarbeiters gehörte der Schutz der Flüchtlinge und die Registrierung von Menschenrechtsverletzungen dazu[13]. Später stellte sich die UN auf den Standpunkt, daß sich die Schutzfunktion auf „UN-Personal, Projekte und Equipment" beschränke[14].

Im Oktober 1991 waren die UN-Guards die ersten, die flohen, als irakische Artillerie die Städte Kifri und Kalar im Süden der Provinz Sulaymania angriff, in die Tausende von Flüchtlingen aus dem Irak zurückgekehrt waren. Seit August 1991 greifen türkische Kampfflugzeuge und Bodentruppen regelmäßig Gebiete im Bahdinan-Gebiet, Kurdistan-Irak an. Regelmäßig werden dabei wiederaufgebaute Dörfer zerstört und irakische Kurden getötet und verwundet[15]. Seit März 1993 greift die iranische Armee die kurdische Grenzregion mit Flugzeugen, weitreichender Artillerie und Bodentruppen an und zerstört Häuser und Flüchtlingslager.

Die von den Alliierten verhängte Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades wurde nur gegenüber dem Irak durchgesetzt. Wiederholt griffen türkische und iranische Flugzeuge kurdische Rückkehrerdörfer an, ohne daß die zum Schutz der Flugverbotszone eingesetzte 'Poised Hammer-Truppe' reagierte. Im Gegenteil, die türkischen Flugzeuge starteten unter Ausnutzung des alliierten Radarschirms von den NATO-Basen in der Türkei. Als Bedingung für die Verlängerung der Stationierung von Poised Hammer hatte die Türkei durchgesetzt, daß türkische Offiziere die alliierten Kontrollflüge im Nordirak begleiten.

Seit April 1994 bombardieren türkische Kampfflugzeuge die Lager von ca. 30.000 Menschen aus den Gebieten Hakkari und Sirnak, die vor den Vernichtungsoperationen der türkischen Armee nach Südkurdistan (Nordirak) geflohen sind.

Kurdische Selbstbestimmung

Im März 1991 hatte die Führung der Kurdistan-Front gehofft, daß die UN-Resolution 688, das alliierte Engagement und der Einsatz der UN eine internationale Anerkennung der kurdischen Frage mit sich bringen würde.

Die Alliierten verweigerten ihnen diese Anerkennung, versprachen aber Unterstützung für Verhandlungen zwischen der Front und dem Regime in Bagdad, die noch im April 1991 begannen. In den Verhandlungen forderte die Front eine umfassende Autonomie unter Einschluß der umstrittenen Gebiete Kerkuk und Khanaqin sowie eine Demokratisierung des politischen Systems in Bagdad. Im Lauf der sich hinziehenden Verhandlungen wurde deutlich, daß die UN sich aufgrund der katastrophalen Lage der repatriierten Flüchtlinge nicht zurückziehen konnte. Das gab der kurdischen Seite eine gewisse Sicherheit. Nachdem die Verhandlungen im Januar 1992 aufgrund erneuerter irakischer Angriffe auf die kurdisch kontrollierten Gebiete abgebrochen worden waren, entschloß sich die Kurdistan-Front, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abzuhalten. Dabei ging es ihr darum, eine Regierung zu etablieren, die die inneren politischen Widersprüche überwindet, sich der Lösung der dringenden Probleme des kurdischen Gemeinwesens annimmt und eine demokratische Alternative zu Saddams Regime darstellt.

Die Golfkriegsalliierten lehnten die Wahlen nicht grundsätzlich ab, machten aber von vorneherein klar, daß sie die Regierung nicht als kurdische Vertretung anerkennen werden[16].

Aus den Wahlen, die am 17. Mai 1992 stattfanden, gingen die beiden großen Parteien mit fast gleichen Stimmenanteilen hervor. Internationale Beobachter berichteten von einem freien und demokratischen Ablauf der Wahlen[17]. Die kurdische Regierung unter ihrem ersten Ministerpräsidenten, Fuad Masoum, forderte von der UN, die eingefrorenen irakischen Auslandsguthaben zur Finanzierung der Hilfsmaßnahmen für Kurdistan freizugeben, den Kurden die Ausfuhr von Öl zu gestatten und Druck auf die irakische Führung auszuüben, die Blockade gegen Kurdistan aufzuheben[18]. Die UN und die Geberländer der internationalen Hilfe kamen diesen Forderungen nicht nach.

Am 4. Oktober 1992 beschloß das kurdische Parlament, daß Kurdistan zukünftig Teilstaat eines föderativen Irak ist. Nach dieser Entscheidung nahmen die Feindseligkeiten der Nachbarstaaten Iran und Türkei erheblich zu.

Neben dieser offiziellen Vertretung entstanden in Kurdistan eine Vielzahl von Basisorganisationen in Form von Dorfräten, Bauernvereinigungen, Menschenrechtsorganisationen und Organisationen von Frauen und Überlebenden der Anfal-Offensiven.

Erstes Resultat: Die Krise

Das irakische Embargo und türkische sowie iranische Grenzblockaden führten zu Lebensmittelknappheit und zur Verschärfung der ökonomischen Krise. Durch das UN-Embargo können keine Ersatzteile und Maschinen für den Wiederaufbau der Infrastruktur eingeführt werden. Zeitweise waren die UN- und NGO-Rationen der einzige wirtschaftliche Input. Die Preise stiegen in schwindelerregende Höhe, während Löhne und Gehälter stagnierten. Konnte vor dem Aufstand eine Familie von 100,- ID (irak. Dinar) leben, so benötigt die gleiche Familie bei gleichbleibendem Lohn von durchschnittlich 200,- ID jetzt 2-3.000,- Dinar.

Über 165.000 Menschen arbeiten als staatliche Angestellte. Nahezu eine Million Kurden ist von Lohn- und Gehaltszahlungen der kurdischen Regierung abhängig. Das Budget der kurdischen Regierung betrug 1993 1.370 Mrd. irakische Dinar. Löhne und Gehälter machen davon 30 %, also 400 Mio Dinar aus[19].

Die Hilfe von UN und NGOs entsprach unter den Bedingungen nicht dem Bedarf. Ein Großteil der Hilfe wurde über kurdische NGOs wie z.B. die 'Kurdistan Re-

construction Organisation' (KRO) und 'Kurdistan Shelter and Reconstruction Organisation' (KSRO) abgewickelt. Die kurdischen NGOs waren 1991 von Ingenieuren und Angestellten der aufgeblähten irakischen Verwaltung gegründet worden. Sie waren zu Beginn der kurdischen Eigenständigkeit wichtig, weil sie dringende Hilfs- und Infrastrukturprojekte im Auftrag von UN und NGOs realisieren konnten. Sie entwickelten sich jedoch zu kommerziellen, mit Profit wirschaftenden Firmen. Korruption und Günstlingswirtschaft, wie sie unter irakischer Herrschaft im Bausektor am Schnittpunkt zwischen öffentlicher Verwaltung und privaten Kontraktoren geherrscht hatte, entstand.

Zwar wurde den Verantwortlichen der UN und der internationalen NGOs langsam klar, daß über die Not- und Wiedereingliederungshilfe für Flüchtlinge hinaus mittelfristige Programme zur Bewältigung der nachhaltigen Zertörungen notwendig waren. Dazu waren ein erheblich größerer Umfang von Hilfe aber auch andere institutionelle und planerische Möglichkeiten notwendig. Eine Zusammenarbeit mit der inzwischen gewählten kurdischen Regierung hätte dies ermöglichen können. Dies war jedoch für die UN und Geberinstitutionen wie z.B. die EG ausgeschlossen, weil es faktisch eine Anerkennung der Regierung bedeutet hätte. So wurden Hilfsprojekte, die nach Art und Umfang eigentlich in den Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gehören, weiter über internationale und lokale NGOs abgewickelt. Diese NGOs verfügen über ein größeres Budget als die Regierung, die z.B. bei Infrastrukturprojekten völlig von diesen NGOs abhängig ist.

Die inzwischen favorisierten 'integrierten Rehabilitierungsprogramme' sind zum einen nicht in der Lage, die durch die faktische Abschnürung Kurdistans von allen Nachbarökonomien verursachte Krise aufzufangen. Doch selbst wenn man sie im Rahmen ihrer Zielsetzung der Wiederherstellung der dörflichen und manufakturellen Ökonomie betrachtet, besiegeln sie die Abhängigkeit Kurdistans: während die 'entwickelte Welt' mit Informationstechnologien und modernsten Industrien ins nächste Jahrtausend steuert, wird Kurdistan auf dem alliiert herbeigebombten vorindustriellen Niveau gehalten: durch die Förderung von traditionellem Baustil, Handarbeits- und Handwerkstechniken, die denen des 17. Jahrhunderts entsprechen.

Zweites Resultat: Der Zerfall

Die Verschärfung der Krise in Kurdistan hat die internen Fragmentierungen verstärkt. Von Anfang an konzentrierte sich internationale Hilfe auf die alliierte Schutzzone, den Nordwesten des kurdischen Gebietes, die Provinz Dehok. Dieses Gebiet ist das Stammland der KDP. Der Süden, d.h. ein Großteil der Provinz Sulaymania, ist nicht nur aus der alliierten Flugverbotszone ausgeschlossen, sondern auch lange bei der Vergabe von Hilfsprojekten vernachlässigt worden. Der Süden ist die Machtbasis der Patriotischen Union Kurdistans. Diese Hilfsverteilung hat die Widersprüche zwischen den beiden großen Parteien verstärkt.

Mustashars, die vor 1991 proirakische kurdische Hilfstruppen geführt hatten, bauten über die lokale Kontrolle von Grund und Boden bzw. die Verteilung von Lebensmitteln städtische Umsiedlungslager und ländliche Gebiete zu ihren persönlichen Lehen aus, wobei sie die Widersprüche zwischen den zwei großen Parteien ausnutzen konnten. Der ehemalige Mustashar Tahsin Shawes, dem man nachsagt, er habe 1988 an den Anfal-Vernichtungsoffensiven teilgenommen, kontrolliert die Umsiedlungslager in der Umgebung Chamchamals und verfügt über eine stattliche Zahl Bewaffneter.

Die islamistische Bewegung hat nach der Katastrophe von 1988 einen gewissen Einfluß in Kurdistan erlangt. Bei den Wahlen 1992 wurde sie mit 5% der Stimmen immerhin drittstärkste Partei. Massiv von Saudi-Arabien und dem Iran unterstützt, gelang es ihr durch Hilfsprogramme für die verelendete Bevölkerung, in einigen Umsiedlungslagern in Rania und Halabscha ihren Einfluß zu vergrößern.

Bereits Ende 1993 beschossen sich in Sulaymania Einheiten der KDP und ein Flügel der Sozialistischen Partei. Kurz darauf kam es zu schweren Gefechten zwischen den Peshmergas der Patriotischen Union Kurdistans und Kämpfern der islamistischen Bewegung.

Im Mai 1994 brachen die bisher schwersten Kämpfe aus. Ausgelöst durch einen Landkonflikt, lieferten sich Kämpfer der KDP und der PUK im ganzen Land schwere Kämpfe und teilten Kurdistan praktisch in Kantone auf. Hunderte von Menschen kamen ums Leben, auf beiden Seiten kam es laut amnesty international zu Gefangenenerschießungen und anderen Völkerrechtsverletzungen. Die KDP, die die strategisch wichtige Grenze zur Türkei kontrolliert, kappte die Lebensmittelzufuhr in den PUK-kontrollierten Süden.

Bei diesem Kampf um die letzten Ressourcen sind die am härtesten umkämpften Gebiete jene Grenzregionen, durch welche die lebensrettenden Schmuggelpfade zum Iran führen: Halabja, Penjwin, Qala Dize. Diese wurden von der islamistischen Bewegung mit Hilfe der KDP und mit iranischer Unterstützung besetzt.

Aufkündigung der Flüchtlingsrepublik?

Allen Restriktionen zum Trotz haben die irakischen Kurden in den letzten drei Jahren eine beachtliche Eigendynamik entwickelt. Die Flüchtlingsrepublik gewährt Flüchtlingen und Guerilleros aus den kurdischen Gebieten der Nachbarstaaten Zuflucht. Der multilaterale Charakter der kurdischen Frage wird darin konkret deutlich - sehr zum Ärgernis der Nachbarstaaten Türkei, Iran und Syrien, die seit November 1992 ihre Politik gegenüber Kurdistan koordinieren.

Frankreich, Deutschland und Rußland drängen ihrerseits auf eine Normalisierung ihrer Beziehungen zu dem Regime in Bagdad. Zu diesem Zweck reiste Hans Stercken, Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses im Juni 1994 nach Bagdad und traf sich mit Saddam Hussein.

Die wichtigste Rolle spielt in diesem Kontext die Türkei. Sie hat mit Billigung des Westens ihre Beziehungen zu Bagdad normalisiert und fordert offen die Aufhebung des UN-Embargos. Vor allem ist sie bemüht, in Koordination mit Bagdad und mit westlicher Unterstützung den 'rechtsfreien Raum' Kurdistan wieder der irakischen Kontrolle zu überantworten.



Von der Stadt Qala Dize bleibt den Zurückkehrenden nur ein Foto, Qala Dize, Juli 1991. *Foto: R. Maro*

Talabani und Barzani, die nach Ausbruch der innerkurdischen Kämpfe von türkischen Militärs zum Treffen in Silopi einbestellt wurden, bekamen ein Ultimatum präsentiert: „Ankara forderte von den beiden Kurdenführern, die ca. 10.000 Kurden (1400 Familien), die in den Nordirak geflohen sind, zur Rückkehr in die Türkei „zu überzeugen" und nicht als Flüchtlinge anzuerkennen, wobei sie zugab, daß die Flüchtlinge generell auf der Flucht vor dem Kampf, der sich zwischen der Arbeiterpartei und der türkischen Armee im Südosten des Landes abspielt, in den Irak geflohen sind. Die Türkei warnte aber davor, daß sich unter den Flüchtlingen eine große Zahl von Aktivisten der PKK befänden, die auf diese Weise eine Basis der PKK in der Nähe von Zakho errichten wollten.[20]

Die hochrangige türkische Militärdelegation gestand den Kurden zwar zu, über die Form ihrer Eigenständigkeit im irakischen Rahmen - Autonomie oder Föderalstaat - zu entscheiden, aber nur durch eine Einigung mit der Zentralregierung in Bagdad: „Wir haben das Interesse am Zustandekommen eines Dialogs zwischen dem Nordirak und Bagdad im Sinne der Normalisierung in der Region betont."[21]

Die kurdischen Führer, zerstritten und mit dem Rücken an der Wand, lehnten die völkerrechtswidrige Rückführung der Flüchtlinge ab. Entsprechend verweigerte ihnen das türkische Außenamt die Erteilung von Visas zur Durchreise nach Paris, wo sie ein Abkommen zur Beilegung ihrer internen Konflikte unterzeichnen wollten.

Gleichzeitig verhängte die Türkei eine Visumspflicht für die durchreisenden Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen und verweigerte bereits einigen von ihnen, darunter medico international, die Passage. Währenddessen war die UN gezwungen, ihre Aktivitäten weiter zu reduzieren, weil die Geberländer ihre Beiträge zur Finanzierung der Programme nicht bezahlen. Die UN-Guards mußten Anfang Dez. 1994 bereits auf 1/3 reduziert werden.

Fünf vor zwölf ...

Die unter Aufrechterhaltung der katastrophalen Rahmenbedingungen gewährte internationale Unterstützung ist mit dafür verantwortlich, daß eine erschreckende Verelendung und Zuspitzung der sozialen Konflikte stattgefunden hat. Als Reaktion auf die Katastrophe im Irak und in Kurdistan ist im Namen der 'präventiven Flüchtlingspolitk' ein Internierungslager für Staatenlose, ein ausgelagertes Flüchtlingslager Europas, ein neuer Ghaza-Streifen entstanden. Den eigenen Bemühungen der Kurden, die Krise zu überwinden, wird die internationale Anerkennung versagt.

Die daraus resultierende Fragmentierung und die Verteilungskämpfe werden als

Vorwand benutzt - das ist der eigentliche Skandal -, um die unter diesen Umständen von den Kurden verwirklichte Eigenständigkeit aufzukündigen. Es ist jetzt höchste Zeit, eine völkerrechtliche Anerkennung kurdischer Rechte sowohl im Irak als auch in der Türkei durchzusetzen, um einen Ausweg aus dem Kreislauf von Krise, Massenflucht und Unterdrückung zu finden - zum Wohl der Kurden und zur Ermöglichung eines demokratischen, souveränen Neubeginns im Irak und in der Türkei.

● Der autonome Status Kurdistans und die kurdische Regionalregierung müssen auf der Grundlage des Autonomieabkommens von 1974, der irakischen Verfassung, der UN Sicherheitsratsresolution 688 und der in Kurdistan durchgeführten Wahlen international anerkannt werden[22]. Dies bedeutet keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iraks. Den Begriff der absoluten Souveränität des letzten Jahrhunderts gibt es nicht mehr; jeder Staat ist durch internationale Konventionen zur Einhaltung essentieller Menschenrechte verpflichtet, gegen die die jetzige irakische Regierung durch den Völkermord an den Kurden in schwerster Form verstoßen hat.

● Zudem muß die Einhaltung der Resolution 688 durchgesetzt werden. Die UN und die Geberländer müssen direkt mit der kurdischen Regierung zusammenarbeiten. Staaten und Firmen, die in die Aufrüstung des Irak und die Zerstörung Kurdistans involviert waren und Mitverantwortung für den Völkermord tragen, müssen zur Entschädigung verpflichtet werden.

● Die kurdische Region muß, wie es die Regionalregierung fordert, von den UN-Sanktionen ausgenommen werden. Die UN-Sanktionen müssen auch für den gesamten Irak soweit aufgehoben werden, daß die Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung gewährleistet ist. Der Südirak muß für Hilfsmaßnahmen und Menschenrechtsmissionen der UN zugänglich sein.

● Der irakischen Bevölkerung muß ein demokratischer Wandel und eine Überwindung der Diktatur ohne westliche Einmischung, unter der die irakische Opposition dauerhaft zu leiden hat, ermöglicht werden. Dazu gehört die Garantie, daß sie nach dem Sturz der Diktatur wieder freies und gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft ist.

● Alliierte Soldaten müssen durch eine UN-Einheit ersetzt werden, die das Mandat hat, die kurdische Bevölkerung zu schützen sowie Angriffe und Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren.

● Entsprechend einer im Juli 1993 verabschiedeten Resolution des Europäischen Parlaments muß eine internationale Konferenz unter der Schirmherrschaft der UN einberufen werden, die sich mit der Situation der Kurden in der Türkei, im Irak, Iran und in Syrien, mit den Menschen- und Völkerrechtsverletzungen befaßt und auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, in Übereinstimmung mit den Völkern der Region und unter Beteiligung gewählter kurdischer Vertreter eine politische Lösung erarbeitet. Ein erster Schritt in diese Richtung ist mit der internationalen Konferenz über Nordwestkurdistan (Südosttürkei) unternommen worden, die im März 1994 in Brüssel stattfand und in deren Schlußresolution die internationale Verantwortung und ein gangbarer Weg für eine politische Lösung für Kurdistan und die Türkei aufgezeigt ist. Dieser Lösungsansatz steht im Kontext einer nah- und mittelöstlichen Friedensordnung.

Anmerkungen:

Dieser Artikel ist eine überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Beitrags, der in gekürzter Form erschienen ist als: A republic of statelessness, in: MER, Middle East Report, 187/188, 1994.

1) A Desolation Called Peace, Report by the Parliamentary Human Rights Group, 12 - 17 October 1993, London, November 1993, S. 28: „The Holocaust of the Armenians in 1915-16 was followed by the holocaust of the Jews in 1942-5, be-cause the outside world failed to note the danger signs many years before, and take preventive action. We warn that if nothing is done, a similar tragedy may arise in Turkish Kurdistan.
2) MERIP Middle East Report No. 170, May/June 1991, S. 12.
3) Eine ausführliche Darstellung des Aufstandes und seiner Niederschlagung in: Middle East Watch, The Endless Torment, The 1991 Uprising in Iraq and its Aftermath, New York, June 1992.
4) Eric Hooglund, The Other Face of War, MER 171, July -August 1991, S. 3.
5) Bill Frelick, The False Promise of Operation Provide Comfort, Middle East Report, May/June 1992, S. 22-27.
6) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Hilfe der Bundeswehr für Menschen in Not, Juli 1991, S. 7f.
7) Internationale Kampagne gegen Landminen (Hrsg.), Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper, Frankfurt 1993, S. 70f.
8) Asia Watch/Physicians for Human Rights, The Coward's War. Landmines in Cambodia, New York 1991, S. 87.
9) UNHCR, Concept Paper on a UNHCR Policy on Voluntary Repatriation and the Problem of Land Mines, Nov. 1991, S. 7.
10) A Report to UNEP, in: Arthur Westing (Hrsg.), Explosive Remnants of War, SIPRI, London 1985, S. 119.
11) Middle East Watch, Hidden Death, Land Mines and Civilian Casualties in Iraqi Kurdistan, New York 1992, S. 39.
12) Michael M. Gunter, The Kurds of Iraq, Tragedy and Hope, New York 1992, S. 80f.
13) Human Rights Watch, The Lost Agenda, Human Rights and UN Field Operations, S. 149.
14) Department of Humanitarian Affairs, United Nations Guards Contingent in Iraq (UNGCI), Geneva, S. 4.
15) Memorandum der Kurdistan Democratic Party (KDP), August 1992. Darin werden 17 Angriffe mit 31 Toten und 42 Verletzten aufgeführt.
16) Erklärung der Sprecherin des State Department, Margaret Tutwiler, am 15. Mai 1992.
17) Z.B. Pax Christi International, Elections in Iraqi Kurdistan, An Experiment in Democracy, Amsterdam, August 1992.
18) Schreiben des Premierministers Fuad Masoum an den UN-Generalsekretär, 4. August 1992.
19) Salahuddin Muhammad Al-Hafid, Die ökonomische Situation in Irakisch-Kurdistan und ihre wichtigsten Probleme (arab.), Arbil, Februar 1992.
20) Al-Hayat, 15.6.1994.
21) Al-Hayat, 16.6.1994.
22) Eine solche Anerkennung sollte in Anerkennung der Erweiterungen geschehen, wie sie die Kurdistan-Front in einem neuen Gesetzesentwurf bei den Verhandlungen mit der irakischen Regierung 1991 vorgelegt hat.

■ *Ronald Ofteringer ist ehemaliger Mitarbeiter von medico international, Berlin. Ralf Bäcker ist ehemaliger Projektleiter von medico international in Kurdistan (Nordirak), Berlin.*

Herbert Schnoors Bananenrepublik

Flüchtlingspolitik, humanitäre Hilfe und der Krieg um Kurdistan

Von Hans Rimscha

In Form einer Banane, so der Düsseldorfer Ministerialbeamte Wolfgang Düren in einem Bericht über die „Wiederaufbauhilfe Irakisch-Kurdistan" an den Landtag NRW, zieht sich das Siedlungsgebiet der Kurden im Irak entlang der iranischen Grenze nach Süden[1]. Ein Ort, den sich sein Dienstherr als Schauplatz eines „Musterbeispiels neuer Flüchtlingspolitik" auserkoren hat. Auf die Dr. Herbert Schnoor nach eigenem Bekunden stolz ist. Er meint damit allerdings nicht, daß in Südkurdistan zentrale Aufnahmeeinrichtungen nach nordrheinwestfälischem Muster errichtet werden. Nein, Häuser und Straßen werden gebaut, um Flüchtlingen Rücksiedelung und Selbstversorgung zu ermöglichen.

Schnoors Ministerium ist mit mehr als einer Million DM jährlich in diese Kurdenhilfe involviert. Gerade das nordrheinwestfälische Beispiel zeigt, wie diese Hilfe menschenwürdige Existenzbedingungen verhindert.

Im Mai 1994 brach im irakischen Kurdistan wieder Krieg aus. Die Bewaffneten der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) und Patriotischen Union Kurdistans (PUK) lieferten sich schwere Kämpfe. Auf beiden Seiten nahm die ausgepowerte Bevölkerung mit Plünderungen der jeweils gegnerischen Büros und Lager an den Kämpfen teil. Trotz zahlreicher Bemühungen von kurdischen Parteien aus allen Teilen Kurdistans, des (mit US-amerikanischer Unterstützung agierenden) oppositionellen irakischen Nationalkongresses (INC) und der sozialistischen Internationale (SI) flammen die Kämpfe immer wieder auf.

Iranische Truppen und die Kämpfer der „Islamischen Bewegung Kurdistans" griffen massiv in die Kämpfe ein, ebenso wie die türkische Luftwaffe durch die Bombardierung vermeindlicher Basen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Das Resultat: Hunderte von Toten und Verletzten unter den Partisanen und der Zivilbevölkerung; Zehntausende von kurdischen Menschen sind erneut auf der Flucht. Beide Seiten berichten über Übergriffe, Geiselnahmen und Gefangenenerschießungen.

Aussöhnung mit dem 'Wiedergänger Hitlers'

(Hans Magnus Enzensberger)

Zusätzlich verschärft wird der Konflikt dadurch, daß die Bundesrepublik, Frankreich und Rußland auf eine Normalisierung ihrer Beziehungen zum irakischen Regime drängen - dessen Repräsentanten Außenminister Genscher 1991 noch vor ein internationales Tribunal stellen wollte. Jetzt erinnert man sich allerdings der guten Wirtschaftsbeziehungen zu Bagdad in den 80er Jahren, die im Wiederaufbaugeschäft jederzeit wiederauffrischbar sind. Dabei sind die Kurden lästig, und so rät man ihnen, vor allem der für diesen Job als vertrauenswürdig empfundenen Demokratischen Partei Kurdistans (KDP), denselben Weg nach Bagdad einzuschlagen und ebenfalls zu verhandeln. Dort hat Anfang Juni 1994 Hans Stercken (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Saddam Hussain persönlich getroffen und ein Ende der UN-Sanktionen gefordert[2].

Herbert Schnoors Bananenrepublik

Als der Konflikt im Mai ausbrach, appellierten „Freunde und Unterstützer der Kurden" eindringlich, die Kämpfe sofort einzustellen; darunter auch der nordrheinwestfälische Innenminister Schnoor, der die Glaubwürdigkeit des Experiments einer Demokratie im irakischen Teil Kurdistans (!) auf Spiel gesetzt sah und einen erheblichen Rückschlag für die Hilfsmöglichkeiten der humanitären Organisationen vor Ort und im Ausland konstatierte[3].

Moralisch und auch vom Standpunkt des geltenden humanitären Völkerrechts haben die irakischen Kurden Anspruch auf mehr als nur Hilfe, nämlich auf deutsche Wiedergutmachung. Denn es besteht kein Zweifel daran, daß deutsche Firmen 40 Jahre nach Auschwitz in Kenntnis und unter Beteiligung des BND Produktionsanlagen für chemische Kampfstoffe im Irak errichteten. Bei der Verfolgung der kurdischen Zivilbevölkerung wurden diese massiv eingesetzt - wie Berichte der UN-Menschenrechtskomission und von Middle East Watch belegen[4].

Doch die Schuld wird nicht eingestanden - wenn man nicht den Titel eines Berichtes der Gesellschaft für Bedrohte Völker über die ersten NRW-finanzierten Hilfsprojekte so verstanden wissen möchte: „Häuser statt Waffen". Und genausowenig wird der Wiederaufbau der kurdischen Gesellschaft und ihrer zerstörten materiellen Infrastruktur in Angriff genommen.

Bei der NRW-Hilfe geht es allein darum, daß die Kurden trotz aller nachhaltigen Zerstörung und flächendeckenden Verminung ihres Landes, trotz verweigerter Anerkennung und doppeltem Embargo, in den neu gebauten Häusern bleiben und nicht etwa weiter fliehen.

Denn voll Sorge stellt Ministerialdirigent

Düren fest, daß bereits 1992 mehr als 2.000 Menschen aus dem bananenförmigen Gebiet über Griechenland nach Europa kamen. Dabei schreckt Herrn Düren die Zukunft, denn angesichts eines nordrheinwestfälischen Abschieberekords von 7.500 Menschen in den ersten 10 Monaten 1993 wäre diese Zahl ja noch zu bewältigen[5].

Einer der ersten Akte dieser fluchtverhindernden Solidarität war ein 'out of area'-Einsatz von 89 nordrheinwestfälischen Polizeibeamten, die 40 IFA-LKWs aus der DDR-Konkursmasse durch die Türkei und deren ganz diplomatisch 'Ostanatolien' genanntes Kurdengebiet ins irakische Kurdistan beförderten.

Die Tatsache, daß die sonst so kooperationsbereiten türkischen Sicherheitskräfte die Fahrzeuge an der Grenze ins irakische Kurdistan durchsuchten und beschlagnahmten, erregte allerdings nordrheinwestfälische Verwunderung.

Den türkischen Offizieren war aufgefallen, daß die Fahrzeuge und Ausrüstungsgüter aus denselben NVA-Beständen stammten, aus denen die Türkei wenige Monate zuvor so großzügig (im Wert von 1,7 Mrd. DM) mit Waffen aller Art für ihren Krieg gegen die Kurden bedacht worden war. Und so manche Zugachse, manches Tarnnetz und vor allem Uniformteile im Hilfskonvoi mögen mit der wenige Monate zuvor geleisteten NATO-Ausstattungshilfe identisch gewesen sein. Einige dieser Zugachsen jedenfalls hat die türkische Armee kurzerhand requiriert.

Dies, obwohl Schnoor drei im Konvoi mitgeführte VW-Busse dem türkischen Roten Halbmond übergab. Eine wenig humanitäre und ganz und gar nicht kurdenfreundliche Geste, denn der Halbmond ist im schmutzigen Krieg der türkischen Armee gegen die eigenen Kurden durchaus Kriegspartei, wie Berichte z.B. der Vereinigung der türkischen Ärztekammern belegen[6].

Was Schnoor dem Roten Halbmond übergab, nennt man auf Türkisch „sus payi" - Schweigeanteil. Zusätzlich ist dem Roten Halbmond die Lieferung von fünf Scorpio-Streifenwagen als Ambulanzen zugesagt worden - beim Einsatz in Kurdistan finden sie sicher ohne große Umbauten Verwendung.

Mit einigen Tagen Verspätung konnte der Konvoi dann passieren, nachdem die türkische Presse tagelang über „deutsche Waffenlieferungen an die Kurden" berichtet hatte, sehr zum Ärger für Minister Schnoor, der eigens zur Übergabe der LKWs an „seine" irakischen Kurden angereist war, damit aber sicher nicht an die deutsche Militärhilfe für Ankaras Krieg gegen die Kurden im Norden erinnern wollte.

Schaffe, schaffe Häusle baue

Der Wiederaufbau der in den irakischen Vernichtungsoffensiven zerstörten Dörfer war 1991 ein Hauptanliegen der humanitären Hilfe in Kurdistan. Nordrheinwestfalen finanzierte solche Projekte in mehr als 20 Dörfern in Zakho und Amadiya.

Schnell stellte sich heraus, was nach entwicklungspolitischen Grundregeln selbstverständlich ist: es reicht nicht, Häuser zu bauen. Die ersten Probleme stellten sich ein: an infrastrukturelle Maßnahmen wie Wasser-, Schul- und Gesundheitsversorgung war nicht gedacht worden, und auch die Besitzverhältnisse waren nicht berücksichtigt worden. Bis heute dauert z.B. der Disput zwischen Grundbesitzern und Bewohnern um mit NRW-Mitteln gebaute Häuser in Barzan und in Nachbardörfern an.

„Der Wiederaufbau der zerstörten Dörfer," so der vom Auswärtigen Amt nach Kurdistan entsandte Gutachter Prof. Khosrow Saidi, „[wurde] mehr im physischen Sinne interpretiert. Es werden Häuser gebaut und man wundert sich, warum sie leerstehen, warum sie sogar vermietet oder verkauft werden. In einem Dorf bekommt sogar ein „Mostashar" (einflußreicher und vermögender ehemaliger Berater des irakischen Regimes) ein Haus, und in derselben Region müssen mehrere Haushalte in Ein-, Zweizimmerwohnungen gedrängt leben, weil sie kein Haus erhalten haben."[7]

Barzan-Road

Das größte nordrheinwestfälische Einzelprojekt, die Reparatur der Barzan-Straße entlang des großen Zab, ist ein wichtiger Beitrag zur Erschließung der gesamten Region, denn sie ist der wichtigste Verbindungsweg zwischen Nord und Süd im befreiten Kurdistan.

Die irakische Administration hatte aus militärisch-strategischen Gründen diese Straße nie ausgebaut. Ihre Straßenverbindungen von Nord nach Süd führen über die Großstädte Mossul bzw. Kerkuk, die beide unter irakischer Regierungskontrolle stehen. So werden Verbindungen wie die ungeteerte Piste der Barzan-Straße zu Lebensadern für den Zugang zum Barzan-Gebiet und die Versorgung des Südens von Kurdistan.

Aber auch aus militärisch-strategischen Gründen, sei es zur Kontrolle der kurdischen Bergregion entlang der Grenze zur Türkei und zum Iran oder der Erschließung von Zufluchtsorten im Fall einer erneuten Massenflucht für humanitäre Hilfe, hat die Barzan-Straße eine große Bedeutung. Szenarien, die kurdische Region für einen Stellvertreterkrieg gegen die irakische Zentralregierung oder die islamische Republik zu nutzen - „Free Iraqis From Their Dictator the Afghan Way", forderte Charles Krauthammer 1992 in der Washington Post[8] -, sind durchaus denkbar.

Für die KDP ist die Kontrolle der weitgehend ausgebauten Straße und des Grenzübergangs zur Türkei auch ein Mittel der Auseinandersetzung im innerkurdischen Konflikt. Während der Kämpfe im Mai 1994 requirierte die KDP nicht nur die für die kurdische Regionalregierung lebenswichtigen Zolleinnahmen an der türkischen Grenze, sondern erlegte den südlichen, PUK-kontrollierten Regionen ein Lebensmittelembargo auf.

Projektpartner KDP-Barzani

In Anlehnung an die allierte Schutzzone beschränken sich die Hilfsprojekte NRWs auf die nahe der türkischen Grenze liegenden Gebiete Amadiya und Barzan, dem Stammesgebiet der Barzani-Familie, die die KDP beherrscht. Bei der Auswahl hat sich die NRW-Landesregierung schlicht

die Sichtweise der KDP zu eigen gemacht. Das Stammesgebiet der Barzani-Familie, deren prominentestes Mitglied Molla Mustafa die kurdische Bewegung in den 60er und 70er Jahren führte, war schon in den 70er Jahren das Ziel ba'athistischer Zerstörungs- und Vertreibungspolitik. Alleiniges Kerngebiet des kurdischen Widerstandes, wie es im NRW-Bericht 1992 genannt wird, ist es allerdings nicht.

Bei den Dorfwiederaufbauprojekten Sakoy, Shanandari, Hassne und Alka wurde die Partei direkt als implementierender Projektpartner eingesetzt[9]. Dies geschieht nicht nur, weil der KDP-Vorsitzende Masoud Barzani sich verpflichtet fühlt, „diesem besonders gepeinigten Teil der kurdischen Bevölkerung beim Wiederaufbau seiner Heimat zu helfen“[10], sondern aus handfesten Interessen.

Unter den Bedingungen von Embargo und Krise ist es für die politische Macht entscheidend, inwieweit es ihr gelingt, Ressourcen von außen für die Linderung der Not der Bevölkerung zu mobilisieren.

Die Menschenrechtsbilanz des Projektpartners

Im Jahresbericht 1993 der US-amerikanischen Menschrechtsorganisation Middle East Watch wird kritisch bemerkt, daß die von KDP und PUK gestellte kurdische Administration auf Herrschaftspraktiken autoritärer Regimes im mittleren Osten zurückgreift[11]. Im Machtbereich der KDP hat es seit Anfang 1993 eine Vielzahl von ungeklärten Morden an politischen Oppositionellen und Anhängern der nordkurdischen PKK gegeben. Auch ein assyrischer Abgeordneter des kurdischen Parlaments wurde ermordet. Amnesty International lastete in einer im August 1994 veröffentlichten Erklärung sowohl KDP als auch PUK Übergriffe gegen die Zivilbevölkerungen und Gefangenenerschießungen an. Bekannt ist auch, daß einige lokale KDP-Kommandeure eng mit den türkischen Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten und für diese auch Anschläge ausführen.

Ein anderer Aspekt der KDP-Macht ist ihr Verhältnis zur Vergangenheit. Der Begründer der parteinahen Hilfsorganisation



Straßenbauarbeiter, Kurdistan/Irak, Oktober 1992. Foto: R. Maro

'Kurdistan Reconstruction Organisation' (KRO), 'Scheich' Ma'moun Brifkani, mittlerweile Minister für Wiederaufbau in der Regionalregierung, ist ein ehemals hochdotierter Funktionär der Ba'ath-Regierung in Kurdistan, der von Saddam Hussain persönlich für seine Dienste ausgezeichnet worden ist. Bei der Zerstörung kurdischer Dörfer in der Vernichtungsoperation ANFAL waren 1988 Baumaschinen über Behelfsbrücken in die Berge geschafft worden[12]. Baumaschinen aus dem Bestand von Brifkany, der damals Straßenbaudirektor der Provinz Dehok war. Er ist wichtigster Kooperationspartner des nordrheinwestfälischen Hilfsprogramms.

Ordnungsfaktor auch hier

Von Nordrheinwestfalen wurde die Einrichtung eines Büros der irakischen Kurden in Deutschland unterstützt[13]. Als Vertreter wurde Dilshad Barzani, jüngster Bruder des KDP-Führers Masoud Barzani benannt.

Der auch für Sicherheit zuständige Dr. Düren, dessen Amtszimmer ein Barzani-Portrait schmückt, kümmerte sich in rühriger Weise um den jungen Barzani. Düren, in dessen Zuständigkeitsbereich auch das Wirken des Solinger Kampfsportlehrers Bernd Schmitt für den Verfassungsschutz fällt, brachte den Kurdenvertreter gleich in einer Polizeikaserne in St. Augustin unter und stellte ihm Bewacher an die Seite, die bei jedem Gespräch des Kurdenvertreters anwesend sind.

Barzani und sein innenministeriell angeheuerter Ghostwriter Alexander Sternberg-Spohr machten dann auch gleich Kurdenpolitik - türkischer Art allerdings.

Sie beschuldigten in ihrer ersten öffentlichen Erklärung im November 1992 die nordkurdische PKK, mit der KDP und PUK in Kurdistan gerade nach heftigen innerkurdischen Kämpfen ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen hatten, des Terrorismus, der Spendenerpressung und des Heroinhandels in der Bundesrepublik. Argumente, die von Bundesinnenminister Kanther bei seinem im November 1993 verhängten Verbot kurdischer Vereinigungen und Symbole(!) dankbar aufgenommen wurde. Die Begründung seines Verbots trug vor - Herbert Schnoor!

Koloniale Verhaltensmuster

Das Engagement in Kurdistan hat durchaus auch eine neokolonial-treuhandschaftliche Dimension. Nicht anders als auf nordrheinwestfälischen Arbeitsämtern werden Kurden ohne Job zum Arbeiten angehalten für einen Tagelohn von 1,50 bis 2 DM. Arbeitswillig sind sie ja, stellt der Chronist aus dem Hause Schnoor beruhigt fest.

Beim Umgang mit den Schutzbefohlenen ist man nicht zimperlich. Da wird vom Projektleiter einer bundesdeutschen, mit der Abwicklung von NRW-Mitteln betrauten Hilfsorganisation einem kurdischen Provinzgouverneur schriftlich und im Namen der Bundesregierung mit dem sofortigen Abbruch der deutschen Hilfe gedroht, falls er weiter die Sicherheitsmaßnahmen der Teutonen obstruieren sollte[14].

Grund der kurdischen Bedenken: Die Blaulichttruppe, wie das vom Arbeiter-Samariterbund (ASB) gestellte Personal des bundesdeutschen Verbindungsbüros Zakho in Kurdistan liebevoll genannt wird, ist von Zeit zu Zeit bewaffnet - und das nicht nur bei der Jagd nach Wildschweinen und Bären, der man sich ganz im Sinne des Vorbilds aus Radebeul ausgiebig widmet.

Keine Anerkennung, aber Abschiebung

„Die jahrelange systematische Zerstörung Kurdistan-Nordiraks ist beispiellos. Es handelt sich hier nicht um die üblichen Verluste und Zerstörungen, die nach Bürgerkriegen bzw. regionalen Konflikten zu sehen sind. Es sind nicht nur die Verluste an Menschenleben und/oder die Zerstörung von Gebäuden und Brücken. Der Terror des irakischen Regimes hat viel tiefere Wunden in Kurdistan zurückgelassen. Das kurdische Volk hat mehr verloren. Hier wurde versucht, ein stolzes Volk systematisch zu demütigen."[15]

So urteilt der vom Auswärtigen Amt bestellte Gutachter Prof. Saidi über die Lage in Kurdistan -und fordert die Anerkennung Kurdistans als föderativer Teilstaat (Bundesland) des Irak durch die UN.

Anerkannt hat Nordrheinwestfalen den kurdischen Föderalstaat bisher nicht. Allerdings wurde materielle Hilfe für die kurdischen Parlamentswahlen im Mai 1992 geleistet. Die angeblich unabwaschbare Stempelfarbe die Schnoor zur Verhinderung von Wahlfälschungen liefern ließ, entpuppte sich als durchaus abwaschbare Fleischfarbe für Schlachtereien. Selbst bei der Eröffnung eines Verbindungsbüros der Kurden beharren NRW-Regierung und Auswärtiges Amt darauf, daß dies keinen offiziellen Status haben soll.

In Asylverfahren allerdings verweisen Entscheider des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zynischerweise auf die „quasi staatliche Gewalt", die kurdische Behörden im Nordirak ausüben - als Vorwand, um das Asylbegehren von Flüchtlingen aus der lebensgefährlichen Schutzzone abzulehnen.

Dauerhafte Dörfer - als präventive Abschiebehaft

Auch in der Bundesrepublik ist NRW Vorreiter einer neuen Flüchtlingspolitik: Lager und Schnellverfahren, Massenabschiebungen, neuerdings der Einsatz privater Wachdienste in den Abschiebeknästen[16]. All das geschieht in verstärktem Maße seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts durch die Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes. Der dadurch erwirkte Rückgang der Asylbewerberzahlen um 26,4 % ist nach dem Urteil der Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl mit massiven Menschenrechtsverletzungen an den deutschen Grenzen erkauft.

Den selben Vorwurf muß sich die NRW-Kurdenhilfe auch gefallen lassen. Nicht nur, daß die humanitäre Hilfe für die Vertiefung der Krise und das Ausbrechen von Verteilungskonflikten mitverantwortlich ist. Angesichts der ausweglosen Situation in der UN-Schutzzone, die zu einem der gefährlichsten Gebiete der Welt geworden ist, verzichten immer mehr Menschen aufs Bleiben und fliehen.

Wie etwa die kurdischen 'boat people', die illegal von der türkischen Ägäisküste mit kleinen Fischerbooten auf die griechischen Inseln überzusetzen versuchten. Dutzende von Menschen ertranken. Andere wurden in Griechenland inhaftiert oder in die Türkei zurückgeschoben. Oder jene acht Flüchtenden, die Anfang Mai 1994 schwerverletzt in einem Container in Kiel entdeckt wurden, in den sie nach einem langen Weg durch die ehemalige Sowjetunion in Riga geschmuggelt worden waren. Die Staatsanwaltschaft, hieß es lapidar in der Agenturmeldung, ermittelt[17]. Nicht zuletzt auf westlichen Druck verhängte die kurdische Regionalregierung schließlich im August 1993 eine Ausreisesperre.

Das nordrheinwestfälische Beispiel macht Schule - im neuesten Lagebericht des Auswärtigen Amtes heißt es: „Für Abschiebungen in den kurdisch kontrollierten Teil des Irak bietet sich der Weg über die Türkei an."

Anmerkungen:

1) Innenministerium des Landes Nordrhein-westfalen, Wiederaufbauhilfe für Irakisch-Kurdistan 1992, Düsseldorf November 1992, S.10.
2) dpa, 9.6.1994.
3) Presseerklärung der SPD-Politiker Schnoor, Schmalstieg und Alm-Merk, Hannover, 10.5.1994.
4) Middle East Watch, Genocide in Iraq, The Iraqi Anfal Campaign against the Kurds, New York 1993.
5) Tagesspiegel, 5.10.1993.
6) Türk Tabipler Birligi, Güneydogu Saglik Hizmetleri ve Saglik Personelinin Sorunlari, März 1994, Ankara.
7) Prof. Dr. Khosrow Saidi, Deutsche Humanitäre und Wiederaufbauhilfe für Kurdistan-Nordirak. Eine Querschnittsanalyse. August 1993, S.38f.
8) International Herald Tribune, 30.7.1992.
9) Innenministerium des Landes NRW, Wiederaufbauhilfe für Irakisch-Kurdistan 1992, Düsseldorf November 1992, S.72.
10) Innenministerium NRW, a.a.O., S.92.
11) Human Rights Watch, Human Rights Conditions in the Middle East 1992, New York 1993, S.1.
12) Innenministerium NRW, a.a.O., S.74.
13) Innenministerium NRW, a.a.O., S.33.
14) Prof. Dr. Khosrow Saidi, a.a.O., S.45.
15) Prof. Dr. Khosrow Saidi, a.a.O., S.24.
16) Frankfurter Rundschau, 1.12.1993.
17) Taz, 7.5.1994.

■ *Hans Rimscha lebt in Köln und arbeitet als freier Journalist.*

NGOs zwischen Basisarbeit und Regierungsgeschäft

Von Karim el-Gawhary, Kairo.

Seit dem Erdgipfel im brasilianischen Rio vor 2 Jahren, dürften sie auf keiner UN-Konferenz mehr fehlen: Die sogenannten Nichtregierungs-Organisationen, kurz NGOs. Hinter dem Wortgebilde verbirgt sich eine bunte Schar von Frauen-, Umwelt-, Solidaritäts- und alle möglichen anderen Gruppierungen, die nur eines eint: Sie sind eben nicht ein Teil der Regierung. Auch bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo waren sie auf dem NGO-Forum wenige hundert Meter vom eigentlichen Hauptgeschehen - der UN-Konferenz - allgegenwärtig.

Geht es nach den Regierungsdelegationen und dem von ihnen beschlossenen Aktionsplan für die zukünftige globale Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik, dann sollen diese Gruppen in Zukunft eine „Schlüsselrolle im nationalen und internationalen Entwicklungsprozeß spielen". Fast unheimlich muten die Lobgesänge der offiziellen Regierungs- und UN-Bürokraten an. Vom kritischen Gewissen der Hauptkonferenz war die Rede. Immer wieder wurde die entscheidende Rolle der NGOs unterstrichen, ohne die auch dieses neue UN-Dokument wesentlich weiter von der Realtität entfernt geblieben wäre. „NGOs sind schneller, flexibler und billiger bei ihren Anstrengungen gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen anzunehmen", heißt es auch in einer Plattform, die von 450 ägyptischen NGOs anläßlich der Weltbevölkerungskonferenz erstellt wurde.

In den Zeiten des weltweiten Siegeszuges der Privatisierung und freien Marktwirtschaft haben sie ein neues Vakuum zu füllen. Der Staat zieht sich aus dem Dienstleistungssektor zurück und überläßt diese Felder den Initiativen der NGOs. Je rauher sich die Transformation vom staatlichen Entwicklungskonzept zur Marktwirtschaft erweist, desto wichtiger werden die NGOs. „In dieser Periode der Transformation, in der sich die Unterschiede zwischen Reich und Arm verschärfen, sind es die NGOs, die am ehesten dazu fähig sind, eine Art sozialen Ausgleichs herzustellen", stellen auch deren ägyptischer NGO-Vertreter in ihrer Plattform fest.

Noch nie standen NGOs und Regierungsdelegationen in so engem Kontakt wie bei der letzten UN-Weltkonferenz in Kairo. Sie hatten sogar die Ehre in die offiziellen Delegationen der USA oder der Bundesrepublik aufgenommen zu werden. Einige UN-Vertreter schlagen vor, in Zukunft nicht von Regierungs-, sondern von nationalen Delegationen zu sprechen. Ausgesucht werden diese privilegierten NGOs natürlich von den Regierungsvertretern. „Für den kommenden Sozialgipfel in Kopenhagen lud das US-State Department ihm genehme NGOs per Telefon dazu ein, an der dortigen US-Delegation teilzunehmen", beschreibt Sarah Burns, zuständig für politische Angelegenheiten am 'Institut für Weltressourcen', einer NGO mit Sitz in Washington, das undemokratische Auswahlverfahren.

Der Chef des ägyptischen Sozialinstitutes *Mischqat*, Nader Fargani, sieht das Risiko darin, daß NGOs immer mehr von den Regierungen einverleibt werden. „Sie suchen sich diejenigen aus, die auf ihrer Linie liegen und vernachlässigen andere", erläutert er den Mechanismus. „Da werden manche NGOs dann zu Instrumenten, um die Politik der Regierung an die Basis zu vermitteln", fürchtet ebenso Sarah Burns.

Die Kunst des Lobbying

Der Name NGO allein ist noch kein Programm. Sowohl AbtreibungsgegnerInnen als auch deren BefürworterInnen kämpften in Kairo unter dieser Bezeichnung. Der zunehmende Einfluß der NGOs hat sie eine neue Kunst entdecken lassen: Das Lobbying - die Beeinflussung von Entscheidungsträgern. Mit Erfolg haben sie schon bei der Vorbereitung zur Kairoer Konferenz versucht, ihren Regierungen darzulegen, wo es in Zukunft langgehen soll.

In Kairo war dieses neue Phänomen leicht zu lokalisieren. Während die einen die Stellung am Infostand im NGO-Forum hielten, wandelten die anderen durch die Gänge des Konferenzzentrums, um sich jemanden aus den offiziellen Delegationen für ein vertrauliches Gespräch zu greifen oder um ein paar Handzettel mit Vorschlägen für die weitere Verhandlungsführung auf den Hintertischen der Verhandlungsräume zu plazieren.

Die Bilanz ist positiv, wie Sarah Burns vermerkte. „Hätten die USA sich tatsächlich in der Frage der Abtreibung soweit gegen den Vatikan aus dem Fenster gelehnt, wenn sie nicht schon seit Jahren von den US-Frauengruppen bearbeitet worden wären", fragt sie, um den Nutzen der Lobbyarbeit zu unterstreichen. „Das Lobbying und die Basisarbeit müssen ein integraler Bestandteil der Arbeit von NGOs sein", glaubt auch Liz Taylor, die ehemalige Direktorin der britischen Hilfsorganisation Oxfam in Ägypten. Doch der wachsende Einfluß der NGOs auf den letzten Weltkonferenzen hat diese Balance möglicherweise etwas aus dem Lot gebracht. „Es gibt ein Momentum auf dieser Konferenz, das andeutet, daß sich in Zukunft der Schwerpunkt womöglich auf die Lobbyarbeit verschieben könnte", befürchtet Taylor. Marie Assad, Mitglied des ägyptischen Organisationskomitees für das NGO-Forum in Kairo und Vorsitzen-

de der ägyptischen 'Gesellschaft zum Schutz der Natur', stimmt ihr zu: „NGOs springen auf den Zug der Konferenzen auf und vergessen dabei den Kontakt zu denjenigen, denen sie eigentlich dienen wollten". Auch Marry Beth Powers, die Vorsitzende des Internationalen NGO Organisationskomitees für das Forum in Kairo beobachtet diesen Trend. „In Rio haben die NGOs noch mehr ihre Basisarbeit und ihre Programme vorgestellt", sagt sie. Der Trend gehe jetzt mehr dahin Politiker zu beeinflussen. Viele US-NGOs hätten in den letzten Jahren ein Büro in Washington eröffnet, um direkt auf die Politik des weißen Hauses, des Senats und Repräsentantenhauses Einfluß zu nehmen.

In Kairo trat noch ein anderer Konflikt zu Tage. Viele der NGOs aus dem Norden sind an den direkten Kontakt mit ihren Regierungen und an tägliche Medienarbeit gewöhnt. Manche sind gleich mit ihrem PR-Vertreter angereist, der den anwesenden Journalisten mediengerecht ihre Position aufbereitet. Da bleiben viele der NGOs aus dem Süden auf der Strecke. „Die Realität ist, daß wir es hier in Kairo mit Frauen zu tun haben, die fünf Sprachen sprechen und anderen, die in ihrer eigenen Sprache nicht lesen und schreiben können", sagt Soja Montagna, Staatssekretärin für Frauenfragen in Bolivien.

Die am besten polierte Botschaft wird am ehesten gehört, und die kommt eben meist aus dem Norden. „In Zukunft", so Powers, „werden wir versuchen, Geld dafür aufzutreiben, Vertreter der Süd-NGOs besser in dieser Frage auszubilden". Man müsse lernen, wie man mit den Medien umgeht, auf einer Pressekonferenz spricht und seine Ansichten der öffentlichen Meinung serviert. Was für Kairo nicht mehr geschafft wurde, soll nun für den Frauengipfel in Peking in die Tat umgesetzt werden.

Das Problem ist: Wer spricht für wen?

Wen vertreten diese schön klingenden Namen der über tausend NGOs in Kairo eigentlich? „Ich repräsentiere Millionen von Frauen", sagte eine der anwesenden Abtreibungsgegnerinnen erhitzt von der Debatte. Derartiges läßt Fergani skeptisch aufhorchen. „NGOs sprechen auf Konferenzen im Namen von Menschen, ohne jemals gefragt zu werden, wen sie wirklich repräsentieren und ohne ihrer eigenen Basis jemals Rechenschaft ablegen zu müssen", beklagt er. „Das Problem ist: Wer spricht für wen", meint auch Taylor. Wenn eine ägyptische Mittelklassefrau über Frauenrechte spreche, dann gehe sie meist von ihren eigenen Erfahrungen aus und die seien eben ganz andere als die von Frauen aus der Unterschicht. Nachdenklich stimmt es Taylor, wenn diese Frauen vorgeben, etwa im Namen aller arabischen Frauen zu sprechen.

Nach Marie Assad existieren heute in Ägypten weitgehend zwei Arten von NGOs: Basisgruppen, die sich die Schuhe schmutzig machen und Gruppen, die die öffentliche Meinung beeinflussen wollen. Fergani drückt es anders aus: Entweder machten die Gruppen reine Wohlfahrtsarbeit oder sie bestünden aus einem halben Dutzend Menschen, die niemanden und nichts repräsentieren. Beide Formen sind für Fergani zu kritisieren. NGOs sollten seiner Meinung nach nur aus Leuten bestehen, die dem Umfeld entstammen, das sie zu vertreten vorgeben. Zudem sollten die NGOs denjenigen, denen sie ihre Dienstleistungen zur Verfügung stellen, rechenschaftspflichtig sein.

Wes Brot ich eß, des Lied ich sing?

Am prekärsten ist wohl das Verhältnis zwischen Geldgebern aus dem Norden und NGOs im Süden. In Ägypten ist es schon lange kein Geheimnis mehr, daß für bestimmte Themen wie Menschenrechte, Frauen oder Umwelt leicht Gelder von internationalen Organisationen zu ergattern sind. Diese grasen mitunter geradezu verzweifelt die Kairoer NGO-Szene nach möglichen Partnern ab, die sich mit eben diesen Themen beschäftigen. Die Folge: Neue Forschungs- und Bildungszentren, etwa rund um das Thema Menschenrechte, schießen wie Pilze aus dem Boden. Eine internationale Telefon- und Faxleitung, ein Briefkopf und schon ist die neue NGO geboren.

Oft setzen dabei die Geldgeber die Tagesordnung fest. Ägyptische NGOs wissen, wie sie Anträge formulieren, damit es den potentiellen Geldgebern gefällt. Nach dem Motto, 'wes Brot ich eß, des Lied ich sing'. „So schwebt die Arbeit der NGOs im Orbit der meist westlichen Geldgeber", beschreibt Fergani diesen Vorgang. „Die Institutionen der Zivilgesellschaft werden im Grunde genommen zu Vertreteragenturen ihrer Geldgeber", faßt er zusammen.

Die Vertreter der Geldgeber stehen ihrerseits unter Druck. Sie müssen möglichst schnell Projekte und Partner finden, ansonsten gelten sie als ineffektiv und fallen der scharfen Konkurrenz unter den Geldgebern zum Opfer. Dazu kommen bürokratische Zwänge, wie der Druck, die gewährten Gelder bis zum Ende des Finanzjahres an die NGOs zu bringen. „Das", so Fergani, „ist die schlimmste Art von Kolonialismus. Man kümmert sich nicht um die Leute, sondern nur darum, daß am Ende des Jahres die Bücher stimmen".

Derartige Praktiken haben verheerende Folgen in der ägyptischen NGO-Szene. Sie wirken kontraproduktiv und verstärken den Trend zur Korruption der Zivilgesellschaft. Es gibt Leute, die ihre Karrieren im internationalen NGO-Jet-set aufbauen. Geldgeber bestärken oft die skrupellosesten Vertreter in der lokalen NGO-Szene und der unkorrumpierbare Teil wird marginalisiert. „Die Tragik ist", so Fergani, „daß sich die Zivilgesellschaft inzwischen nach dem Muster von Regierungen formt." Daran haben die oft unüberlegten Finanzierungen der Geldgeber keinen unwesentlichen Anteil.

■ *Karim el-Gawhary ist Islamwissenschaftler und freier Journalist. Er lebt in Kairo.*

Satellitenschüsseln in der arabischen Welt. Das Beispiel Marokko

Anas Bouslamti

Das unkontrollierbare (?) Ärgernis

Auch in der arabischen Welt hat das Satellitenfernsehen Veränderungen in der Medienlandschaft und in der Medienpolitik hervorgerufen. Da die neue Technik keine traditionellen Mediengrenzen mehr kennt, wird der staatlichen Autorität die Kontrolle des Informationsflusses von außen erschwert. Plötzlich steht der arabischen Bevölkerung die Möglichkeit offen, Zugang zu Informationen aus dem Ausland zu erhalten, ohne vorherige Zensur durch ein Innenministerium oder eine Informationsbehörde. Sie erhält nun Informationen auch über die politische Situation im eigenen Land, sachlich und nüchtern, wie sie der europäische Journalismus bietet und anders als die von der Amtssprache geprägte und staatlich bevormundete Berichterstattung der starren, straff organisierten Medienanstalten in der arabischen Welt.

Die Satellitenschüsseln bringen die Regierungen der arabischen Länder in eine delikate Lage: Nach jahrelanger erfolgreicher Kontrolle sehen sie sich einem Autoritätsverlust ausgesetzt. Die Maßnahmen, mit denen sie das Problem angehen, lassen sich in verschiedene Kategorien unterteilen. Diese reichen von der uneingeschränkten Erlaubnis der Satellitenschüsseln bis zu deren völligen Verbot. Sie zeigen, in welche Verlegenheit die arabischen Regierungen durch das Satellitenfernsehen geraten sind.

Einige arabische Staaten zögerten nicht, sich vollständig der neuen Technik zu entziehen und die Ausstrahlung von Satellitenfernsehen per Gesetz zu untersagen. Unter dem Vorwand der Verteidigung nationaler Interessen und Identität legten sie einen Schleier um die Satellitenschüssel. Sie erließen Gesetze, nach denen alle Schüsseln zu konfiszieren seien. Zu dieser ersten Kategorie zählen Saudi-Arabien und andere Golfstaaten, die während des zweiten Golfkrieges den Import von Satellitenschüsseln noch gefördert hatten. Sie folgen so dem Beispiel der anderen asiatischen Länder Iran, Malaysia, Indonesien und China, die sich hartnäckig dem Projekt des Medienzars Rupert Murdoch widersetzen, der mit „Star-TV" fast ganz Asien auf einem Kanal versorgt.

Eine zweite Kategorie von arabischen Ländern verstand, daß sich das völlige Verbot nicht durchsetzen läßt. Sie versuchten einerseits, die Menge der Programme aus dem Ausland zu verringern, und andererseits die Anzahl der Empfänger einzuschränken. Per Gesetz verordneten sie, daß vor Inbetriebnahme einer Satellitenschüssel eine Genehmigung erteilt werden muß. Ein schriftlich begründeter Antrag und die Entrichtung einer Verwaltungsgebühr sind hierzu vorgeschrieben. Dies ist in Marokko der Fall.

Eine dritte Kategorie unternahm bisher nichts gegen die Satellitenschüsseln. Die Regierungen dieser Länder scheinen erst einmal abwarten zu wollen, ob ihnen überhaupt aus dem Satellitenfernsehen Nachteile erwachsen. So steht beispielsweise den ÄgypterInnen ein reichhaltiges Angebot an Fernsehkanälen zur Verfügung.

Trotz der Verbote in ihren eigenen Ländern haben einige Golfstaaten, insbesondere Saudi-Arabien in jüngster Zeit arabische Fernsehstationen mit Sitz in Europa gegründet. Ziel Saudi-Arabiens ist es, seinen enormen Einfluß auf die arabischen Printmedien auch auf die elektronischen Medien auszudehnen. Geld spielt dabei anscheinend keine Rolle. So haben die Saudis mit erheblichem Aufwand alle technisch möglichen Mittel eingesetzt, damit noch im entlegensten marokkanischen Dorf ihre Programme empfangen werden können, dieselben Programme übrigens, die nicht nach Saudi-Arabien ausgestrahlt werden dürfen.

Das Beispiel Marokko

Besonders interessant ist die Entwicklung in Marokko. Dort war das Verhalten der Verantwortlichen gegenüber dem Satellitenfernsehen durch ein Hin und Her gekennzeichnet. Weder für ein völliges Verbot noch für eine unumschränkte Freigabe konnten sie sich entscheiden. Unter den arabischen Ländern stellte Marokko bis in die jüngste Zeit medienpolitisch keine Ausnahme dar. Seit der Unabhängigkeit sind Radio und Fernsehen Bereiche, die dem Staatssektor unterstellt sind. Anfang der achtziger Jahre entwickelten sich die Dinge aber in eine andere Richtung. Der Rundfunksender „Medi 1" wurde als erstes privates Radio zugelassen. „Medi 1" gehört einem französisch-marokkanischen Unternehmen bei marokkanischer Aktienmehrheit. Erstaunlich an „Medi 1" ist, daß seine Zulassung unter Mißachtung der gesetzlichen Normen und des geltenden Rechts geschah. Denn alle marokkanischen Gesetze zum Radio- und Fernsehwesen stellen klar, daß der Staat hier das Monopol hat.

Mittlerweile hat sich diese Ungesetzlichkeit auch auf das Fernsehen übertragen. Die Gesellschaft SOREAD (Societé de Recherche et des Etudes Audio-Visuelles), die zum Kartell ONA (Omnium Nord Africain) gehört, hat ebenfalls ohne gesetzliche Grundlage eine Konzession für eine private Fernsehstation mit dem Namen „2 M" erhalten. Wie in Deutschland der Sender „Premiere" ist „2 M" ein Pay-TV.

Während es dem Radiosender „Medi 1" streckenweise gelingt, sich der Zensur zu entziehen, ist dies beim Fernsehsender „2 M" selten der Fall. Der Staat zögert nicht, direkt oder indirekt einzugreifen, sobald Themen behandelt werden, die in Marokko kontrovers diskutiert werden: Dies geschah während des Generalstreiks 1990 und während des zweiten Golfkriegs. Nachdem der Journalist Ahmad Belaischi sich in diesem Fernsehen zu den zur Flucht entschlossenen marokkanischen „boat people" in Tanger geäußert hatte, wurde er zu zwei Jahren Haft verurteilt. Andere wurden entlassen, weil sie den irakischen Botschafter ins Studio eingeladen hatten.

Diese Beispiele zeigen, daß der Staat „2 M" dazu verpflichten will, auf eine kritische Berichterstattung der marokkanischen Innenpolitik zu verzichten. „2 M" soll nur zur allgemeinen Unterhaltung beitragen und sich von der staatlichen marokkanischen Fernsehanstalt RTM nur durch seine buntere und lockere Aufmachung unterscheiden.

Es ist kein Zufall, daß „2 M" gerade zu dem Zeitpunkt ins Leben gerufen wurde, als viele MarokkanerInnen begannen, sich für Satellitenfernsehen aus dem Ausland zu interessieren. Sie waren die stereotype Monotonie von RTM leid. Ihr Interesse galt zu diesem Zeitpunkt insbesondere dem französisch-sprachigen Satellitenkanal „TV 5", das seine Kapazität und Sendezeit erhöht hatte. Aus Meinungsumfragen ging klar hervor, daß sich niemand mehr für das staatliche Fernsehen interessierte. Dies blieb den politisch Verantwortlichen nicht verborgen. Deshalb schufen sie „2 M". Doch bald mußten sie feststellen, daß auch „2 M" es nicht schaffte, die MarokkanerInnen von „TV 5" wegzulocken. Einerseits war „2 M" als Pay-TV zu teuer und andererseits deckte „TV 5" mit seiner Berichterstattung meist auch das Geschehen in Marokko ab, insbesondere dann, wenn zwischen Frankreich und Marokko eine politische Krise brodelte.

Nachdem diese Situation einige Jahre angedauert hatte, wollten es die Verantwortlichen nicht mehr hinnehmen, daß die MarokkanerInnen zu stark vom ausländischen Fersehen beeinflußt würden. Sie erdachten eine neue Taktik, die sie damit begründeten, daß auch das Satellitenfernsehen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden müsse und erließen ein Gesetz, nach dem jeder, der eine Schüssel installieren möchte, zuvor einen Antrag zu stellen habe. Hierfür soll die für marokkanische Verhältnisse stattliche Summe von 5.000 Dirham, was etwa 1.000 DM entspricht, bezahlt werden.

Die marokkanische Regierung kann so den Eindruck erwecken, dem Satellitenfernsehen und mit ihm dem freien Nachrichtenfluß aufgeschlossen zu sein. Tatsächlich stellen diese Maßnahmen aber eine Art Zensur dar. Nur die reiche, loyale Elite des Landes hat freien Zugang zu alternativen Informationen. Der Rest muß seinen Traum nach unzensierter Berichterstattung aufgeben, da ihm das Geld fehlt. Wieder einmal zeigt sich, daß der marokkanische Staat - ganz wie die anderen arabischen Länder - glaubt, die Bevölkerung sei nicht reif und bedürfe staatlicher Autorität, die auswählt, was für sie gut sei.

Dennoch hat die Affäre um die Schüsseln erst einmal eine andere Wendung genommen. Die Opposition wandte sich an den Verfassungsausschuß und beanstandete, daß das erlassene Gesetz nicht verfassungskonform sei. Wider Erwarten bekam sie Recht. Das Gericht stellte die Unrechtmäßigkeit des Gesetzes fest, da die Regierung bei seinem Erlaß das Parlament umgangen habe. Dieses Urteil eröffnet der Regierung aber die Möglichkeit, im Lauf der kommenden Legislaturperiode das Gesetz einzubringen, so daß es dennoch Geltung erlangen könnte.

Drei Forderungen sollten meines Erachtens erfüllt werden, damit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Medien verwirklicht werden: Trennung des Innenministeriums vom Informationsministerium; Gründung eines übergeordneten und unabhängigen Ausschusses für Informationswesen; Freigabe der Wellen, um Anreize zu schaffen, professionellen Journalismus zu verwirklichen.

Meiner Auffassung nach garantieren diese Maßnahmen die nationale Identität Marokkos und sichern dem Land seine Stellung in der Welt der Satellitentechnik. Was für Marokko gilt, hat für die anderen arabischen Länder ebenso Gültigkeit, denn die repressiven Gesetze können die Bevölkerung nicht daran hindern, sie zu umgehen und sich auf andere Art und Weise mit Informationen zu versorgen.

■ *Anas Bouslamti ist Journalist und ehemaliger Verantwortlicher des Informationsdienstes von „2 M" in Casablanca, Marokko.*

Das Museum für Frühislamische Kunst in Bamberg

Von Markus Ritter

Zu den wenigen Spezialmuseen der Bundesrepublik für außereuropäische Kunst tritt mit Beginn dieses Jahres in Bamberg das Museum für Frühislamische Kunst. Seine Eröffnung ist zugleich in Deutschland die erste echte Museumsneugründung auf dem Gebiet islamischer Kunst seit neunzig Jahren. Das ist um so bemerkenswerter, als dies die Initiative eines Privatmannes und Sammlers ist. Zusammen mit der bevorstehenden Einrichtung einer Professur für Islamische Kunstgeschichte und Archäologie an der Universität Bamberg knüpft sie damit an den Beginn der wissenschaftlichen Beschäftigung mit islamischer Kunst in Deutschland an.

Islamische Kunst in Deutschland

Bis Anfang unseres Jahrhunderts waren Objekte islamischer Kunst in den im 19. Jahrhundert in den Residenzstädten der deutschen Kleinstaaten aus fürstlichen Sammlungen und Kunstkammern entstandenen Museen in unsystematischer Zusammenschau mit anderen Erzeugnissen außereuropäischer Kunst vertreten. Sie waren selten das Ergebnis einer zielgerichteten Sammeltätigkeit aus kunsthistorischem Interesse, sondern als kuriose und exotische Geschenke, Reliquien oder Beutegut in die Sammlungen gelangt, etwa die aus der osmanischen Belagerung Wiens stammende „Türkenbeute" im heutigen Badischen Landesmuseum in Karlsruhe.

Auf Betreiben Wilhelm von Bodes (1845-1929), des Direktors der Königlich-Preußischen Kunstsammlungen in Berlin entstand 1904 deren Islamische Abteilung. Als selbständiges Museum hat sie es sich seit dem ersten Direktor Friedrich Sarre (1865-1945) zur Aufgabe gemacht, systematisch aus allen Ländern islamischer Kulturprägung Objekte von kunsthistorischer Bedeutung zu sammeln und wissenschaftlich zu bearbeiten. Bode und Sarre stifteten damals große Teile ihrer umfangreichen Privatsammlungen, die bis heute neben Architekturdenkmälern den Grundstock des Museums bilden.

In diese Zeit fiel auch der Beginn der internationalen Entwicklung islamischer Kunstgeschichte und Archäologie als wissenschaftliche Spezialdisziplin, die entscheidende Impulse aus dem Kreis um das Berliner Museum erhielt. Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung und dem darauffolgenden Weltkrieg ging jedoch diese Dynamik in Deutschland verloren.

So konnten wichtige Grabungen nicht zu Ende geführt werden, und zwei der bedeutendsten Fachvertreter, Ernst Herzfeld (1879-1948) als Begründer islamischer Archäologie und Richard Ettinghausen (1906-79) als Kunsthistoriker des islamischen Kulturraumes, emigrierten in die Vereinigten Staaten. Die universitäre Lehre und Forschung blieb nach dem Krieg im Westen Deutschlands, anders als in den Nachbarländern, auf Lehraufträge beschränkt (in Bonn im Rahmen des Seminars für Orientalische Kunstgeschichte). In der DDR wurde an der Universität Halle der Studiengang Orientarchäologie geschaffen, der nach 1989 jedoch der Umstrukturierung des



ostdeutschen Hochschulwesens zum Opfer fiel.

Das als Folge der Zweistaatlichkeit geteilte, heutige Museum für Islamische Kunst in Berlin wurde 1990 wieder zusammengeführt. Bereits 1973 war innerhalb des völkerkundlichen Lindenmuseums in Stuttgart eine selbständige Orientabteilung geschaffen worden, die eine sich schnell vergrößernde Sammlung islamischer Kunst aufbaute. Andere Museen, das Hamburger Museum für Kunst und Ge-



werbe und das Museum für Kunsthandwerk in Frankfurt verfügen über integrierte islamische Abteilungen.

Islamische Kunst in Bamberg

Die Initiative für die Gründung des Museums für Frühislamische Kunst in Bamberg und dessen Finanzierung ist dem Münchner Sammler Manfred Bumiller zu verdanken, der für seine mehr als zweieinhalbtausend Stücke zählende, ständig wachsende Sammlung islamischer Metallkunst einen permanenten Ausstellungsort schaffen wollte. Für seine Wahl von Bamberg als Standort war entscheidend, daß sich das Land Bayern verpflichtete, die an der Universität Bamberg von 1988 bis 1993 vom Stifterverband der Deutschen Wissenschaft finanzierte Gastprofessur für Islamische Kunstgeschichte und Archäologie dauerhaft einzurichten. Damit ist für die fachwissenschaftliche Einbettung des Museums in die Bamberger Orientalistik gesorgt, die bereits die Fächer Arabistik, Islamkunde, Iranistik und Turkologie umfaßt. Zugleich wird so den Studenten die Möglichkeit des unmittelbaren Zugangs zu Studienmaterial eröffnet. Das von der Bumiller Art Foundation getragene Museum und die Universität planen auch, als gemeinsamer Veranstalter von Fachkonferenzen aufzutreten. Ein internationales Symposium zu islamischer Metallkunst ist bereits in Vorbereitung.

Die Ausstellung

Die ausgestellte Bumiller Collection islamischer Metallkunst konzentriert sich auf ein geographisches Gebiet, das von den heutigen Ländern Iran, Turkmenistan und Afghanistan eingenommen wird. Der Schwerpunkt der Sammlung liegt auf kunsthandwerklichen Metallarbeiten, die als Beispiel für die kunstgeschichtliche Entwicklung dieses Raumes in frühislamischer Zeit des 7.-11. Jahrhunderts stehen. Ziel der Ausstellung ist eine breit angelegte, systematische Darstellung aller Gerätetypen dieser bislang wenig bekannten Zeit; u.a. Kannen, Flaschen, Tabletts, Schalen, Räuchergefäße, Kosmetikutensilien, Schmuck, Spiegel und Tierfiguren. Sie ermöglicht damit einen detaillierten Überblick aller handwerklichen Herstellungs- und Dekorationstechniken, darunter am häufigsten Gravieren, Treiben und Einlegen mit Edelmetall.

Ursprünglich waren Iran und die angrenzenden Gebiete Teil des sassanidischen Herrschaftsraumes. Mit den arabischen Eroberungen des 7. Jahrhunderts wurden sie zu wirtschaftlich und kulturell bedeutenden Provinzen des seit dem 8. Jahrhundert von Bagdad aus regierten islamischen Kalifats. Mit dem 9. Jahrhundert entstanden regionale islamische Fürstenhöfe, die als Auftraggeber und Förderer der Künste auftraten. Wirtschaftlicher Wohlstand führte auch bei den städtischen Bewohnern zu einer großen Nachfrage nach Kunstobjekten. Mit der Einwanderung türkischer Völker aus Zentralasien etablierten sich seit dem 11. Jahrhundert die Herrscher der seldschukischen Dynastie.

Besonders interessant ist die Periode der Neuorientierung. Die frühesten islamischen Stücke des 7.-8. Jahrhunderts zeigen noch deutlich eine von den arabischen Eroberungen nicht unterbrochene Kontinuität vorislamischer Metallkunst. In dem Maße, in dem sich eine auf breiter Grundlage ruhende islamische Kultur herausbildet, lassen sich ab dem 9. Jahrhundert eigenständige künstlerische Merkmale erkennen. Charakteristisch ist dabei die schmückende Verwendung der arabischen Schrift. Sie dient nicht allein der mitteilenden Beschriftung eines Gegenstandes mit Segenswünschen und Widmungsinschriften, sondern verleiht ihm den Schliff der Hochkultur. In ihrer kompositorisch ausgefeilten Form hat Schrift einen eigenen ästhetischen Wert.

Die Stücke des 9.-11. Jahrhunderts zeichnen sich durch ein besonderes Interesse an klaren und markanten Formen aus, denen die schriftliche und ornamentale Dekoration untergeordnet ist. Die aus vorislamischer Zeit überlieferten bildlichen Szenen verlieren ihre Bedeutung und werden auf formelhafte Einzelmotive reduziert, deren ikonographischer Gehalt noch weitgehend unbekannt ist. Gleichzeitig läßt sich am Metall wie an anderen Materialien, etwa Stuck, Holz und Keramik, die Ausbildung einer eigenständigen Ornamentkunst verfolgen.

Eine besondere Gruppe bilden die in der Gestalt von Tieren gearbeiteten Gegenstände, meist Räuchergefäße, Wasserspender und plastische Henkelverzierungen. Sie lassen sich mit den Vorstellungen von Fabelwesen und glücksbringenden Tieren in Verbindung bringen. Lebhaft diskutiert werden sie im Hinblick auf mögliche Tierkreis-Symbolik. Exponate aus Glas, Keramik und anderen Materialien belegen die Verbindungen zwischen verschiedenen Handwerkskünsten - etwa der formale Einfluß kostbarer Metallgefäße auf preiswertere Keramik - und runden die Ausstellung zu einem stilistischen Gesamtüberblick der iranischen Gebiete bis ins 12. Jahrhundert hinein ab.

Es ist zu hoffen, daß die ambitionierte Zusammenarbeit von Museum und Universität tatsächlich zu einer fruchtbaren Entwicklung führt, und das Museum bald ständig dem Publikum zur Verfügung stehen wird. Vorerst ist es nur nach telefonischer Voranmeldung bei den orientalistischen Lehrstühlen zugänglich, die auch ein Informationsblatt verschicken (Tel.: 0951-863-2179, -2182, Fax: -2183).

■ *Markus Ritter hat Islamische Kunstgeschichte und Archäologie studiert.*

Der kuwaitische Frauenverein für Kultur und Soziales

Von Christian Koch

Am 10. Februar 1963 wurde als eine der ersten Organisationen in Kuwait die Frauenvereinigung für Kultur und Soziales (WSCS ist das englische Akronym) gegründet. Die Organisation setzte sich ursprünglich aus fünfzehn im Ausland ausgebildeten Frauen zusammen, deren Ziel es war, sich kulturell und sozial zu engagieren. Als viel wichtiger erwies sich aber ein Nebeneffekt der Konstituierung: Die Stellung der Frau innerhalb der kuwaitischen Gesellschaft wurde insgesamt stärker in den Vordergrund gerückt, und somit wurden wichtige Aspekte des täglichen Lebens von Frauen in die öffentliche Diskussion hineingebracht.

Seit der Gründung dieser Organisation ist die Mitgliederzahl auf über 250 angewachsen. Ihre Ziele haben sich entsprechend erweitert. Heute ist die WSCS führend im Kampf um Frauenrechte und Gleichberechtigung. Sie macht deutlich, wie sich - im Gegensatz zur öffentlichen Darstellung - die Rolle der Frauen im einzelnen aber auch die gesellschaftliche Situation in Kuwait im allgemeinen positiv verändert hat.

Die Organisation engagiert sich seit Beginn mit Wohltätigkeitsaktionen und sozialen Aktivitäten, wie z.B. dem Besuch von Krankenhäusern, der Verteilung von Spielsachen in Kinderheimen sowie der finanziellen Unterstützung von Waisenhäusern in weiten Teilen der arabischen Welt. Die WSCS war der erste Verband, der 1966 die Idee eines Wohlfahrtsbazars einführte. Die heute viel differenzierteren und mannigfaltigeren Funktionen werden von folgenden fünf Komitees wahrgenommen: dem Komitee für Gesundheitswesen, dem Zakat-Komitee, dem Komitee für Bildung und Erziehung, dem Komitee für Soziale Angelegenheiten, und dem Komitee für Kulturelle Angelegenheiten. Dem Vorstand des Vereins gehören eine Vorsitzende, eine Stellvertreterin sowie die jeweiligen Vorsitzenden der fünf Komitees an. Die einzelnen Komitees bestehen aus ungefähr zehn bis fünfzehn Mitgliedern.

Die Position des Vereins und die Ausweitung seiner Aktivitäten ermöglichen es den Komitees heute, sich außer den schon bestehenden sozialen Anliegen, für die jetzt das Zakat-Komitee zuständig ist, auch anderen Aufgabenstellungen zu widmen, die für die Rolle der Frau in der kuwaitischen Gesellschaft von Bedeutung sind. So beschäftigt sich das Komitee für Bildung und Erziehung mit dem Aufbau von Kindergärten und -tagesstätten, deren Ziel es ist, die strukturellen Hindernisse, denen sich Frauen im Hinblick auf Ausbildung und Berufstätigkeit gegenübersehen, zu beseitigen und der Frau die Möglichkeit von Beruf und Kindererziehung zu gewähren. Mitte der siebziger Jahre wurde die erste Kindertagesstätte eröffnet, die heute um die zweihundert Kinder mit zehn Angestellten zählt und über zehn Räume und einen Spielplatz verfügt. Neben der Errichtung der Tagesstätte bietet die Organisation auch Seminare zur Bekämpfung des Analphabetentums an sowie Kurse für Frauen aus den unteren sozialen Schichten, in denen sie Techniken erlernen, die ihnen eine Erwerbstätigkeit und ein Einkommen ermöglichen.

Aufgrund ihres wachsenden sozialen Engagements spielte die Organisation auch eine stetig wachsende politische Rolle. Im Jahre 1975 organisierte sie eine erste regionale Konferenz zum Thema Frauen in den arabischen Golfstaaten, die in ihrem Schlußdokument Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Frauen aufnahm wie z.B. die Erweiterung der politischen Rechte der Frau, die Förderung von Gleichberechtigung am Arbeitsplatz sowie die Einbeziehung von Frauen bei Fragen des nationalen Aufbaus und der Entwicklung. An einer weiteren Konferenz im April 1994 nahmen Delegierte aus über zwanzig Ländern teil, um über die politischen Rechte der Frau innerhalb der Gesellschaft zu diskutieren. Unter der Führung ihrer langjährigen Präsidentin, Lulua al-Qitami, hat der Verein den Status einer Quasi-Regierungsinstitution erreicht. So repräsentiert die WSCS den kuwaitischen Staat auf allen Konferenzen der Vereinten Nationen zur Frauenfrage und empfängt ausländische Delegierte innerhalb ihrer Räumlichkeiten.

Trotz dieser Errungenschaften sieht sich die WSCS auch Kritik ausgesetzt. Zum einem wird der Organisation vorgeworfen, sie repräsentiere nur die höhere Schicht der kuwaitischen Gesellschaft, der es mehr darum gehe, die eigene Position zu festigen als die Rolle der Frau insgesamt zu verbesseren. Dieser Punkt trifft in gewissem Maße zu (dem Verein gehören vor allem Frauen der wichtigsten Handelsfamilien aus Kuwait an). Dennoch hat sich die Organisation in den letzten Jahren mit dem Aufstieg einer jüngeren Generation, die bereit ist, wichtige Frauenthemen aktiver und kampfbereiter aufzugreifen, innerlich verändert.

Inwieweit sich die Situation der Frau innerhalb der letzten zwanzig Jahre effektiv verbessert hat, ist ein zweiter Streitpunkt und stellt die eigentliche Wirksamkeit der WSCS in Frage. Hier scheint neben der Behandlung von Themen, die für die Frau von Bedeutung sind, der ausschlaggebende Punkt darin zu bestehen, Probleme in die Öffentlichkeit zu bringen, die ohne die

Existenz dieses Vereins nicht behandelt worden wären. So entwickelte sich eine Diskussion in Folge des Golfkrieges (da hier Frauen ebenfalls wie Männer aktiv an der Opposition gegenüber den Irakis beteiligt waren), an der die WSCS aktiv teilnahm. Bei den Wahlen zum Parlament im September 1992 nahmen Frauen erstmals aktiv an Wahlkampfveranstaltungen teil, was vordem eine reine Männerdomäne gewesen war. Die WSCS spielte hier eine entscheidende Rolle.

Was die Lage der Frau innerhalb der kuwaitischen Gesellschaft betrifft, so können kurzfristige tiefgreifende Veränderungen nicht erwartet werden. Das bedeutet aber nicht, daß ein Engagement sinnlos wäre. Die Geschichte der WSCS in Kuwait zeigt nicht nur, daß wichtige Fortschritte erzielt werden können, sondern daß ohne Organisationen dieser Art die Situation der Frau noch viel problematischer wäre. Außerdem tragen solche Verbände nicht nur zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen bei, sondern sind oft selbst ein Katalysator für politische und soziale Veränderungen über die Belange der Frauen hinaus.

■ *Christian Koch ist Mitglied der Redaktion*

Kanan Makiya (Samir al-Khalil):

Republic of Fear (310 S., Pantheon Books, New York 1990)

Cruelty and Silence (367 S., W.W. Northon & Company, New York 1993)

Besprochen von Ulrike Dufner

Beide Bücher behandeln die Repressionen des Ba'ath-Regimes im Irak. 'Republic of Fear' stellt im wesentlichen den Aufbau des repressiven Systems, das Ausschalten jeglicher Opposition und die Verfolgung der jüdischen und kurdischen Bevölkerung dar. Makiya zeigt auf, wie das Volk ideologisch und praktisch in dieses System eingebunden wird, indem beispielsweise Hinrichtungen zu öffentlichen Veranstaltungen umfunktioniert werden.

In 'Cruelty and Silence' kommen Opfer der 'Anfal-Operation' und der Niederschlagung des schiitischen Aufstandes Anfang 1991 sowie der irakischen Invasion Kuwaits zu Wort. Eindringlich zeigt der Autor die Folgen der durch das Regime begangenen Grausamkeiten und der Identitätssuche auf, die während des 2. Golfkrieges virulent wurde. Mit Darstellungen von Repressionen in anderen arabischen Staaten verdeutlicht Makiya, daß dies nicht allein ein irakisches Problem ist, sondern die gesamten arabischen Staaten betrifft. Problematisch ist Makiyas Erklärungsansatz für diese repressiven Systeme im Nahen Osten. Während er sich in 'Republic of Fear' noch mit den historischen Rahmenbedingungen der irakischen Opposition sowie mit dem Problem auseinandersetzt, daß das Ba'ath-Regime mit seiner Ideologie des arabischen Nationalismus und Anti-Imperialismus die Opposition ihrer Sprache beraubte, führt Makiya in 'Cruelty and Silence' die politische Kultur im arabischen Raum als Ursache für den Fortbestand dieser Regime an und gibt den Intellektuellen insbesondere im Exil mit die Schuld hierfür.

In 'Republic of Fear' kritisiert Makiya zunächst, daß in den (pan)-arabischen nationalen Befreiungs- und Entwicklungskonzepten individuelle Rechte und Freiheiten zugunsten der 'wirtschaftlichen Entwicklung' geopfert wurden (S.74). Er betont, daß die nationalen Befreiungsideologien im arabischen Raum auf einer imaginären arabischen, arabisch-islamischen und/oder beduinischen Kultur sowie auf Anti-Imperialismus und Anti-Zionismus beruhen. Ein solcher Nationalismus sei aber nicht imstande, die verschiedenen Ethnien etc. zu integrieren und ignoriere die politische Realität, nämlich die unterschiedlichen Interessen der einzelnen arabischen Staaten.

Neben der Tatsache, daß der arabische Nationalismus der Realität nicht standhält, verhindere der diesem inhärente Anti-Imperialismus (und Anti-Kulturimperialismus) die Wahrnehmung intern verursachter Probleme und Krisenerscheinungen. Einer der größten Fehler gerade der Intellektuellen sei es, daß sie zu Entwicklungen wie z.B. im Irak 'schweigen' und die Ursachen für Fehltentwicklungen ausschließlich in imperialistischer Politik suchen würden. „The regime that achieved all this is a totally indigenous phenomenon, imposed by no outside force, wholly a product of the culture that sustains it. The days of Western-imposed monarchies have been left far, far behind" (Republic of Fear, XVII). Die Intellektuellen seien seit dem 67er Krieg selbst dem Diskurs des Anti-Imperialismus und Nationalismus verhaftet. Anstatt sich mit internen Faktoren der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung auseinanderzusetzen, hätten diese sich in ihrer Kritik und in ihren Analysen auf äußere Faktoren konzentriert und dadurch letztlich die vorhandenen Systeme und Potentaten nicht gestützt. Außerdem stilisiere der antiimperialistische Habitus die arabische Welt als Opfer und entziehe sie der Eigenverantwortung für politisches Handeln. Aggressive Außenpolitik wie die irakische Kuwait-Invasion könne daher mit einem Verweis auf die von den Kolonialmächten gezogenen künstlichen Grenzen legitimiert werden. Der mit Antiimperialismus gepaarte arabische Nationalismus habe sich in der Haltung während des Golfkrieges manifestiert. Makiya, der selbst der Meinung ist, die USA hätten ihren Krieg nicht zu Ende geführt, da sie Saddam Hussein nicht beseitigten, unterstellt, daß alle Stimmen, die gegen diesen Krieg eintraten, sich zum einen nicht für die irakische Bevölkerung interessierten und zum anderen wiederum dieser Idee des (islamisch-politischen, arabischen) Nationalismus aufgesessen seien.

Er spitzt seine Kritik an den arabischen Intellektuellen in 'Cruelty and Silence' derart zu und behauptet, daß die Auseinandersetzung mit (Kultur-)Imperialismus wie beispielsweise in E. Saids Werk 'Orientalism' zu einer Phobie gegenüber dem Westen geführt habe (Cruelty and Silence, S. 254). „They desperately need to unlearn ideas such as that „every European" in what he or she has to say about their world is or was a „racist". The very adoption of the book (Orientalism von E. Said, U.D.) in academic institutions

of learning in the West - at a time when empires had long since collapsed (Britain and France) or were in a state of terminal decline (the United States) -suggests the irrelevance of its guiding thesis to modern Western scholarship on the Middle East" (Cruelty and Silence, S. 319). Seiner Ansicht nach sei also die materielle Grundlage einer Imperialismuskritik von der Geschichte bereits überholt.

Makiya wirft den arabischen Intellektuellen vor, daß ihren Ideen implizit oder gar explizit ein 'Third Worldism' zugrundeliege, der sich nicht mit den Lebensumständen und Rechten der Individuen auseinandersetze (Republic of Fear, S. 74). Es sei den arabischen Intellektuellen aufgrund einer bestimmten Denkstruktur bzw. politischen Kultur (Cruelty and Silence, S. 25) nicht gelungen, Freiheit nicht nur als politische Unabhängigkeit, sondern auch als individuelle Freiheit zu verstehen (Cruelty and Silence, S. 282f.). Während er in 'Republic of Fear' noch das Problem thematisiert, daß im Namen der nationalen Befreiung und Entwicklung individuelle Rechte negiert wurden, sieht er in 'Cruelty and Silence' die Ursache hierfür in der arabisch-islamischen Kultur, die keine Individualrechte anerkenne und daher per se repressiv sei.

In diesen Kontext stellt Makiya auch die Gewalt gegen Frauen in arabisch-islamischen Gesellschaften. Er behauptet, mit der Modernisierung der arabischen Welt habe die Grausamkeit und Gewalt gegenüber Frauen zugenommen (Cruelty and Silence, 299). Zur Begründung führt er einen 'ungeschriebenen Vertrag zwischen der traditionellen arabischen, männlich dominierten Kultur und dem modernen öffentlichen Leben' an, der sich in dem heutigen irakischen Staat manifestiere. Zwar bemerkt Makiya richtiggehend, daß in Nationalbewegungen, bei ethnischen Konflikten und von Seiten der Staaten bzw. Bewegungen Frauen auf vielfältige Weise als Markierungspunkte von Nation instrumentalisiert, hierüber kontrolliert und Gewalt etc. ausgesetzt werden. Es ist auch richtig, daß dies ein wichtiger Faktor bei der Herausbildung der Staaten und Gesellschaften in der 'Dritten Welt' darstellt. Dennoch ist Makiyas Schlußfolgerung zweifelhaft. Er geht davon aus, daß diese Gesellschaften 'krank' (ebd., 296) d.h. weder traditionell noch modern sind, da ihre Kultur nicht auf den Werten 'Individualität' und 'Gemeinschaft' beruhen, die sich im Westen mit der Aufklärung durchsetzten. Er behauptet einerseits, daß diese männlich dominierte Tradition in ihrer Reinform Frauen schützen könne und nennt andererseits das Festhalten an 'Traditionen' als Ursache für Repressionen gegen Frauen (ebd., 292). Erst mit dem Zusammenbruch der 'Moral' und der Herausbildung des heutigen irakischen Systems - basierend nach Maikya eben auf diesem Kontrakt zwischen Moderne und Tradition - wurde es möglich, Frauen auch öffentlich - staatlicherseits - systematischer Gewalt auszusetzen. Dies ist auf der Basis des heutigen Kenntnisstandes über die historische Entwicklung von Patriarchat nicht haltbar. Zudem hält die These Makiyas, der 'moderne Westen' habe die öffentliche (in Makiyas Sinn) Gewalt gegen Frauen überwunden, der Realität nicht stand.

Was Makiya einfordert, ist, die vollkommene Infragestellung der Paradigmen des kulturellen und intellektuellen Schaffens seit den Unabhängigkeitsbestrebungen in den arabischen Ländern. Er fordert anstelle von Ideologien, die Kollektivitäten postulieren und damit per se exklusiv gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen wirken, eine 'politische Kultur und Ideologie', die bei den Menschenrechten ansetzt.

Ob Makiyas konkreten Vorwürfe gegen einzelne arabische Intellektuelle gerechtfertigt sind, soll hier nicht Gegenstand sein. Eine sehr gelungene kritische Auseinandersetzung mit diesem Punkt kann in dem Review-Artikel von As'ad AbuKhalil nachgelesen werden (MEJ, Vol 47, No. 4, 1993, S. 695-706). Vielmehr möchte ich mich mit Makiyas Analyse der während des Golfkrieges seiner Ansicht nach von arabischen Intellektuellen formulierten 'Mythen' und seinen Schlußfolgerungen daraus auseinandersetzen.

'Mythos 1': Die USA hätten entschieden, das irakische Militär zu zerstören und quasi den Irak zur Invasion in Kuwait eingeladen (Cruelty and Silence, S. 255). Dieser 'Mythos' demonstriere den konspirativen Blick und die emotionale Antipathie gegenüber dem Westen (ebd., S. 256) und negiere die aktive Rolle des irakischen Regimes.

'Mythos 2': S. Hussein sei ein Opfer imperialistischer Politik, d.h. der Irak wäre aufgrund seiner militärischen Stärke ohnehin angegriffen worden. Diese Haltung demonstriere die 'Pathologie arabischer Kultur': „Victimhood has been turned into something like a new Arab art form, without anyone seeming to realize that it is the greatest killer of solidarity with others that could possibly be invented" (ebd., 259)

'Mythos 3': Saddam Hussein werde als 'gut' dargestellt, weil er für die 'arabische Einheit' kämpfe. Dies zeige, daß selbst Bismarcks 'Blut und Eisen-Politik' unterstützt werden würde, solange sie der arabischen Einheit diene. Menschenrechte als Kategorie würden abgelehnt (ebd., 262)

'Mythos 4': Saddam Husseins Stärke sei eine Quelle für arabische Stärke, d.h. der Aufbau militärischer Stärke im Nahen Osten wird als wichtig erachtet, um Verhandlungsstärke gegenüber Israel zu gewinnen (ebd., 263ff.)

'Mythos 5': Die Verknüpfung eines möglichen Rückzugs aus Kuwait mit einem gleichzeitigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten sei von den Intellektuellen akzeptiert worden. Diese seien nicht in der Lage gewesen, zu erkennen, daß Saddam Hussein hier den bei arabischen Intellektuellen bestehenden Anti-Zionismus für seine Interessen instrumentalisiert habe.

'Mythos 6': Die Annexion Kuwaits sei 'legitim', aus historischen Gründen 'nachvollziehbar', selbst wenn sie illegal sei oder sogar trotz der Tyrannei Husseins. Damit würden die internationalen Gesetze als den Arabern vom Westen oktroyiert dargestellt (ebd., 270)

'Mythos 7': Das Öl sei die Ursache für den Krieg. Dies basiere immer noch auf der Annahme, so Makiya, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Irak und dem Westen auf einseitiger, westlicher Ausbeutung basieren. Die USA hätten diesen Krieg aber nach Makiya nicht geführt, wären sie nicht von außen - auch den arabischen Ländern - finanziert worden (ebd., 277).

'Mythos 8': Der Golfkrieg sei die verlängerte Form des Kulturimperialismus, der das Kernstück des nationalistischen Paradigmas treffe, nämlich fremder westlicher Werte (ebd., 280). Makiya stellt zwar nicht infrage, daß Rassismus gegenüber dem Nahen

Osten existiert. Er betont aber, daß der Westen toleranter sei und die Probleme, eine eigene 'arabische Kultur' zu schaffen, im wesentlichen auf interne Faktoren zurückzuführen seien und nicht auf westlichen Einfluß (ebd., 281).

Was anhand dieser Darstellung deutlich wird, ist, daß Makiya nicht nur fordert, endlich aufzuhören, externe Ursachen für politisches Handeln in den arabischen Ländern zu suchen, sondern er weist diese vielmehr gänzlich zurück. Nicht der Westen ist 'schuld', sondern die arabischen Intellektuellen und Machthaber.

Makiya fordert, das Denken in Ost-West bzw. Nord-Süd-Kategorien zu überwinden, weil es diese Strukturen so nicht gäbe. Hier kommt die Frustration über das Scheitern der nationalen Befreiungsbewegungen und der Hoffnungen, die mit Konzepten wie arabischer Einheit, arabischer Sozialismus etc. verbunden waren, zum Ausdruck. Makiya artikuliert die Schwierigkeit einer übergreifenden Identitätsbestimmung, die er zudem angesichts der politischen, ökonomischen und militärischen Entwicklung und Ausdifferenzierung in den einzelnen arabischen Ländern für falsch hält. Zudem problematisiert er, daß es die Dichotomie 'hier der Süden' und 'dort der Norden' nicht gibt, weil einige Länder des arabischen Raumes selber auf der Seite der 'Ausbeuter' stehen.

Es ist - nicht nur im arabischen Raum - schwieriger denn je geworden, sich positiv auf etwas zu beziehen. Begriffe wie 'Antiimperialismus' und 'nationale Befreiung' wurden oftmals selbst von repressiven Regimen besetzt und nahmen im Kalten Krieg die Gestalt eines 'strategischen Gebrauchswerts' an und waren so als reine Worthüllen beliebig instrumentalisierbar. Diesem Dilemma muß sich jede fortschrittliche Bewegung hier wie im arabischen Raum stellen. Dennoch kann die Lösung nicht darin bestehen, de facto vorhandene Strukturen vollkommen zu negieren. Betrachten wir die politischen Konstellationen im Golfkrieg und der weiteren Entwicklungen, so können die oben aufgelisteten Mythen nicht einfach als pathologischer Ausdruck eines verwirrten Geistes bezeichnet und nur auf die aktive Rolle des Irak verwiesen werden. Es ist unzweifelhaft und wurde auch von vielen arabischen Intellektuellen als solches gesehen, daß das irakische Regime eigene Interessen mit der Invasion in Kuwait verfolgte und in einzelnen Gesellschaften der Region vorhandene Kritiken an Imperialismus etc. zur Rechtfertigung seiner Politik instrumentalisierte. Aber die Möglichkeit, dies zu instrumentalisieren, basiert nicht auf einer krankenpolitischen Kultur, sondern auf konkreten Widersprüchen, die sich in den einzelnen Ländern und der Region je verschieden stellen. In der Region des Nahen Ostens sind konkrete Interessen verdichtet: ökonomische, militärische und kultur-politische Interessen. Die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Entwicklungen werden auch von externen Faktoren bestimmt.

Makiya jedoch sieht die 'arabische Kultur' als wesentliche Ursache für die Existenz repressiver Regime im Nahen Osten. Hätte Makiya nicht nur andere arabische Intellektuelle kritisiert, sondern den Versuch unternommen, Wege aufzuzeigen, wie seine Forderung nach 'individuellen Rechten' umgesetzt werden kann, dann hätte er nicht nur das Problem sich als Oppositioneller in einem dieser repressiven Regime behaupten zu müssen und den Mut solcher bestehender Gruppen wahrnehmen müssen. Er hätte sich auch mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie diese individuellen Rechte - werden darunter auch soziale Rechte verstanden - im Rahmen bestehender Weltmarktstrukturen realisiert werden könnten. Die Frage nach 'Entwicklungschancen', danach, was 'wirtschaftliche Entwicklung' bedeuten soll, wie diese realisiert werden könnte etc., wären dann in den Vordergrund gerückt und hätten dem Ganzen ein wenig mehr Boden unter den Füßen verschafft.

Der 'arabischen' Kultür eine 'tolerantere' westliche Kultur gegenüberzustellen, ist nicht nur aufgrund der realen politischen Entwicklung in den USA und in Europa gegenüber MigrantInnen bestürzend. Mir scheint, Makiya ist bestimmten Ideologen der USA und nationalistischen Konzepten, die er an arabischen Intellektuellen kritisiert, von denen er sich aber geläutert glaubt, auf den Leim gegangen. Daß die noch bestehenden, größeren demokratischen Rechte im 'Westen' auf 'die Kultur' des Westens zurückzuführen sind, ist eine zudem recht naive Annahme.

Es ist sicherlich richtig und wichtig, darauf zu beharren, daß interne Faktoren kritisiert werden müssen. Während Makiya dies tut, negiert er jedoch die Existenz externer Strukturen und imperialistischer Politiken. Die Schwierigkeit besteht aber gerade darin, beides zu tun und sich damit zwischen alle Fronten zu begeben. Sich nur auf eine der beiden Seiten zu konzentrieren, ist in jedem Fall falsch.

■ *Ulrike Dufner ist Mitglied der INAMO-Redaktion*

Der Islam und die Postmoderne

Die gegenwärtige Diskussion um Islam und Postmoderne ist vor allen Dingen gespeist durch zwei Bücher, die ursprünglich als ein Werk geplant waren: Akbar Ahmeds „Postmodernism and Islam" und Ernest Gellners „Postmodernism, Reason and Religion". Wir baten zwei Wissenschaftler, die unterschiedliche Perspektiven vertreten, sich zu dem Thema anhand der genannten Bücher zu äußern. Soraya Duval de Dampierre ist eine Soziologin aus Kairo, die derzeit in Schweden lehrt. Sie ist um eine Neudefinition der Rolle des Islam in der Gesellschaft bemüht und sieht im „Postmodernismus" eine Chance für größere Toleranz. Georg Stauth lehrte bis vor kurzem Soziologie an der Universität Bielefeld und steht dem „Projekt Postmodernismus" skeptisch gegenüber.

Akbar S. Ahmed: Postmodernism and Islam. Predicament and Promise.

London and New York: Routledge, 1992.

Von Soraya Duval de Dampierre,
Department of Sociology, Universität Lund, Schweden.

Postmodernism and Islam - ist der eigenwillige Versuch eines weltberühmten muslimischen Wissenschaftlers, unsere Zeiten zu verstehen. Akbar Ahmed unternimmt historische Wanderungen durch die üppigen Gärten westlicher und islamischer Kultur, um das, was „fremd" und „anders" in verschiedenen Kulturen erscheint, verständlich zu machen. Die Themen im postmodernistischen Diskurs präsentieren oftmals Darstellungen und Geschichten, die Realitäten verzerren, zersplittern und verdrehen. Gleichzeitig verspricht uns Postmodernismus auch eine zunehmende Toleranz, Hoffnung und ein verbessertes Verstehen anderer Kulturen. Aufgrund dieser letzteren Eigenschaften sieht Akbar einen Zusammenhang zwischen Islam und Postmodernismus, dessen Motive er sich in seiner Analyse bedient. In einem Gewirr von verschiedenen Bildern, Ideen und Eindrücken versucht er kulturelle Grenzen aufzulösen, behält dabei aber eine zugrunde liegende Struktur seiner Argumente bei.

Mittels einer eingehenden Betrachtung der griechischen Kultur und deren enormen Einfluß auf den Westen erklärt Ahmed Verstehen und Mißverstehen in Ost-West-Beziehungen. Er macht einen Versuch, Fragen, wie etwa ob Islam den Kommunismus als neuer Feind ersetzen wird, oder ob Ost und West sich jemals verstehen werden können, zu beantworten. Dabei schildert er die äußerst wichtige Rolle der Medien in der Gestaltung der politischen Kultur in den Ost-West Beziehungen, wenn beispielsweise die Rushdie-Affäre oder der Golfkrieg zu einem reinen Unterhaltungsprogramm werden. Westliche Medien umgeben uns von allen Seiten: sie stimulieren, korrumpieren, beeinflussen, formen und fordern unser Denken. Der Verfasser offenbart gleichwohl seine Ambivalenz den Medien gegenüber, die ebenso zerstörerische Kräfte besitzen wie große Potentiale, Verständigung zwischen Völkern zu fördern und Brücken zwischen den Kulturen zu bauen.

Mit Hilfe einer ausgezeichneten Analyse des Postmodernismus im ersten Kapitel stellt Ahmed den Rahmen und die Richtlinien seiner vorliegenden Diskussion dar. Er sieht Postmodernismus als ein sehr vages Konzept, das schwer zu definieren ist, eine Art „Panikkultur", die unklare Assoziationen hervorbringt. Laut Ahmed zeichnet sich Postmodernismus durch acht wichtige Charakteristika aus:

1. Um das postmoderne Zeitalter zu verstehen, muß man den Glauben an das „Modernitätsprojekt" verloren haben. Es entsteht in der Folge eine erhöhte Skepsis gegenüber traditionellen Orthodoxien, und die Idee, daß die Welt eine universelle, globale Einheit sei, geht verloren. Es werden deshalb auch keine Lösungen oder vollständigen Antworten erwartet.
2. Postmodernismus koexistiert und überschneidet sich mit dem Zeitalter der Medien. In vielfältiger Weise sind die Medien der zentrale Motor und das ausschlaggebende Merkmal des Postmodernismus, der sogenannte „Zeitgeist".
3. Es besteht ein Zusammenhang zwischen Postmodernismus und dem Erwachen der „ethnisch-religiösen" oder „fundamentalistischen" Bewegungen. Ahmed argumentiert, daß die ethnisch-religiöse Rückbesinnung ein Resultat des Postmodernismus sei. In einer Weise wie niemals zuvor erlauben die Medien verschiedenen „Erwachensimpulsen" freien Ausdruck, die gleichzeitig als Nährstoff für „Selbstbehauptung" und „Identität" dienen.
4. Es verbleibt aber trotz allem eine Kontinuität mit der Vergangenheit, wie immer auch apokalyptisch die Zukunftsvisionen erscheinen. Diese Zuneigung zum Historischen ist eine der wichtigen Eigenschaften des Postmodernismus.

5. Die Metropole ist der Mittelpunkt des Postmodernismus. Ein großer Anteil der jeweiligen Bevölkerungen lebt in städtischen Gebieten, die anderen werden zumindest durch deren Ideen beeinflußt.
6. Postmodernismus enthält ein Klassenelement, und Demokratie ist eine Voraussetzung für die Entfaltung des Postmodernismus. Architekten, Dramatiker, Sozialwissenschaftler, Autoren und die sogenannten „Yuppies" bilden den Kern des Postmodernismus. Postmodernismus muß darum auch als ein Phänomen der Mittelschichten angesehen werden.
7. Postmodernismus erlaubt und ermuntert die Nebeneinanderreihung diverser Diskurse und Bilder.
8. Die Sprache des Postmodernismus ist nicht leicht zu verstehen und gekennzeichnet durch einen dichten Jargon unklarer Begriffe.

In Kapitel Zwei bespricht Ahmed den Einfluß der griechischen Götter und der semitischen Propheten auf die westliche Zivilisation. Wechselwirkungen zwischen dem Islam, einer semitischen Religion, und den zwei anderen großen Religionen, Judentum und Christentum, werden ebenso beschrieben, wie die Einflüsse der Griechen auf die Grundlagen der europäischen Kultur und die Gründe, warum und wie sich der Islam unterschiedlich zu diesem Denken entwickelte. Weitere Kapitel beschäftigen sich mit muslimischen Intellektuellen und Postmodernismus, im Zusammenhang mit der politischen Kultur und den gesellschaftlichen Veränderungen, die in unserem Jahrhundert stattfanden. Im letzten Kapitel schließlich widmet Ahmed sich der Natur der westlichen Medien und deren Auswirkungen auf die muslimische Welt.

Akbar Ahmed wirft viele Fragen auf, die nicht alle beantwortet werden. Es wird aber deutlich, daß der Islam in diesem Zeitalter eine wichtige Auseinandersetzung führen wird. Muslime werden mehr und mehr mit einer zunehmend säkularisierten, zynischen und materialistischen Welt konfrontiert, die deshalb oft als feindlich betrachtet wird. Der postmodernistische Diskurs könnte eine Lösung für die Überwindung des Konfliktes zwischen dem Westen und dem Islam. Obwohl Postmodernismus eine Art kulturelle Schizophrenie anbietet, gibt sein „Geist" auch Grund für Optimismus, ebenso wie eine islamische Vision, die in Glaube und Geschichte verankert ist und einer zynischen und glaubenslosen Welt viel bieten kann. Das ist aber nur dann möglich, wenn die potentiellen Konfliktpunkte identifiziert werden und eine umfassende Toleranz zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zustande kommt.

Dieses Buch ist ein mutiger Versuch auf dem Gebiet von Postmodernismus und Islam. Es leistet eine ausgezeichnete Analyse des Phänomens „Postmodernismus" und öffnet uns gleichzeitig einen vielversprechenden Weg, den zeitgenössischen Islam zu verstehen. „Islam and Postmodernism" gibt eine genaue und ausgewogene Darstellung westlicher sowie muslimischer Sichtweisen wieder und erklärt die Ursprünge existierender Karikaturen. Das Buch ist ein Meilenstein auf diesem Gebiet und wird sicherlich in den kommenden Jahren noch viel diskutiert werden.

Akbar S. Ahmed: Postmodernism and Islam. Predicament and Promise.

London and New York: Routledge, 1992.

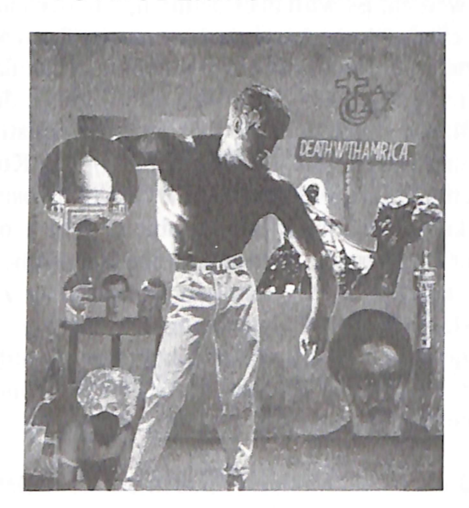
Ernest Gellner: Postmodernism, Reason and Religion.

London and New York: Routledge, 1992.

Von Georg Stauth, Universität Bielefeld

Es war der Amerikaner Daniel Bell, der die kulturelle Kapitalismuskritik Herbert Marcuses ernst nahm: Der Hedonismus der modernen kapitalistischen Konsumgesellschaft steht in Widerspruch zur moralischen Basis kapitalistischen Wirtschaftens, war seine These. Wenn moderner Libertinismus so radikal die protestantische Alltagsmoral und die rationalistischen Imperative des Wirtschaftens und Verwaltens untergräbt, dann gibt es nur ein Instrument, das dem willkürlichen Streben nach Selbstrealisierung eine Grenze setzen kann: religiöser Revivalismus. Dagegen votiert Jürgen Habermas für die Affirmation gerade jener beklagten Trennung zwischen genußorientierter Konsumhaltung und kapitalistischem Wirtschaften. Er sieht in der Professionalisierung des Umgangs mit den in Wissenschaft, Moral und Kunst getrennten Sphären der Kultur eine Garantie dafür, daß die Kultur der Moderne nicht der schleichenden massenkulturellen Verdinglichung der Alltagswelt anheimfällt. Habermas hat sich zu einem exponierten Kritiker jener Überbetonungen holistischer Visionen gemacht, wie wir sie etwa einerseits im Medienstil und in der Ästhetisierung und andererseits im sakralisierten, moralistischen Ersatz von Politik oder Wissenschaft finden, und die man heute Postmodernismus nennt: Er fordert dagegen die professionell angeleitete und kommunika-

POSTMODERNISM AND ISLAM



Predicament and Promise
AKBAR S. AHMED

ROUTLEDGE

tiv vermittelte Differenzierung der Lebenswelt gegen den virtuellen Terror holistischer anti-modernistischer Visionen einer selbstgeoffenbarten, dezentrierten Subjektivität, die dennoch paradoxerweise nach politischer Befreiung ruft[1].

Man kann Habermas vorwerfen, daß er selbst einen zu einseitig geprägten konservativen Rationalismus vertritt, doch weist seine Auseinandersetzung mit auf Positionen der Vormoderne zurückgreifenden Alt-Konservativen auf der einen und den Propheten neuer Welten der emotionalen Selbstverwirklichung auf der anderen Seite auf ein Problem zeitgenössischer Kulturentwicklung hin, das auch die Breite der Diskussion über Postmodernismus und Islam umspannt: Die „vormodernen Lösungen" schmücken sich heute mehr denn je mit dem Siegel postmoderner Emanzipation. Sie lassen sich deshalb schwer von den „meta-narrativen" Befreiungsversuchen trennen, die mit Recht gegen einen materialistisch destruktiven, elitär abgeschotteten, westlich imperialistischen Modernismus entwickelt wurden. Die beiden vorliegenden Texte von Akbar Ahmed und Ernest Gellner stehen ganz im Bann dieses Habermas'schen Dilemmas, indem sie die Breite dessen, was heute als die „condition of postmodernity" bezeichnet wird, auf den Aspekt der religiösen Erneuerung beschränken. Man bleibt dadurch selbst im ideologischen Diskurs verhaftet. Die vielfältigen Ebenen und Dynamiken der Inkorporation und Ausgrenzung globalisierter Diskurse, die durchaus mit dem Phänomen der religiösen Erneuerung verbunden sind, bleiben analytisch unterbelichtet. Beide Autoren berufen sich auf Positionen der Aufklärung und des Rationalismus, um von hier aus schließlich doch einer in Opposition zu diesen Positionen entwickelten islamischen Bewegung zum Recht verhelfen zu wollen. Die Gefahr, sich zum politischen Steigbügelhalter eines „neuen", vormodernen Totalitarismus zu machen, ist auch durch den Rückzug auf solche Positionen nicht gemindert. Unter dem Gesichtspunkt der Bedeutung der aktuellen sozialen Transformationen in den Ländern der muslimischen Welt wiegt diese Gefahr doppelt schwer.

Die in den beiden Büchern vorliegenden Reduktionen des Postmodernismus auf ideologische Phänomene folgen jedoch unterschiedlichen Denkfiguren:

Akbar Ahmed, der noch 1986 für eine milde Version islamisierter Anthropologie optierte[2], verschreibt sich als Muslim - gewissermaßen „from a vantage point" (vgl. S.263, sic!) der Tradition des pragmatischen Liberalismus folgend - einer flottierenden sozialen Welt postmoderner Toleranzen, in der der Islam, geläutert zwar durch eine allseitige Öffnung des Tores des *ijtihad*[3], so doch in seiner ganzen gesellschaftlichen Realität zur Entfaltung gebracht werden soll. Zwei Grundlagen hierfür sind nach Ahmed in Reaktion auf Edward Saids Orientalismus-These in den letzten zwei Dekaden gelegt worden: (a) die volle Anerkennung der Varietäten und komplexen Vielfalt des Islam und islamischer lokaler Kulturen, (b) der Abbau der durch den Kolonialismus geprägten Gegensätze zwischen Orientalismus und Okzidentalismus durch eine neue Generation afrikanischer, asiatischer und auch westlicher Wissenschaftler. Dies läßt ihn auf eine neue globale Zivilisation hoffen, die von der einseitigen Dominanz des Westens befreit sein werde. Allerdings beharrt Ahmed auf allzu simplen Analogien zwischen islamischer Erneuerung und der Bewegung der Grünen, zwischen Unabhängigkeitsbewegungen unter einzelnen muslimischen Völkern und islamischem Postmodernismus. In Figuren wie Madonna und Salman Rushdie streift Ahmed zwar die Kernpunkte der neuen kommunikationsgesellschaftlichen Welle des Kulturaustausches zwischen „Europa" und dem Islam, doch bietet ihm das kaum Anlaß, auch die gegenseitigen Ausgrenzungsstrategien zu reflektieren, soll doch Ahmeds postmoderner Islam in eine Aufhebung des Kulturkampfes und nicht zu seiner Fortsetzung führen. Daß die Interaktionen im kommunikationsgesellschaftlichen Kontext der letzten zwei Jahrzehnte offener und vielfältiger geworden sind, zeigt Ahmed sehr anschaulich. Daß es so etwas wie eine Wahlverwandtschaft zwischen der postmodernen Dekonstruktion des Zentrums „Europa" und der Erneuerung und globalen Rehabilitierung des Islam geben könnte, wie Ahmed hofft, ist zweifelhaft. Ahmed verweist nur auf die Zerrüttungseffekte der Medien und hofft dagegen auf die moralisch-ideologische Kraft der „postmodernen", sprich religiös toleranten Denkanstöße. Die „condition of postmodernity" schreibt jedoch auf der Ebene der Alltagspraxis totalisierte globale Austauschmuster fest, deren Wirkungen sicher nicht nur auf der Ebene des abstrakten Toleranzbemühens eingeholt werden können. Hier mangelt es dem Buch an analytischer Schärfe.

Ein zentraler Punkt der postmodernen Stimmungslagen ist aber nicht mehr die Frage nach der Art der Religion, der Akzeptanz ihrer symbolischen und moralischen Konsistenzen, sondern die Frage nach der gesellschaftlichen Rolle der Religion. Eine Ant-

wort über die Rolle des Islam im Spiel der postmodernen Interaktionen bleibt uns Ahmed aber schuldig: Ihr vormoderner Status kann ja wohl nicht ihr postmoderner sein?

An dieser Stelle setzt nun gerade Ernest Gellner mit einer bemerkenswerten, „westlichen“ Affirmation islamisch religiöser Kontinuitäten an. Nicht ohne rhetorisches Geschick erklärt er die Moderne als den eigentlichen Rettungsanker einer vormodernen islamischen Religion, (so wie er sie versteht): „...the world of Islam demonstrates that it is possible to run a modern, or at any rate modernizing, economy, reasonably permeated by the appropriate technological, educational, organization principles, *and* combine it with a strong pervasive, powerfully internalized Muslim conviction and identification. A puritan and scripturalist world religion does not seem necessarily doomed to erosion by modern conditions. It may on the contrary be favoured by them.“ (S.22)

Aus Gellners Sicht sind die Konditionen dieser modernen Rettungsaktion ein aufgeklärter Fundamentalismus, dessen Eckpfeiler im islamischen Puritanismus und Skripturalismus bestehen. Wenn es eine konventionelle orientalistische Vorstellung war, daß es sich beim Islam um eine Weltreligion handelte, die den Zauber der erotischen Kulturen des Alten Orients mühelos in die Moderne transportierte (und die Moderne sah gerade darin die „andere“ Kultur), so geht es Gellner um die Bannung dieser Kontinuitäten des Eros. Bleibt Akbar Ahmed noch trotz aller Auflösungsversuche in einem traditionellen dualistischem Bild von westlichem Materialismus einerseits und östlichem Spiritualismus andererseits haften, so kreiert Gellner eine letztendlich doch sehr voluntaristische Vorstellung der Affiliation von Moderne und Islam, die auf der unausgesprochenen Negation des Eros durch Puritanismus und Skripturalismus basiert.



In zwei langen Kapiteln zur postmodernen Stellung des Kulturrelativismus wird die Kernthese dieses Essays entwickelt, nämlich, daß der subjektivistische Relativismus der Postmoderne nur als Reaktion auf einen kolonialistischen Objektivismus verständlich sei. In der Tat aber führe Relativismus zu einer Erniedrigung des anderen, weil man sich damit verweigere, die innere Wahrheit seiner Religion ernst zu nehmen. Gellner bringt wichtige kritische Argumente gegen den Relativismus vor. Doch vermißt man jede ernsthafte Auseinandersetzung mit den im Komparativismus und in der Diskursanalyse entwickelten Alternativen. Statt dessen werden Relativismus und Postmoderne gleichgesetzt und nun zu den eigentlichen Gegnern einer (vom orientalistischen Verdikt des Eros befreiten) rationalistischen islamischen Hochkultur erklärt, die hier, wie im Westen, die innere und *eine* Wahrheit der (religiösen) Vernunft untergraben. Im Grunde mündet das ganze Argument Gellners vom Fundamentalismus der Aufklärung und vom aufgeklärten Fundamentalismus in ein mit Verlaub finsteres jakobinistisches Pamphlet. Diese verklärte Rettung des Fundamentalismus für einen aufgeklärten islamischen Modernismus wiegt umso schwerer als uns Gellner in der Manier eines Volkstribuns die alte Mär von der absoluten Legitimität der fundamentalistischen Bewegungen unter den deprivierten Schichten wieder auftischt. Ich kann ihn nur bitten, sich unter diese Schichten zu verfügen, etwa in den städtischen und ländlichen Massenquartieren in Ägypten, wo der Alltagskampf dieses pharaonischen, dieses arabischen, dieses islamischen Volkes mit einer islamisierten Öffentlichkeit in vollem Gange begriffen ist.

Beide Texte liefern symptomatische, in verschiedener Weise interessante Argumente für die Notwendigkeit einer islamischen Zukunft in der globalisierten Welt: Der eine, eine kulturrelativistische, postmoderne Position, der andere eine universalistisch rationalistische Position vertretend, bleiben es doch Apologien hier eines „modern toleranten“ Islam, dort eines „rationalistisch“ modifizierten Fundamentalismus. Mich läßt die Frage nicht los, warum diese Positionen im so seriösen, ja in einem Falle jakobinisch finsteren Gewand des wissenschaftlichen Diskurses vorgetragen werden, ja, warum sie aus Cambridge kommen.

Anmerkungen:

1) Jürgen Habermas, „Modernity - An Incomplete Project“, in: Hal Foster (ed.), Postmodern Culture, London und Sidney: Pluto Press, 1983, S. 3-15.

2) Vgl. Akbar S. Ahmed, Toward Islamic Anthropology: Definition, Dogma and Directions, Washington, DC: International Institute of Islamic Thought, 1986.

3) Ijtihad bedeutet die eigenständige Interpretation der Rechtsquellen - der religiösen Quellen also - im Gegensatz zur Nachahmung derjenigen Interpretationen die die großen Rechtsgelehrten in den ersten Jahrhunderten des Islam lieferten (Anm. der Redaktion).

Schritte auf dem Weg zum Frieden?

Von Jens-Martin Mehler

In den frühen Morgenstunden des 6. Oktober 1973 greifen ägyptische und syrische Truppen Israel überraschend an. Den Ägyptern gelingt es, den Suez-Kanal zu überqueren und die von den Israelis befestigte Bar-Lev-Linie zu durchbrechen. Syrische Truppen stoßen gleichzeitig auf den Golan-Höhen bis zur Stadt Qunaitra vor und erobern zahlreiche israelische Verteidigungsstellungen. Erst am 8.Oktober starten die Israelis einen Gegenangriff und werfen unter hohen eigenen Verlusten Ägypter und Syrer zurück. Am 25./26. Oktober kommt es zu einer Waffenruhe an der ägyptisch-israelischen Front, während auf den Golan-Höhen weitergekämpft wird. Zwei Tage später treffen sich am Kilometerstein 101 an der Straße Kairo-Suez Vertreter Ägyptens und Israels erstmals seit 17 Jahren wieder zu direkten Gesprächen.

Diese Gespräche, in denen es zunächst um die Versorgung der eingeschlossenen 3. ägyptischen Armee geht, führen in der Folge zum ersten Truppenentflechtungsabkommen zwischen Ägypten und Israel, das von beiden Ländern am 18. Januar 1974 unterzeichnet wird. Es sieht ein Auseinanderrücken der zu beiden Seiten des Suez-Kanals ineinander verkeilten Truppenteile vor. Östlich des Suez-Kanals dürfen Ägypter und Israelis begrenzte Streitkräfte stationieren. Die Pufferzone wird von UN-Truppen besetzt. Das ausgehandelte Abkommen zwischen Ägypten und Israel war kein Friedensvertrag. Es bildete jedoch Auftakt und Grundstein für weitere Übereinkünfte zwischen den beiden Staaten und kennzeichnet einen, wenn auch von vielen Rückschlägen gekennzeichneten, beginnenden Verhandlungsprozeß zwischen Arabern und Israelis.

Mehr als 20 Jahre nach dem ersten Truppenentflechtungsabkommen zwischen einem arabischen Staat und Israel gibt es nun auch ein Friedensabkommen zwischen Palästinensern und Israelis, sowie ein ähnliches Abkommen zwischen Jordanien und Israel. Sicher wäre es übertrieben, eine direkte Linie vom Januar 1974 bis heute zu ziehen. Dennoch mag das Abkommen von damals Modellcharakter für die jüngsten Verhandlungen zwischen Arabern und Israelis gehabt haben.

Daß derartige Verhandlungen zwischen Arabern und Israelis - auf lange Sicht hin betrachtet - für die Beteiligten positive Auswirkungen haben, zeigt ein Vergleich ägyptischer und syrischer Außenpolitk.

Die syrische Führung mußte, als sich nach dem Oktoberkrieg eine für sie überraschende Entspannung zwischen Ägypten und Israel abzeichnete, ihre außenpolitische Linie neu bestimmen. Die Regierung in Damaskus entschied sich dafür, eine harte Haltung gegenüber Israel einzunehmen. Sie verstand sich als einziger wirklicher „Frontstaat", der gegen Israel noch übriggeblieben war und lehnte sich verstärkt an die Sowjetunion an. Die israelische Politik - das Engagement im Südlibanon während des Bürgerkrieges und der Einmarsch im Libanon 1982 - schien diese starre Haltung zu rechtfertigen. Diese Einstellung konnte sogar 1983 die Entstehung eines israelisch/maronitisch dominierten Libanons verhindern. Sie brachte jedoch die syrische Führung ihrem eigentlichen Ziel - der Rückgewinnung der Golan-Höhen - keinen Schritt näher.

An der syrischen Ablehnung bilateraler Abkommen arabischer Staaten mit Israel hat sich bis heute nichts verändert. Selbst die neuen außenpolitischen Konstellationen nach dem Ende der Sowjetunion und dem II. Golfkrieg haben diesbezüglich keine Modifizierung bewirkt. Ohne vollständige Rückgabe der Golan-Höhen ist Syrien zu keinem umfassenden Frieden mit Israel bereit.

Zwischen Ägypten und Israel gestaltete sich in der Zeit nach dem Oktoberkrieg die Lage durch die Konzessionsbereitschaft beider Seiten anders. Im zweiten Truppenentflechtungsabkommen vom September 1975 verpflichtete sich Israel, die Sinaipässe Giddi und Mitla zu räumen, während im Gegenzug der Suez-Kanal für nicht-militärische Güter von und nach Israel freigegeben wurde. Im November 1977 leitete Sadat mit seiner Reise nach Jerusalem eine völlig neue Entwicklung zwischen Ägypten und Israel ein, die 1979 mit dem Abschluß des Camp-David-Abkommens ihren Höhepunkt fand. Eine der letzten Bedingungen dieses Abkommens, die endgültige Räumung der Sinai-Halbinsel, wurde von Israel schließlich 1982 erfüllt.

Ägypten mußte zwar die Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens mit dem bitteren Preis der Ächtung innerhalb der arabischen Welt und dem Ausschluß aus der Arabischen Liga bezahlen, doch zehn Jahre später erlangte es seine Mitgliedschaft in der Organisation zurück und nahm den alten Platz wieder ein.

Auffallend ist, daß, wie nach dem Oktoberkrieg 1973, auch 1991 ein Krieg die Veränderung von politischen Positionen mit sich brachte. Wie vor 21 Jahren zwischen Ägyptern und Israelis wurde nun auch eine schrittweise Annäherung zwischen Palästinensern und Israelis herbeigeführt. Diese nahm ihren Ausgang bei den Verhandlungen in Madrid 1991 und mündete später in die Geheimverhandlungen in Oslo, die als Grundlage für die endgültige Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen beiden Seiten diente.

■ *Jens-Martin Mehler ist Mitarbeiter der INAMO-Redaktion*

Modernität, arabische Soziologie und Islam

Eindrücke von einer Arbeitsgruppe während des 13. Weltkongresses für Soziologie in Bielefeld vom 18.7. bis 23.7.1994

Von Bärbel Reuter

Rund 450 Seiten Programm, sechs Symposien, etwa 85 jeweils mehrtägige Arbeitsgruppen und vier- bis fünftausend Besucher. Die Publikation „Sociological Abstracts" zählte bereits im Juni fast 2.800 eingegangene Zusammenfassungen von erwarteten Vorträgen. Soziologie präsentierte sich auf dem 13. Weltkongreß in der Universität Bielefeld als „Festival", wie es eine lokale Zeitung beschrieb.

„Umstrittene Grenzen und sich wandelnde Solidaritäten" lautete das Motto des Kongresses. Im Hinblick auf die deutsche, aber auch darüber hinausgehend die europäische Soziologie, war damit der Versuch einer Standortbestimmung verbunden. „In Search of Identity", auf der Suche nach Identität, überschrieben die Herausgeber eine Schrift zur Soziologie in Europa, die zum Kongreß erschien. Europäische und nordamerikanische SoziologInnen und Themen dominierten denn auch die Veranstaltung. Aufgrund der hohen Kosten für Anreise und Unterkunft war vielen WissenschaftlerInnen aus der „Dritten Welt" die Teilnahme erschwert, wenn nicht unmöglich.

„Auf der Suche nach Identität" hätte auch der Untertitel einer Ad Hoc Arbeitsgruppe sein können, die unter dem Thema „Modernität, arabische Soziologie und Islam" unter Leitung und Moderation von Dr. Georg Stauth, Bielefeld, stattfand. Gut ein Dutzend Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen überwiegend aus dem arabischen Raum versuchten den Begriff der arabischen Soziologie zu füllen, sei es auf theoretischer Ebene, sei es durch die eigene praktische empirische Arbeit. Prägend wirkte auf fast alle Arbeiten in der einen oder anderen Form - sicherlich nicht verwunderlich - die Auseinandersetzung mit dem islamischen Lager, den islamischen Aktivisten.

> **„Umstrittene Grenzen und sich wandelnde Solidaritäten"**

Als programmatisch kann Val Moghadams Eröffnungsreferat „Sociology, Modernity and Gender in the Contemporary Middle East" gelten, in dem sie versuchte, die einzelnen Begriffe zu definieren und in eine Beziehung zueinander zu setzen. „Modernität" ist für sie eine universelle Erfahrung, nämlich sich in einer Umgebung zu finden, die Abenteuer, Wachstum, Macht und Veränderung verspricht und gleichzeitig droht, all das zu zerstören, was wir haben, wissen und sind. Sie bringt Desintegration und Erneuerung, Zweideutigkeit und Angst hervor. Die heutigen islamischen Bewegungen seien in diesem Sinne ein Ausdruck des Modernisierungsprozesses. Sie seien sowohl modern, sofern sie sich mit dem öffentlichen Leben beschäftigen, wie auch antimodern, wenn die Frauenfrage - die Sphäre des „Privaten" - betroffen ist. Aber, auch wenn es allgemeiner Konsens ist, daß die Frauenfrage eine so große Rolle innerhalb der islamischen Bewegung spielt und ihr Verhältnis zur Moderne definiert, so gibt es doch keine allgemein anerkannte Antwort auf die Frage, warum das so sein sollte. Das Spektrum der Interpretationen reicht von der Propagierung eines konservativen Frauenbilds als einem anachronistischen Versuch, die Widersprüche der Moderne zu lösen, bis hin zu der Feststellung, es handele sich um eine genuine Rückkehr zu kultureller Authentizität, eine postmoderne Antwort auf die westliche Konsumkultur.

Eine authentische arabische Soziologie, die sich mit solchen Fragen auseinandersetzen sollte, ist der sich anschließende Gegenstand ihrer Diskussion. In einer tour de force spannt Val Moghadam den Bogen von der „islamischen Wissenschaft" vor allem pakistanischer Herkunft - der zu Recht ein sehr eingeschränkter erkenntnistheoretischer Wert zugebilligt wird - und anderen Versuchen, Wissenschaft zu „indigenisieren", indem in stärkerem Maße kulturell gebundene Erfahrungen und Konzepte in Methodologie und Metatheorie Eingang finden sollen. Noch sind solche Vorstellungen eher Forderung als Forschungsrealität, und die Mehrzahl der in diesem Sinne kritischen SozialwissenschaftlerInnen orientiert sich an einer Mischung aus Neomarxismus, Poststrukturalismus und feministischer Theorie. Alle diese Konzepte entspringen nach wie vor westlicher Erfahrung und dem westlichen Wissenschaftsdiskurs. Arabische Soziologie ist von einer unabhängigen Theoriebildung, wie Hisham Sharabi sie wünscht, noch weit entfernt, und so besteht die vordringlichste Forderung an WissenschaftlerInnen aus der Region darin, empirische und historische „dichte Beschreibung" als Basis für jegliche Theoriebildung zu leisten.

Islam sei eine soziologisch unbrauchbare Kategorie, stellte denn auch der Leiter des

Ibn Khaldun Forschungszentrums in Kairo, Saad Eddin Ibrahim, fest. Im Zusammenhang mit dem Konzept „Modernität" muß der eher am Kontext als am Text orientierte Sozialwissenschaftler den Begriff des *Islam* ersetzen durch *islamische Bewegung*. „Dichte Beschreibung" zu leisten war sein Anliegen. So stellte er eines der neuen Forschungsprojekte des Ibn Khaldun Zentrums vor, eine Nachfolgestudie seiner „Anatomy of Egypt's Militant Islamic Groups", in der er eine Profilskizze der neuen islamischen Aktivisten der neunziger Jahre versucht. Basierend auf Interviews mit inhaftierten Aktivisten stellte er fest, daß diese im Vergleich zu ihren Vorgängern in den Siebzigern jünger, weniger gut ausgebildet und zunehmend sozial schwächerer und ländlicher Herkunft sind. Den Grund für diese Entwicklung sieht der ägyptische Sozialwissenschaftler in einer Entfremdung, die zunehmend nicht mehr nur die Mittelschichten ergreift, sondern auch das zahlenmäßig anwachsende Subproletariat.

Saad Eddin Ibrahims Beitrag mag hier stellvertretend stehen für solche Arbeiten, die sich empirisch dem Forschungsobjekt „islamische Bewegung" annähern. Die weitaus größere Anzahl der Beiträge beschäftigte sich jedoch auf eher theoretischer Ebene mit dem „arabischen/islamischen Denken" im allgemeinen und dem soziologischen Denken in der arabischen Welt im besonderen. Das geschah historisch wie in Alain Roussillons Beitrag zur Perzeption Durkheims und seiner Rolle für die Gründungsgeschichte der ägyptischen Soziologie oder auch in Ahmed Zayeds Darstellung der Geschichte der Sozialtheorie in Ägypten. Einen stärkeren Bezug zur Gegenwart stellten dagegen die Ausführungen Taher Labibs zur arabo-islamischen Geistesgeschichte und Suzanne Kassabs Kritik an Fatima Mernissis Arbeiten her. Die Forderung, sich ernsthaft und nicht länger apologetisch mit den Klassikern arabischen rationalistischen Denkens wie Ibn Rushd, Ibn Khaldun und anderen auseinanderzusetzen, zog sich durch alle Beiträge.

Auch in der Zusammenschau der verschiedenen Vorträge der Woche bleibt die Frage bestehen: Was ist arabische Soziologie? Ist es die Beschäftigung mit innerarabischen Diskursen über Phänomene der Moderne? (Und dann - was macht die Moderne in der arabischen Welt aus?) Sind es Arbeiten zur „arabischen Sozialstruktur"? Oder handelt es sich um die Summe der durch arabische SozialwissenschaftlerInnen hervorgebrachten Untersuchungen und Analysen? Angesichts der eingangs erwähnten Identitätssuche europäischer nationaler Soziologien handelt es sich hierbei keineswegs um ein spezifisch arabisches oder nahöstliches Thema.

Die Runde warf sicherlich nicht weniger Fragen auf, als sie beantwortete. Das Ergebnis war in erster Linie eine Standortbestimmung. Auch wenn manche Länder der Region nicht repräsentiert waren, so gab die Arbeitsgruppe doch auch einen Einblick in den Forschungsalltag nahöstlicher SozialwissenschaftlerInnen. Neben der Definierung dessen, was die arabische Soziologie ausmacht, muß die fruchtbare Einbindung arabischer SoziologInnen in die internationale Diskussion Sinn solcher Arbeitsgruppen und vor allem solcher Kongresse sein, die sich das Ziel setzen, die Soziologie für die *eine* Welt zu schaffen.

■ *Bärbel Reuter ist Mitglied der INAMO-Redaktion.*

Veranstaltungshinweise:

An dieser Stelle könnte auch Ihr Veranstaltungshinweis stehen. Senden Sie daher Ihre Veranstaltungshinweise möglichst jetzt schon, damit sie in der nächsten Ausgabe abgedruckt werden können, spätestens aber bis zum 15. März 1995. Es lohnt sich bestimmt!

■ Donnerstag, den 2. Februar 1995, 20.00 Uhr

Prof. Dr. Sadiq Al-Azm: Aufklärung im Islam - Islam und Säkularismus.

Veranstalter: Dialog Orient-Okzident e.V., Volkshochschule Köln
Ort: VHS-Forum, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln

Veranstaltungsreihe:
Frauen und islamische Bewegungen im Loni-Übler-Haus/Nürnberg:

■ Mittwoch, den 18. Januar 1995, 20.00 Uhr

Ayla Çokbudak: Die Frau im Islam.

■ Donnerstag, den 2. Februar 1995, 20.00 Uhr

Heidi Wedel: Islamistische Bewegungen in der Türkischen Republik -Gefahr oder Chance für Frauen.

■ Mittwoch, den 22. Februar 1995, 20.00 Uhr

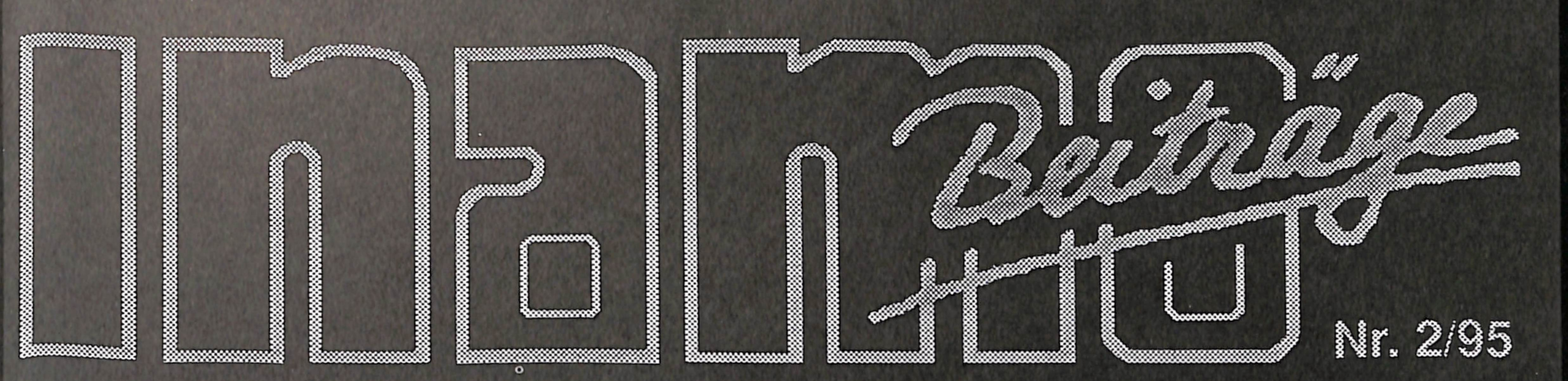
Bärbel Reuter: Frauen in der islamischen Strömung. Diskussion und Aktivitäten am Beispiel Ägyptens.

■ Mittwoch, den 22. März 1995, 20.00 Uhr

Salima Mellah: Algerien und der westliche Blick.

Veranstalter: Loni-Übler-Haus.
Ort: Loni-Übler-Haus, Marthastr. 60, 90482 Nürnberg.

Alle Veranstaltungen richten sich an Frauen!



INFORMATIONSPROJEKT NAHER UND MITTLERER OSTEN

Das Gesicht der Welt hat sich nach den politischen Umbrüchen in Osteuropa radikal verändert. Totgeglaubte Ideologien treten wieder zum Vorschein und lassen ethnische, religiöse und kulturelle Konflikte wiederaufleben. Ein neuer **Nationalismus** ist die Ursache blutiger Konflikte, von Vertreibung und Bürgerkrieg. **Nationalismus** so lautet auch das Schwerpunktthema der nächsten Ausgabe von **INAMO**. Wir zeigen auf, welche Auswirkungen **Nationalismus** auf die Region des Nahen und Mittleren Ostens hat.

Heft 2 von INAMO erscheint voraussichtlich im Mai 1995.

Schwerpunkt:

Nationalismus - Kulturelle Identität

• allgemeine und theoretische Diskussionsbeiträge
• sowie Länderbeispiele zum Nahen und Mittleren Osten

„Der, welcher wußte, schloß die Lippen dicht,
und der, welcher redete, wußte nicht ...“

(Ahmad Schamlu)